Stenografischer Bericht

41. Sitzung

Mittwoch, 20. Dezember 2017,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung 5

Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Debatte

Drittelbilanz der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2216**

Thomas Lippmann (DIE LINKE) 5
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) 8
Robert Farle (AfD) 13
André Poggenburg (AfD) 14
Dr. Katja Pähle (SPD) 15
André Poggenburg (AfD) 17
Dr. Katja Pähle (SPD) 18
Alexander Raue (AfD) 18
Dr. Katja Pähle (SPD) 19
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 19
Robert Farle (AfD) 21
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 21
Siegfried Borgwardt (CDU) 22
Thomas Lippmann (DIE LINKE) 25

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

a) **Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Sachsen-Anhalt vorbeugen**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2217**

b) **Präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest verstärken**

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/2214**

André Poggenburg (AfD) 26
Jürgen Barth (SPD) 29

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 31
Detlef Radke (CDU) 37
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) 39
Hannes Loth (AfD) 40
Dorothea Frederking (GRÜNE) 40
Jürgen Barth (SPD) 42
Daniel Roi (AfD) 42

Abstimmung 45

Tagesordnungspunkt 6

Erste Beratung

Glyphosatausstieg jetzt einleiten!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2193**

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) 46
Hannes Loth (AfD) 48
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 48
Guido Heuer (CDU) 50
Hannes Loth (AfD) 51
Jürgen Barth (SPD) 52
Dorothea Frederking (GRÜNE) 53
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) 56
Hannes Loth (AfD) 56

Abstimmung 56

Tagesordnungspunkt 17

Zweite Beratung

Kinderarmut - ein Armutszeugnis in einem reichen Land!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1487**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/2198**

(Erste Beratung in der 29. Sitzung des Landtages am 21.06.2017)

Ulrich Siegmund (Berichterstatter) 56
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration) 58
Tobias Krull (CDU) 58
Eva von Angern (DIE LINKE) 59
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 60
Dr. Verena Späthe (SPD) 61
Oliver Kirchner (AfD) 62

Abstimmung 63

Tagesordnungspunkt 18

Beratung

Bestandsgarantie für alle Arten von Verbrennungsmotoren bis 2050 - ideologiefreie Debatte gewährleisten - deutschen Automobilbau vor Raubbau schützen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2202**

Robert Farle (AfD) 63
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) 67
Dr. Falko Grube (SPD) 68
Guido Henke (DIE LINKE) 69
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 70
Ulrich Thomas (CDU) 72
Robert Farle (AfD) 73
Sebastian Striegel (GRÜNE) 74
Robert Farle (AfD) 74

Abstimmung 75

Tagesordnungspunkt 19

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 19. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 7/2220**

Frage 1
Abwassereinleitung in den Süßen See

Dr. Andreas Schmidt (SPD) 76
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 76
Dr. Andreas Schmidt (SPD) 76
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 76

Frage 2
Treffen des ungarischen Premierministers Victor Orbán mit Ministerpräsident Reiner Haseloff am 6. November 2017 in Wittenberg

Kristin Heiß (DIE LINKE) 77
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 77
Wulf Gallert (DIE LINKE) 78
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 78

Frage 3
Bilanz und Perspektiven des Umweltsofortprogramms

Sebastian Striegel (GRÜNE) 79
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 79

Frage 4
Stirbt das Rebhuhn (Perdix perdix) aus?

Hannes Loth (AfD) 80
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 80

Frage 5
Verschlechterung der Gewässer- und Grundwasserqualität um Zielitz

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE) 81
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung) 81

Frage 6
Ausführungen des Innenministers zum Projekt „Hasi“

Henriette Quade (DIE LINKE) 82
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport) 82
Henriette Quade (DIE LINKE) 84
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport) 84
Henriette Quade (DIE LINKE) 84
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport) 85

Frage 7
Zukunft der Schulen des zweiten Bildungsweges im Land Sachsen-Anhalt

Eva von Angern (DIE LINKE) 85
Marco Tullner (Minister für Bildung) 85
Eva von Angern (DIE LINKE) 85
Marco Tullner (Minister für Bildung) 86
Eva von Angern (DIE LINKE) 86
Marco Tullner (Minister für Bildung) 86

Frage 8
Stellenplan des Landesverbandes der Musikschulen Sachsen-Anhalt e. V.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE) 86
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 86

Frage 9
Wasserkraftanlage Hadmersleben (Bode) I

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) 88
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 88

Frage 10
Wasserkraftanlage Hadmersleben (Bode) II

Guido Henke (DIE LINKE) 88
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie) 88

Frage 11
Spitzelei im Rathaus Teutschenthal

Christina Buchheim (DIE LINKE) 89
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport) 89

Frage 12
Aussetzen der externen Evaluation am Lisa

Dr. Katja Pähle (SPD) 89
Marco Tullner (Minister für Bildung) 90

Dr. Katja Pähle (SPD) 90
Marco Tullner (Minister für Bildung) 90
Thomas Lippmann (DIE LINKE) 91
Marco Tullner (Minister für Bildung) 91
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD) 91
Marco Tullner (Minister für Bildung) 91

Tagesordnungspunkt 20

Wahl zweier Schriftführer gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)

Wahlvorschlag Fraktion CDU - **Drs. 7/2192**

Abstimmung 92

Schlussbemerkungen 92

Beginn: 10:03 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 41. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Ich begrüße Sie, verehrte Damen und Herren, recht herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 19. Sitzungsperiode fort. Bevor wir beginnen, möchte ich Ihnen sagen: Wir haben als ein kleines Dankeschön für alle Abgeordneten und für alle, die dazugehören und unsere Landtagssitzungen immer begleiten, ein kleines Handy auf die Plätze gelegt.

Dieses brauchen Sie nicht abzuschalten. Darauf sind zwar viele Apps, aber die können Sie in Stille und Ruhe genießen. Vielleicht ist das doch noch einmal ein kleiner Hinweis darauf - Herr Minister Tullner, ich bitte auch Sie, den Platz einzunehmen; danke -, dass jeder sein Handy vor der Sitzung ausschaltet oder stumm schaltet, damit kein Handy klingelt - wir haben es gestern erst wieder gehört - und auch keine Melodien erklingen.

(Zustimmung von Andreas Mrosek, AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich werde die Sitzung heute nicht leiten. Ich werde nur noch den letzten Tagesordnungspunkt übernehmen. Sehen Sie es mir nach, aber das ist doch etwas schwierig mit meiner Stimme.

Ich bedanke mich bei meinen beiden Vizepräsidenten dafür, dass sie die Sitzungsleitung heute übernehmen. Wir sehen uns zum letzten Tagesordnungspunkt noch einmal wieder. Dann werde ich den Abschluss übernehmen. - Bitte, sehr geehrter Kollege.

(Minister Marco Tullner: Danke! - Zustimmung bei der AfD)

- Lieber Herr Tullner, war das jetzt ein Beifall dafür, dass ich nicht mehr vorn sitze und nicht ermahnen kann?

(Minister Marco Tullner: Nein! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht - Dr. Katja Pähle, SPD: So schnell geht das! - Zurufe von der CDU und von den GRÜNEN - Minister Marco Tullner: Ihr seid alle gut drauf!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir können jetzt gleich in die Tagesordnung einsteigen, nachdem wir die Begrüßung vollzogen haben, und zwar kommen wir als Erstes zu

Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Debatte

Drittelbilanz der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2216**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten. Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: DIE LINKE, AfD, SPD, GRÜNE und CDU. Zunächst hat die Antragstellerin, die Fraktion DIE LINKE, das Wort. Es spricht Herr Lippmann. Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 20 der vorgesehenen 60 Monate der Kenia-Koalition sind fast vorbei. Man mag sich nach der bisherigen Bilanz nicht vorstellen, dass die Politik in diesem Lande noch einmal 40 endlose Monate lang von den inneren Querelen und Blockaden der Koalitionäre und von Stillstand und Rückschritt geprägt sein wird.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der AfD)

Seit ihrem Start ist die Koalition in ständigen inneren Konflikten mit sich selbst beschäftigt, weil nicht zusammenwachsen will, was nicht zusammengehört.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Erst gestern ist uns wieder sehr nachdrücklich vorgeführt worden, dass große Teile der CDU-Fraktion immer ungenierter ihren Unwillen über die ungeliebte Zwangsehe ausdrücken und offen ihre Lust zeigen, die Koalitionspartner durch den Schulterschluss mit der Rechtsaußenfraktion zu „striezen“ oder zu „striegeln“, so könnte man auch kalauern.

(Zustimmung bei der LINKEN - Lachen und Oh! bei der AfD)

SPD und GRÜNE sehen sich offenbar nicht in der Lage, das nötige Gegengewicht aufzubauen, um die politischen Experimente der CDU auf der rechten Flanke zu kompensieren.

Auf der Brücke des schlingernden Schiffs steht ein Kapitän, der nicht steuert, sondern zuschaut, wie sich seine Deckoffiziere und die Mannschaft gegenseitig drangsalieren. Zu keinem einzigen Eklat in dieser Koalition, zu keinem einzigen der drängenden und ungelösten Probleme in diesem

Land hat man bisher ein Wort von Herrn Haseloff gehört.

Es ist erschreckend, in welchem Zustand sich Koalition und Regierung befinden und was mit diesem Land unter Schwarz-Rot-Grün passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Versagen der Justizministerin in der Affäre um die verfassungswidrige Einflussnahme ihres Staatssekretärs auf ein laufendes Gerichtsverfahren und bei der Aufklärung der Umstände, die zum Feuertod von Oury Jalloh geführt haben, sind noch in guter Erinnerung.

(Ministerin Anne-Marie Keding: Ah ja!)

Letzteres entwickelt sich zum Waterloo für diese Landesregierung. Denn über die Dramatik um einen toten Mitmenschen und seine Angehörigen hinaus hat der Justizskandal das Zeug, den Ruf des Landes, seiner Polizei und Justiz und nicht zuletzt der Bauhausstadt Dessau zu ruinieren.

(Beifall bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Das macht ihr doch!)

Das Agieren der Ministerin im Rechtsausschuss und ihre Aussageverweigerung in der letzten Plenarsitzung lassen größte Zweifel an ihrer Amtsführung aufkommen. Da muss man auch nicht erst auf die überfällige Rücktrittsforderung aus der Opposition warten, da muss ein Ministerpräsident selbst reagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Oder schauen wir zum Finanzminister, der weder den Willen noch das ökonomische Verständnis aufbringt, um mit der Finanzpolitik seines Vorgängers tatsächlich zu brechen. Er organisiert weiterhin den Personalmangel im Land und trägt somit maßgeblich die Verantwortung für den Niedergang des Schulsystems, die anhaltenden Defizite bei der Polizei und in den anderen Landesbehörden.

Durch den Bearbeitungsstau in den Verwaltungen, aber auch durch den viel zu späten Haushaltsbeschluss und die sinnlose Haushaltssperre wurden und werden wichtige Investitionen blockiert. Kaum die Hälfte kann realisiert werden, wodurch dem Landeshaushalt auch Zuweisungen vom Bund und der EU entzogen werden.

Eine katastrophale Bilanz, die der Finanzminister dennoch feiern wird, weil er Rücklagen bilden kann. Die wird er am Ende auch brauchen; denn durch weitere Ausgabenbegrenzung und Personalverknappung sorgt er geradezu dafür, dass die von ihm erwarteten schlechten Zeiten am Ende auch tatsächlich kommen könnten.

Über die Arbeitsverweigerung des Bildungsministers mussten und müssen wir aus aktuellen Anlässen im Hohen Haus in fast jeder Sitzung debattieren. Eine glatte Fehlbesetzung in Ihrem Kabinett, Herr Haseloff!

(Zuruf von Uwe Harms, CDU)

Um sich als der fröhliche Kumpel durch das politische Geschäft zu hangeln, dafür ist das Schulministerium nun einmal ungeeignet. Die Initiatoren der Volksinitiative werden heute vor dem Landtag erneut die unhaltbaren Zustände in den Schulen anprangern und ihre Forderungen präsentieren, weil sie täglich die Folgen von Tatenlosigkeit und Fehlentscheidungen ausbaden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man hört morgens Radio oder schlägt die Zeitung auf und fällt jedes Mal fast vom Stuhl, wenn man hört oder liest, welcher PR-Gag der Regierung gerade wieder einmal die Runde macht. Da werden Physikstunden gehalten oder der 1 000. Neulehrer begrüßt.

(Jens Kolze, CDU: Die können das wenigstens!)

Damit verhöhnen Sie die Beschäftigten und die Eltern, die in der von Ihnen geschaffenen Realität beginnen unterzugehen. Nutzen Sie Ihre teure Arbeitszeit, um zu regieren, und nicht um Spaß zu haben und den Klassenkasper zu geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht viel anders ergeht es einem, wenn der Staatsminister aus heiterem Himmel seine abstrusen Positionen zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen zum Besten gibt. Hohn und Spott innerhalb der Koalition und bundesweit waren der Lohn dafür. Die Folge ist, dass unser Bundesland medienpolitisch jetzt völlig isoliert dasteht.

(Beifall bei der LINKEN - Tobias Rausch, AfD, lacht)

Und dann haben wir noch einen Innenminister,

(Oh! bei der AfD)

der als „Ministerpräsident im Wartestand“ zwar immer einmal gern die Gelegenheit ergreift,

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

die eine oder andere üble Attacke der AfD mit durchaus klaren Worten zurückzuweisen. Das hindert ihn aber nicht daran, in anderen Auseinandersetzungen, etwa bei den Diskussionen über Linksextremismus, über die Abschiebung von Flüchtlingen oder ganz aktuell um das „Hasi“ in Halle, mit den Argumenten der Rechten zu spielen.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der AfD - Zuruf von der AfD: Buh!)

Wer meint, sich in verantwortlicher Position solcher Argumente nach Belieben bedienen zu können, hat seinen Anteil daran, wenn rechtes Ge-

dankengut gesellschaftsfähig wird und sich weiter ausbreitet.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Na Gott sei Dank!)

Von Aktivitäten unseres Ministerpräsidenten, die das Land voranbringen, erfährt man eigentlich gar nichts.

(Frank Scheurell, CDU: Bitte?)

Im Gegenteil, dort wo es darauf ankommt, sich am Verhandlungstisch durchzusetzen und die Interessen des Landes konsequent zu vertreten, etwa beim Länderfinanzausgleich oder bei den Regionalisierungsmitteln, bringt er die rote Laterne mit ins Land. Von einer „lame duck“ kann man wahrscheinlich auch nicht mehr Engagement erwarten.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir konnten in lauschiger Weihnachtsstimmung lesen, es laufe alles nach Plan. - Nach welchem Plan eigentlich, Herr Haseloff?

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Nach Ihrem nicht! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Tja!)

Wir erkennen nur Planlosigkeit bis hin zur Agonie,

(Ulrich Thomas, CDU: Augen auf!)

und dass Sie faktisch nur noch eine Minderheitsregierung führen. Denn etwa ein Dutzend Ihrer eigenen Leute verweigert Ihnen ja regelmäßig die Gefolgschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Inzwischen muss man hier eher von einer „Bermuda-Koalition“ sprechen;

(Robert Farle, AfD, lacht)

denn das Versenken von Themen steht geradezu als Synonym für die Arbeit von Regierung und Koalition.

(Zustimmung von Robert Farle, AfD)

Aus dieser Dreiecksbeziehung, aus diesem Sumpf von Uneinigkeit, Missgunst und Ignoranz kommt kaum ein Gesetz oder ein Antrag je wieder heraus oder man erkennt anschließend den Inhalt nicht mehr wieder.

(Minister Holger Stahlknecht, CDU: Aschermittwoch ist erst später!)

Immerhin konnte die Bordkapelle zum Reformationsjubiläum laut, lange und viel zu teuer aufspielen. Was aber wäre aus Sachsen-Anhalt zu hören gewesen, wenn uns die Geschichte diesen Ball nicht zur besten Zeit zugespielt hätte? - Man würde nur noch das überlaute Knirschen im Gebälk der Koalition hören. Die Instabilität ist so groß, an das Pulverfass dieser Koalition sind so viele Lunten gelegt,

(Zurufe von Ulrich Thomas, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

dass das Gebäude jederzeit und von jeder Seite zum Einsturz gebracht werden kann, wenn es nur einer will.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Das Kinderförderungsgesetz und wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut, ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 und ein modernes Personalvertretungsgesetz, die Seilbahn für Schierke und das Jagdrecht für den Wolf, das Schulgesetz, das Förderschulkonzept und nicht zuletzt immer wieder die Personalausstattung in den Schulen - die Agenda der politischen Minenfelder dieser Koalition ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Zeit dieser Debatte reicht dafür nicht aus, aber wir arbeiten an einer Liste der unerfüllten Versprechen, der Rückschritte und blockierten Vorhaben dieser Koalition und werden sie veröffentlichen.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

So wie im ersten Drittel darf es nicht weitergehen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn Sie diese Spielchen mit der AfD nicht beenden, wenn die Koalitionspartner nicht aufhören, sich bis aufs Blut zu quälen,

(Oliver Kirchner, AfD: Dann treten Sie zurück!)

wenn Sie die Probleme dieses Landes weiterhin ignorieren und aussitzen, dann ist Ihr Regierungsprojekt gründlich gescheitert und muss im Interesse der Menschen beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Da hilft auch keine Schönfärberei in seliger Weihnachtsstimmung. Ihr Wählerauftrag heißt, das Land zu gestalten und nicht nur die eigene Macht zu verwalten. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - André Poggenburg, AfD: Genau! Der Wählerauftrag hieß: konservativ! - Siegfried Borgwardt, CDU: 10 %!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Wortmeldung vom Kollegen Gürth. Deswegen hat er jetzt auch das Wort. - Herr Lippmann, je nachdem, ob es eine Frage oder eine Intervention ist, müssen Sie entscheiden, ob Sie darauf reagieren. Herr Gürth, Sie haben das Wort.

Detlef Gürth (CDU):

Sehr geehrter Kollege Lippmann, ich habe eine Frage zu Ihrer Rede. Wenn ich es richtig verstanden habe, lauten die Quintessenz und der Kern Ihrer Rede, dass drei Parteien von Mitte konservativ bis ziemlich weit links, wenn man alle drei betrachtet, die eine Regierungskoalition bilden, es schwer haben, miteinander klarzukommen und sich öfters streiten. Das finden Sie nicht schön. So lautete Ihre Quintessenz.

Meine Frage lautet - man könnte sie auch als weihnachtliche Quizfrage bezeichnen -: In der 27-jährigen Geschichte dieses Parlaments gab es ganz viele Fraktionen; manche haben von Anfang an bis heute durchgehalten. Aber es gab nur eine einzige Fraktion, die, um Zwistigkeiten, Streit und Kabale in den eigenen Reihen schlichten zu können, einen Mediator von außen bestellen musste.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Meine Frage ist: Welche Fraktion war das?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der AfD - Ulrich Thomas, CDU: Das kann Herr Gallert beantworten!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich sage es einmal ganz ungeschützt: Es scheint in diesem Haus viele Kolleginnen und Kollegen zu geben, die viel länger dabei sind als ich und die das offensichtlich viel besser wissen als ich. Ich will also nicht so tun, als ob ich die Antwort wüsste. Ich erkundige mich gern bei allen Fraktionen.

(Lachen bei der CDU)

Wir scheinen es nicht gewesen zu sein,

(Guido Heuer, CDU: 100 Punkte!)

weil Sie das so gezielt angesprochen haben, Herr Gürth. In meiner Rede ging es nicht darum, dass Streit an sich schlecht ist. Schlecht ist, wie Sie in der Koalition und - das sage ich ausdrücklich - wie die CDU in dieser Koalition damit umgeht, welches Bild Sie nach außen zeichnen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: War doch klar!)

Nicht einmal das ist das große Problem. Das große Problem ist, dass Sie sich damit gegenseitig auf den Füßen stehen, sich gegenseitig nichts gönnen und damit die Probleme versenken und nicht lösen. Das ist das Problem, das ich angesprochen habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Deswegen können wir nun ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule an der Rüsternbreite aus Köthen auf unserer Besuchertribüne begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Landesregierung hat nun Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff das Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kennen die 100-Tage-Bilanz einer Regierung, wir kennen die Bilanz nach einem Jahr Regierungsarbeit und die Halbzeitbilanz. Eine Drittelbilanz ist nun wirklich etwas Neues. Ich kann mir den Wunsch danach nur mit weihnachtlicher Vorfreude erklären.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn der Gabentisch der Koalition ist reich gedeckt. Wenn Sie es wünschen, bescheren wir Sie gern etwas früher.

(Heiterkeit bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wir müssen uns mit unserer Bilanz nicht verstecken.

Bevor ich in diese Zwischenbilanz einsteige, mache ich einen Einschub, der mir am Herzen liegt. Sehr geehrter Herr Lippmann, Demokratie, für die wir eingestanden sind und um die zu erkämpfen wir Risiken in Kauf genommen haben - ich weiß nicht, wo Sie damals waren -, lebt vom Streit um die beste Lösung für eine Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Das praktizieren wir in unserer Koalition so, dass ich nach einem Drittel schon selbst beeindruckt davon bin, was wir vorzuweisen haben,

(Heiterkeit bei der AfD)

wohl wissend, dass es noch viel zu tun gibt; denn der Koalitionsvertrag kann noch nicht abgearbeitet sein. Dafür haben wir noch weitere zwei Drittel der Zeit der Legislaturperiode zur Verfügung.

Ich hatte aber ein Gefühl während Ihrer Rede. Ich habe einige Minute lang nicht zu Ihnen geschaut und habe kurz die Augen zugemacht. Dabei ist mir aufgefallen, dass mich die Schärfe Ihres Duktus an eine ganz schlimme Zeit erinnert.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Ich habe mich an Karl-Eduard von Schnitzler erinnert.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der AfD)

Den haben wir nach dem Wortteil „Schnitz“ ausgestellt, und das war gut so. Das, was Sie hier in dieser Schärfe und in dieser Brutalität vorgetragen haben, entspricht nicht diesem Hohen Hause. Wenn das repräsentativ wäre, dann wäre es schlecht für die Demokratie in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ziele unserer Regierungsarbeit wurden im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Neue Impulse für wirtschaftliche Dynamik, eine nachhaltige Entwicklung, Bildungsgerechtigkeit, gute Arbeit, sozialen Zusammenhalt, eine lebendige und bürgernahe Demokratie in einem weltoffenen und toleranten Sachsen-Anhalt und natürlich eine solide Finanzpolitik, die Gestaltungsspielräume auch für die Zukunft ermöglicht - das ist eine kurze Quintessenz aus dem Einstieg in unseren Koalitionsvertrag.

In den letzten 20 Monaten seit der Regierungsbildung haben wir vieles davon bereits umgesetzt bzw. sind dabei auf einem guten Weg. Lassen Sie mich dem Zeitrahmen einer Aktuellen Debatte angemessen hier nur einige wenige wesentliche Stichpunkte nennen.

Die Arbeitslosenquote ist mit 7,7 % auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Das ist noch keine Vollbeschäftigung, doch diese zu erreichen, wird nun ein realistisches Ziel in den nächsten Jahren sein können.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Lohnzuwächse in Sachsen-Anhalt lagen in den beiden vergangenen Jahren über dem Bundesdurchschnitt.

Im Jahr 2016 ist das Investitionsvolumen der Industrie auf 1,6 Milliarden € geklettert. Das ist der höchste Stand seit sieben Jahren. Wir unterstützen diesen Prozess zum Beispiel durch die Änderung der GRW-Richtlinie. Im Mai 2017 haben wir sie novelliert und dabei die Basisförderung für kleine und mittlere Unternehmen angehoben, die Mindestinvestitionssumme auf 30 000 € gesenkt und übersichtlichere Regelungen eingeführt.

Wir unterstützen diesen Prozess weiterhin durch die Einführung einer Meistergründungsprämie in Höhe von 10 000 € je Antragssteller, die wir im Juli 2017 eingeführt haben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit der Einrichtung einer zentralen Fördermitteldatenbank und eines einheitlichen Fördermittelcontrollings werden wir der Doppelförderung und dem Fördermissbrauch weiter vorbeugen.

Die digitale Agenda ist gerade gestern vom Kabinett verabschiedet worden.

In der Tourismuswirtschaft ist unser Ziel von acht Millionen Gästeübernachtungen pro Jahr in diesem Jahr bereits erreicht worden, und nicht wie geplant erst 2020. Dazu hat das erfolgreiche Luther-Jubiläum beigetragen, aber nicht als Selbstläufer, sondern weil wir kräftig investiert haben, und zwar insgesamt mehr als 80 Millionen €.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das sind nachhaltige Investitionen, die für unser Land dauerhaft positiv wirken werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Für Menschen, die vom Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht profitieren, haben wir das Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ aufgelegt, das im November 2017 startete. Hiermit soll Beschäftigung für 2 000 Langzeitarbeitslose geschaffen werden. 30 Millionen € stehen dafür zur Verfügung.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Seit Beginn der Legislaturperiode hat es zur Reduzierung der Elternbeiträge Mehrzuweisungen an die Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung von insgesamt 51 Millionen € gegeben.

(Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Erst gestern haben wir dazu einen wichtigen Beschluss gefasst.

Ebenfalls seit dem Beginn der Legislaturperiode haben wir mehr als 1 100 neue Lehrer eingestellt. Seit zwei Wochen läuft eine neue Ausschreibungsrunde mit nochmals 250 Einstellungsoptionen.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Dass unser Bildungssystem so schlecht nicht ist, zeigt auch der jüngst vorgelegte Bildungsfinanzbericht 2017 des Bundes. Bei den Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen liegen wir an fünfter Stelle von 16 Bundesländern, hinsichtlich der Schüler-Lehrer-Relation sogar an zweiter Stelle nach Thüringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Über das Programm Stark III stehen 86 Millionen € zur energetischen und allgemeinen Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen zur Verfügung.

Außerdem investieren wir in Wissenschaft und Forschung. So haben wir die Grundfinanzierung

der Hochschulen um 15 Millionen € erhöht. Die Zuschüsse für die Universitätsklinika in Halle und in Magdeburg wurden für die Jahre 2017 und 2018 um jeweils 3,4 Millionen € erhöht.

Im August 2017 konnten sowohl der Forschungsbau des Proteinzentrums der MLU durch Investitionen des Bundes und des Landes in Höhe von 40 Millionen € als auch die Pflanzenkulturhalle des IPK Gatersleben mit Bundes- und Landesinvestitionen von 5,8 Millionen € eingeweiht werden.

Der Kulturetat wurde kräftig erhöht und wird auf dem Niveau von 100 Millionen € pro Jahr fortgeführt. Auch die Kulturstiftungen verfügen nun über deutlich erhöhte Ansätze.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Der Dialog mit Kulturschaffenden wurde intensiviert, zum Beispiel durch den Lokaltermin Kultur. Dieser fand in Halle am 5. Dezember nun zum zweiten Mal statt.

Die Sanierung des Schlosses Wörlitz ist abgeschlossen. Andere große Baumaßnahmen laufen an. Zu nennen seien der dritte Bauabschnitt des Augusteums in Wittenberg, das Bauhausmuseum, das Georgium Dessau und die Komplettierung der Franckeschen Stiftungen. Die Gedenkstätte Isenschnibbe wird gebaut.

Die Vorgespräche mit den Theatern und Orchestern für die nächste Vertragsperiode laufen. Auch in diesem Bereich wird mehr Geld zur Verfügung stehen.

Wir haben unser Versprechen, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern, umgesetzt. Mit zwei Änderungen des FAG haben wir die Finanzausgleichsmasse zunächst um 80 Millionen € und in einem zweiten Schritt um nochmals 102 Millionen € auf insgesamt 1,628 Milliarden € für die Jahre bis 2021 erhöht.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Wir erhöhen die Zahl der Polizeibeamten kontinuierlich von derzeit knapp 6 200 auf 6 400 bis zum Jahr 2020. Nachdem im letzten Jahr 330 Polizeianwärter neu eingestellt wurden, sind es in diesem Jahr 700.

Im kommenden Jahr werden 500 weitere folgen. Wir investieren in die Modernisierung der Polizei, so in den Bau der Polizeidirektion Nord mit 155 Millionen €. In die Ausrüstung der Polizei investieren wir in diesem Jahr knapp 23 Millionen € und im kommenden Jahr noch einmal 21 Millionen €.

Mit einem Umweltsofortprogramm wurden in 139 Einzelmaßnahmen Lebensräume und Artenvielfalt heimischer Pflanzen und Tiere verbessert. Vielfältige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Schaffung von 600 ha Retentionsfläche, haben den Hochwasserschutz in Sachsen-Anhalt verbessert. Bis 2020 sollen alle wesentlichen Hochwasserschutzanlagen in einem DIN-gerechten Zustand sein.

Im Bereich der Landwirtschaft begleiten wir mit dem Junglandwirteprogramm den Generationenwechsel. Das Programm zur Förderung des Ökolandbaues wurde ausgeweitet. Der Umfang der ökologisch bewirtschafteten Flächen wird sich 2018 um 27 % erhöhen. Bis Ende 2018 werden wir ein Klimaschutz- und Energiekonzept für Sachsen-Anhalt erarbeiten. Der Bau von Straßen und Radwegen geht voran. An einem Abschnitt der A 14 wird gebaut, an einem weiteren werden wir im Sommer 2018 die Arbeiten beginnen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU, und von Chris Schulenburg, CDU)

Im Landesstraßenbau stehen in diesem und im kommenden Jahr rund 30 Millionen € mehr zur Verfügung als in den vergangenen Jahren.

Im Wohnungsbau unterstützen wir Investitionen mit einem Programm zur Herrichtung leerstehenden Wohnraums 2017 und 2018 mit jeweils rund 23 Millionen €. Zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sind wir mit 14 Millionen € in den Jahren 2017 und 2018 ebenfalls ganz klar in der Offensive. Beide Programme werden sehr gut angenommen.

Die Stelle einer Landesbeauftragten für Frauen- und Gleichstellungspolitik wurde wieder eingerichtet, zudem wird im kommenden Jahr das Frauenfördergesetz zu einem modernen Gleichstellungsgesetz novelliert.

Die Ausgaben für die Sportförderung wurden deutlich erhöht, und zwar von 19,6 Millionen € im Jahr 2015 auf 27,9 Millionen € in diesem Jahr.

Trotz höherer Ansätze im Landeshaushalt haben wir auch in den vergangenen Jahren Schulden getilgt, bis 2020 sollen es eine halbe Milliarde Euro sein.

Im Bundesrat vertreten wir entschieden die Interessen unseres Landes, sei es bei der gerechteren Ausgestaltung der Netzentgelte, der Entfristung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes oder der Aufhebung des Kooperationsverbotes. Auch in der Frage der Neugestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleiches haben wir uns für die Interessen Sachsen-Anhalts und der anderen neuen Bundesländer starkgemacht, und ich darf Ihnen versichern, dass ich diese auch bei den Gesprächen zur Bildung einer neuen Bundesregierung immer im Blick haben werde.

Diese Beispiele mögen auch in Anbetracht des Zeitrahmens genügen, um deutlich zu machen, dass diese Koalition ihre Hausaufgaben macht.

Eine umfassende Bilanz der Regierungsarbeit ist jedoch verständlicherweise im Rahmen einer Aktuellen Debatte nicht zu leisten. Sehr gern werde ich jedoch im kommenden Jahr den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend in einer Regierungserklärung eine umfängliche Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit ziehen.

Am Ende des Jahres 2017 möchte ich mich bei den Koalitionsfraktionen und allen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett bedanken, mit denen wir sehr gut zusammengearbeitet haben. Ihnen allen aber wünsche ich eine gesegnete Weihnacht und ein gesundes und glückliches neues Jahr 2018. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Ministerpräsident, ich sehe drei Wortmeldungen für Anfragen. Bei einer Zehnminutendebatte dürfte dies angemessen sein. Als Erste hat sich Frau Hohmann gemeldet.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich habe Sie leider akustisch nicht richtig verstanden. Könnten Sie wiederholen, wie viel Geld das Land zur Erhöhung der Kita-Finanzierung bereitgestellt hat?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich habe jetzt meinen Redebeitrag nicht hier, weil darin sehr viele Zahlen enthalten waren. Ich glaube, es waren in der Summe der beiden Etappen, die wir in den ersten 20 Monaten gemacht haben, etwas über 50 Millionen €.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Das sind die 50 Millionen €, die wir als Betreuungsgeld vom Bund bekommen haben. Es ist also kein reines Landesgeld, sondern Bundesgeld, was wir umgesetzt haben. Ist das richtig?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Bei allen Finanzen, die wir zur Verfügung haben, handelt es sich bei den Projekten generell immer um Mittel des Bundes, der Europäischen Union und auch des Landes. Aber wir haben diese Korrekturen vorgenommen und es ist on top in das System hineingekommen. Sie wissen, dass wir an einer Novelle arbeiten und eine nachhaltige Kindertagesstättenförderung und Kinderförderung sicherstellen werden und uns - das werden Sie nicht bestreiten - mit dem Blick auf alle Statistiken, die auch Ihnen vorliegen, bundesweit sehen lassen können und dass wir einen Aufwand betreiben, der zeigt, dass wir sowohl die Familienpolitik als auch das Kinderwohl und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eines der prioritären Ziel unserer Landesregierung sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Ich nehme Sie beim Wort, Herr Ministerpräsident.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Hohmann, noch eine Nachfrage?

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Nur eine Feststellung: Diese 50 Millionen € Betreuungsgeld waren ja zielgerichtet, und ich mag mir gar nicht vorstellen, wie es gewesen wäre, wenn wir dieses Betreuungsgeld nicht bekommen hätten, ob Sie dann auch großzügig 50 Millionen € aus Landesgeldern dafür bereitgestellt hätten.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Gehen Sie davon aus, dass wir das, so wie wir es gestern im Kabinett bzw. auch im Landtag beschlossen haben - allein, was die weiteren 30 Millionen € betrifft, die leider, muss ich sagen, kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden -, aus dem Haushalt gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen innerhalb des Kabinetts gestemmt haben. Alles das, was notwendig ist, um ein neues Kinderförderungsgesetz auf den Weg zu bringen, wird finanziell bei uns im Haushalt dargestellt. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Als Nächste fragt Frau Heiß. Danach habe ich aus der Fraktion DIE LINKE noch zwei Wortmeldungen von Frau von Angern und Herrn Gebhardt. Sie einigen sich jetzt bitte selbst. - Frau Heiß.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Danke. - Herr Dr. Haseloff, Sie sagten zu Beginn Ihrer Rede, dass die Streitigkeiten, die Sie haben, immer zu den besten Lösungen für eine Gesellschaft führen sollen.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das war in der DDR anders. Das ist richtig, ja.

(Beifall bei der CDU - Jens Kolze, CDU: Ja!)

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Sie sagten vorhin auch - Herr Lippmann erwähnte es ebenfalls -, dass es auch mehrere Punkte

gebe, bei denen es schon länger Streit gibt. Einer davon sei die Seilbahn in Schierke. Dort gibt es ja jetzt eine neue Entwicklung. Der ehemalige Wirtschaftsminister Herr Möllring setzt sich jetzt aufseiten des Investors dafür ein, dass die Seilbahn umgesetzt werden soll. Mich würde Ihre Haltung zu dem Engagement von Herrn Möllring interessieren.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Zunächst begrüße ich ganz ausdrücklich jedes positive Investitionsgeschäft in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind ein investitionsfreundliches Land, weil wir wissen, was es heißt, Arbeitsplätze zu bekommen oder nicht zu haben. Jeder Arbeitsplatz, der sich mit dem geltenden Recht sowie mit unseren Landesentwicklungszielen in Übereinstimmung bringen lässt, ist uns herzlich willkommen.

Im Übrigen gilt für jedes Projekt, auch für das von Ihnen genannte, der geltende Rechtsrahmen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich dessen, was die Europäische Union festlegt, inklusive der Landesregelung. Diese werden uneingeschränkt zur Anwendung gebracht. Dort gibt es keine politische Indoktrination oder Intervention, sondern es wird Verwaltungsrecht angewendet, und jeder, der sich positiv einbringt, um Arbeitsplätze zu schaffen, die in jedem einzelnen Fall besonders wertvoll für uns sind, hat unsere ausdrückliche Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Heiß, maximal noch eine kurze Nachfrage.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Noch eine kurze Nachfrage.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Damit habe ich alles gesagt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Eine kurze Nachfrage.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Noch eine kurze Nachfrage: Andere Bundesländer und auch der Bund haben in den vergangenen Jahren Karenzzeiten geschaffen, um Einflussnahmen ehemaliger Minister auf bestimmte Projekte, die in ihrem ehemaligen Wirkungsbereich liegen, zu verhindern. Könnten Sie sich so etwas auch für Sachsen-Anhalt vorstellen?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich sehe dafür zurzeit überhaupt keine Notwendigkeit. Im Übrigen ist die Tätigkeit von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland klar an Recht und Gesetz gebunden. Alles das, was einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung dient, wird auch gutgeheißen. Ich kenne Zeiten, verehrte Frau Heiß, in denen das anders war. Diese Zeiten mögen nie zurückkommen. Ich halte es deshalb auch nicht für opportun, dass gerade aus Ihren Reihen eine solche Frage gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Erlauben Sie eine kurze Vorbemerkung, Herr Ministerpräsident: Ihre Rede hat bei mir den Eindruck hinterlassen, dass Kritik aus der Opposition am Ministerpräsidenten einer Majestätsbeleidigung gleichkommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich frage mich, ob Sie sich wünschen würden, dass es keine Opposition mehr gibt;

(André Poggenburg, AfD: Hier! - Oliver Kirchner, AfD: Eine gibt es noch!)

aber das ist nur eine rhetorische Frage. Ganz konkret: Sie haben unseren Fraktionsvorsitzenden heute mit einem aus meiner Sicht schwerwiegenden Vorwurf belastet.

(Zurufe von der CDU: Ach! - Empörung bei der CDU)

Sie sagten, dass seine Rede Sie an dunkle Zeiten erinnere.

(Ulrich Thomas, CDU: Zu Recht!)

Bitte konkretisieren Sie das.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Das konkretisiere ich ganz klar, Frau von Angern. Demokratie lebt vom Streit, von Opposition, von Regierungsarbeit, von Legislative, Exekutive, mit allem Drum und Dran. Aber gehen Sie davon aus, dass Politik von realen Menschen mit realen, erlebten Biografien gemacht wird, und diese Biografie beinhaltet eben auch Erfahrungen, die schlicht und einfach - darüber habe ich berichtet - eine Assoziation bei mir aufgerufen hat, die mich an sehr schwierige Zeiten in meiner eigenen Biografie erinnert hat. Diese Assoziation - das Recht habe ich mir einmal genommen; denn ich musste mir ja auch einiges anhören - habe ich hier einfach einmal gefühlsmäßig vorgetragen,

und dieses Recht lasse ich mir von niemandem nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

In Übrigen habe ich mir in diesem Landtag schon so viel anhören können, dass die Unterstellung, dass es eine Majestätsbeleidigung sein könnte und ich diese nicht vertragen könnte, wirklich sehr weit wegzuweisen ist. Ich habe schon ausreichend eingesteckt und mich als wahrer Demokrat, auch an dieser Stelle in diesem Haus, erwiesen, ohne dass ich jedes Mal mit gleicher Rhetorik reagiert habe.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Letzte kurze Nachfrage, Frau von Angern?

Eva von Angern (DIE LINKE):

Eine letzte kurze Nachfrage: Herr Ministerpräsident, wie passen Ihre Ausführungen, die Sie eben getätigt haben, zu Ihrem Demokratieverständnis, zu der Ansage gegenüber der Abg. Heiß, dass bestimmte Fragen zu einem bestimmten Thema aus unseren Reihen nicht gestattet seien?

(Unruhe bei der CDU und bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Hat er nicht gesagt!)

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Es geht schlicht und einfach darum, dass die Bürgerrechte, die jeder Mensch hat - tätig zu sein in einer Gesellschaft, ehrenamtlich oder hauptamtlich,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Nein, nein, Sie haben etwas anderes gesagt! Weshalb darf man eine solche Frage nicht stellen? - Robert Farle, AfD: Seien Sie doch mal still, Frau von Angern!)

auch mit der Ausübung eines Berufes -, in unserer Gesellschaft unangetastet bleiben, dass ich aber eine Gesellschaft kenne, die in der historischen Folge auch von Ihnen mitzuverantworten ist, zu der ich sage: Gott sei Dank gibt es Berufsverbote heute nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt weitere Fragen. Noch einmal: Ich habe gesagt, bei einer Zehnminutendebatte sind etwa drei Nachfragen pro Fraktion angemessen. Wir hatten es bisher so gemacht, dass wir bei einer Fünfminutendebatte zwei und bei einer Dreiminutendebatte eine Nachfrage pro Fraktion zulassen. Das war mein Einwand, weil es jetzt dazu Fragen gab.

Es gibt eine weitere Frage an den Ministerpräsidenten, diesmal von Herrn Farle. Bitte, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Das ist keine Frage, sondern eine Zwischenintervention.

(Heiterkeit - Der Ministerpräsident verlässt das Rednerpult wieder)

Ich entschuldige mich dafür, sage aber auch, warum ich dies tue: weil ich es für unerträglich halte. Man kann sachliche Kritik üben, und das wollen wir auch. Es gibt nicht nur positive Bilanzen der Regierungspolitik; dazu wird mein Kollege Herr Poggenburg noch etwas sagen. Aber ich möchte auch ganz klar sagen: Ich weise es für unsere Fraktion zurück, dass Sie, Herr Lippmann, hier nichts anderes bringen als Sprechblasen, um die Regierung mit Schauanträgen anzugreifen und eine Scheinopposition abzuliefern.

(Widerspruch bei der CDU und bei der SPD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist zehn Minuten her!)

Was Sie hier betreiben, bis zu Frau von Angern gerade, und auch das, was Frau Heiß vorhin sagte, ist für dieses Parlament ganz unerträglich.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sage es noch einmal und noch einmal und noch einmal: Interventionen und Fragen haben sich an den Redner zu richten, der hier vorn agiert, ausschließlich an ihn, und ich

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

bitte ausdrücklich, die Dinge nicht nur pro forma, sondern auch in der Sache einzuhalten. Ich kann es Ihnen gerne noch einmal erklären, Herr Farle. Normalerweise müsste Herr Lippmann jetzt das Recht haben, auf Ihre Vorwürfe zu reagieren. Das Problem besteht nur darin, dass wir dann hier überhaupt nicht mehr klarkommen. Das haben wir im Ältestenrat besprochen und auch hier mehrfach gesagt. Ich bitte im Interesse dessen, dass wir den Überblick behalten, darum, sich dann zu melden, wenn der Redner an der Reihe ist, und er kann dann reagieren. Gut. Dann hätten wir das auch geklärt.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Rüdiger Erben, SPD)

Da mir keine weiteren Wortmeldungen für Fragen mehr vorliegen, können wir fortsetzen. Für die Fraktion der AfD hat der Abg. Herr Poggenburg das Wort. Bitte sehr.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Abgeordnete! Seit 20 Monaten regiert bzw. reagiert die Kenia-Koalition nun im Land Sachsen-Anhalt. Das ist allen bekannt. Es handelt sich dabei um die erste derartige Koalition auf Landesebene und somit um ein Experiment, ein politisches Experiment, das bisher ganz klar als gescheitert zu bewerten ist.

Am Anfang standen der Wille zum Paktieren um jeden Preis und ein Koalitionsvertrag voller Versprechungen, ein Koalitionsvertrag, der vom Landesrechnungshof völlig zu Recht und zutreffend einmal als Wünsch-dir-was-Liste bezeichnet wurde. Nach 100 Tagen Regierungszeit sagte Ministerpräsident Haseloff - ich zitiere -:

> „Wir werden daran gemessen werden, wie wir unsere Versprechen einlösen."

Wir als Oppositionsführer haben selbstverständlich darauf gehofft, dass das ganz genauso geschehen wird; denn das Scheitern war vorherzusehen, das Messergebnis somit vorher klar.

Schauen wir dazu einmal in die Kenia-Bilanz nach 20 Monaten. Mehrausgaben für Polizei, Lehrer und Kommunen. - Da kam bislang wenig, oft nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Noch immer herrschen Bildungschaos und Lehrernot. Allein im Bereich innere Sicherheit gibt es etwas positive Bewegung. Das ist aber eher auf den starken politischen Druck der AfD in diesem Politikbereich und weniger

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der CDU und bei den GRÜNEN)

dem verantwortungsvollen Handeln der Regierungskoalition zuzuschreiben, auch wenn Abg. Striegel das logischerweise ganz anders sieht.

(Minister André Schröder: Ich auch!)

Die Senkung der Kita-Gebühren für die Eltern: Das Gegenteil ist der Fall. Vielerorts kämpfen Eltern mit dramatischen Gebührenerhöhungen.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Auch der aktuell vorliegende Gesetzentwurf verspricht keine wirkliche Besserung in dieser Angelegenheit. Die Koalition kleckert, wenn es um den deutschen Bürger geht,

(Minister André Schröder: Oh!)

aber sie klotzt, wenn es darum geht, zumeist illegale Einwanderer mit deutschem Steuergeld zu alimentieren. Auch das ist eine unbequeme Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Und längst tobt nicht nur der Kultur-, sondern auch der Verteilungskampf zwischen den Deutschen und den Fremden. Das deutsche Volk hat dabei bisher ganz klar das Nachsehen.

Diese Situation entstand insbesondere auch dadurch, dass die Regierungskoalition bei der Abschiebung der illegalen Einwanderer versagte. „Land scheitert bei Abschiebungen", titelte beispielsweise die „Volksstimme" im Februar 2017.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Lügenpresse!)

Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

Am Lagerfeuer von Kenia ist es immer schön warm. Dieses Zitat stammt von Ministerpräsident Haseloff. Warm und kuschlig ist es dort allerdings besonders für illegal Eingewanderte. Ansonsten herrscht eher soziale Kälte.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Kinder- und Altersarmut befinden sich auf Rekordniveau.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Was?)

Alte Menschen wühlen in Abfalltonnen nach Essbarem oder Pfandflaschen.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Die AfD als neue Partei der sozialen Gerechtigkeit

(Unruhe)

ist der Anwalt auch eben dieser Bürger, die von den Altparteien oft sträflich im Stich gelassen werden.

(Beifall bei der AfD)

Auch beim Schuldenabbau ist die Landesregierung kaum vorankommen.

(Minister André Schröder, CDU: Was?)

Noch immer sitzt das Land auf einem Schuldenberg von etwa 20 Milliarden €.

(Eva Feußner, CDU: Ihr wollt doch noch mehr ausgeben!)

Das ist angesichts der damit verbundenen Belastung kommender Generationen einfach nur verantwortungslos zu nennen, nichts anderes.

(Beifall bei der AfD - Minister André Schröder: Hat keinen Zweck, 325 Millionen €!)

Nach einer 100-Tage-Bilanz der Koalition gefragt, wurde ich im August 2016 von der „MZ" sogar einmal richtigerweise wie folgt zitiert:

> „Die CDU hat zwar versprochen, nicht mit der LINKEN zu koalieren, paktiert aber nun mit den linksradikalen GRÜNEN."

(Beifall bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht)

„Die CDU hat das Heft des Handelns nicht in der Hand.“

Ein Jahr nach dem Koalitionsbeginn bewahrheitet sich genau dieser Befund in erschreckender Weise und im März 2017 berichtet die „Volksstimme“ - ich zitiere -:

„Konservative CDU-Abgeordnete fordern, die eigene Partei müsse sich stärker gegen den kleinen Partner durchsetzen.“

Vollkommen richtig. Ende Oktober, also vor gut sechs Wochen, berichtete die „Volksstimme“ zutreffend von Krisenstimmung in der Kenia-Koalition. Es knirsche gewaltig im Gebälk. Die Fronten seien verhärtet. Der Ton werde rauer. Das Koalitionsklima sei erheblich belastet. Erste Parteifunktionäre warnten bereits verantwortungsvoll, wie ich meine, vor einem Bruch der Koalition.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Da glauben Sie der Zeitung, ja?)

Als Ursachen für die Koalitionskrise wurden unter anderem Streit über die

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

zukünftige Gestaltung des KiFöG und der Bildungspolitik, aber auch der völlig indiskutable Auftritt des unverbesserlichen Linksradikalauslegers Sebastian Striegel in der Debatte über die Hausbesetzung in Halle angegeben.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Kenia-Koalition ist nach 20 Monaten in Unverantwortung eigentlich am Ende. Dies liegt aber weniger an der politischen Positionierung der einzelnen Fraktionen. Die vertreten ihre Positionen ganz gut. Nein, es liegt vor allem daran, dass hier zusammengeführt und zusammengerührt wurde, was einfach nicht zusammengehört und niemals, ohne sich dabei selbst zu verleugnen, konstruktiv zusammenarbeiten kann. Um nicht mehr und um nicht weniger geht es hier, liebe Abgeordnete.

(Beifall bei der AfD)

Zu einer Drittelbilanz gehört aber auch die Bewertung des Einbringers des Tagesordnungspunktes, der sogenannten linken Oppositionsfraktion. Im Fall der Linksfraktion komme ich nicht umhin, ein weitgehendes Oppositionsversagen festzustellen. Bereits im August 2016 schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ über das Versagen der Linkspartei im Landtag - ich zitiere -:

„Während die AfD mit offenem Visier agiert, ist die andere Oppositionspartei, die Linkspartei, fast in der Versenkung verschwunden.“

(Beifall bei und Zuruf von der AfD: Da kann sie auch bleiben!)

Zudem berichtete die Zeitung von einer tiefen Resignation, Ernüchterung und Agonie. Ich muss die Zeitung loben.

(Eva Feußner, CDU: Oh!)

Doch es waren nicht nur Startschwierigkeiten. Eine im Mai 2017 erschienene Studie der Otto-Brenner-Stiftung gelangt zu einem ähnlichen Befund. Da heißt es: DIE LINKE schließlich ist in ihrem Selbstverständnis tief erschüttert. Galt sie lange als die größte Oppositionspartei, ringt sie nun um politische Reputation; denn die AfD vermag große Teile der öffentlichen Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. - Diesem Befund kann ich aus täglichem Erleben nur uneingeschränkt zustimmen.

Werte Kollegen der Linksfraktion, Sie können und wollen es einfach nicht. Sie sind dermaßen mit einem linksideologischen Tunnelblick versehen, dass sie Anträgen der Oppositionsführerin AfD, die hin und wieder zweifelsfrei auch Ihre Positionen wiedergeben - ich erinnere dabei nur an die Ablehnung der Russland-Sanktionen -, nicht zustimmen können, weil es eben AfD Anträge sind.

(Beifall bei und Zurufe von der AfD)

Bei Ihnen geht es eben nicht um Inhalte, sondern nur um linke Weltanschauung und Propaganda. Eine Partei von vorgestern halt, die mit ihren altideologischen linken Scheuklappen Stück für Stück aus unserer politischen Landschaft verschwinden wird. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Ich sehe keine Wortmeldungen für Nachfragen. - Ich möchte, bevor wir in unserer Debatte fortfahren, ganz herzlich die zweite Schülergruppe aus Köthen begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte jetzt in der Debatte fortfahren. Für die Fraktion der SPD hat die Abg. Frau Dr. Pähle das Wort. Bitte sehr.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die SPD hat sich im Jahr 2016 für die Bildung einer Koalition mit CDU und GRÜNEN aus einem einfachen, aber fundamentalen Grund entschieden: aus Verantwortung für die Demokratie.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulrich Thomas, CDU: Das war beim Bund genauso!)

Wir wollten es schaffen und wir wollen es nach wie vor schaffen,

(Frank Scheurell, CDU: Wir auch!)

dass demokratische Parteien über alle Unterschiede hinweg gemeinsam das Land regieren und stabile Grundlagen für eine gute Zukunft legen. Wir wollten und wollen vor allem auch, dass demokratische Parteien durch diese Koalition denen die Stirn bieten, die unsere Demokratie von rechts angreifen, und diese Aufgabe bleibt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

In der Tat gibt es in dieser Regierungsmehrheit, bestehend aus CDU, SPD und GRÜNEN, weniger Gemeinsamkeiten als in einer solchen Koalition wie in Brandenburg oder wie in Thüringen, oder auch weniger als in einer großen Koalition wie in Niedersachsen.

Kenia ist eine Koalition, in der pausenlos Leute über ihren eigenen Schatten springen müssen, und das wird sich kaum ändern.

(Beifall)

Ich glaube, an der Stelle können mir meine Kollegin Conny Lüddemann und mein Kollege Siegfried Borgwardt zustimmen. Sie ist deshalb auch kein Vorbild für andere Länder oder gar für den Bund. Aber sie ist auch kein Jammertal, und wir müssen deshalb nicht immerzu daran leiden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf: Ja!)

Was mich an dieser politischen Konstellation stört, ist nicht der Streit zwischen den Parteien. Das ist normal und unvermeidlich. Mich stört, dass dieser Streit oft nicht über Sachfragen geführt wird, die hier im Landtag und in der Regierung gelöst werden können und sollen, sondern dass der Streit zum Selbstzweck geführt wird, auch innerhalb der Koalition. Das will ich zugeben.

Mich stört, dass diese Konflikte oft so ausgetragen werden, dass der Streit als solcher die Nachricht ausmacht

(Beifall)

und nur ganz ganz selten das Ergebnis kommentiert oder darüber berichtet wird.

Sachsen-Anhalt wird ordentlich regiert. Ministerpräsident Haseloff hat das eben ausführlich geschildert.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Aber Kenia streitet über. Das ist es, was alle Redaktionen in Sachsen-Anhalt im Stehsatz haben und vermutlich längst als feste Tastenbelegung auf ihrer Twitter-Tastatur.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Die Antwort darauf ist allerdings kein Zukleistern von Meinungsunterschieden, sondern eine Orientierung auf mehr ergebnisorientierte Debatte.

Mich stört weit über Kenia hinaus die Kultur des halbleeren Glases, die in unserem Land so verbreitet ist.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Ich habe manchmal den Eindruck, einer Ranking-Liste wird nur dann geglaubt, wenn Sachsen-Anhalt tatsächlich wieder einmal auf Platz 16 steht. Ansonsten wird immer ein Fragezeichen dahintergesetzt.

Wir haben es uns abgewöhnt und unter den Tisch fallen lassen, dass Sachsen-Anhalt die bundesweit beste Kinderbetreuung hat, und diskutieren über die Fortentwicklung der gesetzlichen Grundlage manchmal so, als stecke die frühkindliche Bildung bei uns in einer Sackgasse.

Wir vergessen, wie leistungsfähig und hoch angesehen unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist. Dabei sind das Pfunde, mit denen wir wuchern können und müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir übersehen manchmal selbst, welche Potenziale in unserem Land stecken, ob in der Tourismusentwicklung, bei Start-ups oder in der klassischen wirtschaftlichen Industrie wie in den Chemieregionen oder bei den Automobilzulieferern.

Die Kultur des halb leeren Glases hat einen großen Nachteil: Sie schickt allen außerhalb des Landes die Nachricht: Kommt bloß nicht hierher! Das ist nicht nur schlecht für die wirtschaftliche Entwicklung, das ist auch ganz schlecht für das Selbstbewusstsein der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter.

Aber um eines ganz klar zu sagen: Was dem Ansehen dieses Landes wirklich schadet, was außerhalb des Landes tatsächlich negativ registriert wird, das ist die Menschenfeindlichkeit in Wort und Tat, die Rechtsextremisten in diesem Land an den Tag legen, gleichgültig ob im Landtag oder auf der Straße.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der AfD)

Das Geschwür am deutschen Volkskörper war dabei nur ein Tiefpunkt hier im Parlament. Die Liste der Feindbilder, die da beschworen werden, nimmt sicher kein Ende. Studierende, Sozialarbeiter, Feministinnen, Umweltschützer, die Volks-

initiative, sogar, ganz egal und immer wieder, Flüchtlinge, Flüchtlinge, Flüchtlinge.

(Zurufe von der AfD)

Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen: Sie, meine Herren, setzen Sachsen-Anhalt herab, indem Sie die Menschen in unserem Land herabsetzen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Und obwohl Sie Ihr Personal aus schlagenden Verbindungen rekrutieren, von der allerjüngsten Auszubildenden wahrscheinlich abgesehen,

(Oh! bei der AfD)

obwohl Sie Ihr Personal aus diesen Verbindungen rekrutieren, beherrschen Sie hier am Rednerpult weder das Florett noch den Säbel. Die einzige Waffe, die Sie führen können, ist die Dreckschleuder.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Drittel Amtszeit, das ist schon ein merkwürdiger Anlass für eine Bilanz.

(Zurufe von der AfD)

Aber eine Weihnachtspause kann immer auch Anlass sein zum Nachdenken, für Besinnung und für gute Vorsätze.

Ich plädiere dafür, dass wir im nächsten Jahr alle ein wenig in die politische Kultur investieren, in die politische Kultur, die sachbezogen,

(Zuruf von der AfD)

meinungsfreudig, vielfältig, ergebnisorientiert und bürgernah ist

(Zuruf von der AfD - Eva Feußner CDU: Und im unangemessenen Umgangston!)

- und im angemessenen Umgangston - und die gleichzeitig eine klare Haltung hat

(Zurufe von der SPD, von der LINKEN, von den GRÜNEN und von der AfD)

gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit, gegen Rassismus und für unsere parlamentarische Demokratie. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe hier zwei Wortmeldungen. Die Erste ist die von Herrn Schmidt aus der AfD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Frau Pähle, darf ich Ihre Äußerungen so verstehen, dass Sie sich hier in Sachsen-Anhalt eine Regierungskoalition wie in Thüringen vorstellen?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Schmidt, demokratische Parteien sind nach der Vorlage von Wahlergebnissen immer bemüht, stabile Mehrheiten zu finden. In Thüringen hatte den Auftrag zur Regierungsbildung die Partei DIE LINKE, hier in Sachsen-Anhalt hatte es die Partei der CDU. Und ich bin sehr froh darüber, dass Herr Haseloff sich in dem Moment dafür entschieden hat, mit der SPD und mit den GRÜNEN in Gespräche einzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Eine Nachfrage noch, Herr Schmidt.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich möchte meine Frage noch etwas konkreter stellen. Sie haben das vorhin in Ihrer Äußerung ein bisschen anders dargestellt. Deswegen frage ich noch mal explizit: Wünschen Sie sich statt der aktuellen Koalition in Zukunft lieber eine Koalition mit der LINKEN?

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Jan Wenzel Schmidt, zu dieser Aussage werden Sie mich nicht hinreißen. Weil Koalitionsaussagen vor Wahlen immer schwierig sind, sollte man die nie treffen, sondern man sollte immer den Wählerwillen respektieren und danach sehen, was sich demokratisch zusammenfindet.

(Zuruf von Jan Wenzel Schmidt, AfD)

- Wenn Sie das so interpretieren, können Sie das so machen. Ich würde dem immer widersprechen, weil das, was ich gesagt habe, gilt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Poggenburg hatte sich gemeldet. Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Werte Frau Dr. Pähle, eine Kurzintervention, bitte. - Sie hatten angeführt, dass die AfD aus schlagenden Verbindungen rekrutieren würde. Ich muss Ihnen sagen: Nein, im Gegensatz zu Ihnen

(Oh! bei der CDU und bei der SPD - Unruhe bei der LINKEN - Lachen bei den GRÜNEN - Zurufe)

rekrutieren wir nicht aus der linksfaschistischen Antifa. - Danke.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich weiß, die kommen einfach so zu Ihnen.

(Zurufe von der AfD)

Herr Poggenburg, wir können das Spiel von gestern gerne wiederholen. Ich melde mich gerne am Ende der Debatte noch mal als Fraktionsvorsitzende und zitiere Ihnen aus den Veröffentlichungen, die offengelegt haben, aus welchen Bereichen Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutiert haben.

(Zuruf von der AfD)

Sie haben die Antifa im Blick. Wir haben schlagende Verbindungen und Neonazistrukturen im Blick. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue hat auch noch eine Wortmeldung; deshalb ist er jetzt auch dran.

Alexander Raue (AfD):

Frau Pähle, Sie werfen uns immer Menschenfeindlichkeit vor. Das ist für mich langsam ein abgedroschener Begriff. Ich möchte Sie bitten, das in Zukunft anders zu formulieren; denn die AfD tritt

(Zurufe von der CDU, von der LINKEN und von der SPD)

im Prinzip für die Interessen der deutschen Bürger ein;

(Unruhe)

das ist eigentlich auch Ihre Aufgabe. Sie weiten aber Ihre eigene Aufgabe und Ihre eigene Sicht aus auf die Interessen aller europäischen Bürger und auf die Interessen aller Weltenbürger. Das ist aber nicht Ihre Aufgabe. Sie sind die Vertreterin der deutschen Bürger. Für die haben Sie Politik zu machen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Herr Raue, wir sind auch deutsche Bürger!)

- Natürlich. Sie schließe ich da ein.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

- Herr Lange, Sie können ja gleich sprechen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE - Oh! bei der SPD - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

- Das heißt, immer wenn wir, Frau Pähle, für die Interessen unserer deutschen Menschen eintreten und es ablehnen, für fremde Interessen und für fremde Menschen Mittel in eigentlich unermesslicher Höhe bereitzustellen, immer dann werfen Sie uns diese Menschenfeindlichkeit vor; das ist nicht in Ordnung. Viel mehr sind Sie ja eigentlich selbst dem deutschen Steuerzahler zum Feind geworden.

(Oh! bei der SPD - Zuruf von der SPD: Bitte!)

Ich höre, dass Ihr Parteivorsitzender, Frau Pähle, in Europa einen gewaltigen, einen gigantischen Eurostaat errichten möchte, er möchte ein weiteres Europarlament, also noch ein Parlament, sodass wir noch mal zahlen.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nein.

Alexander Raue (AfD):

Doch, hören Sie richtig zu.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ich war im Gegensatz zu Ihnen dabei.

Alexander Raue (AfD):

Er möchte einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Ja.

Alexander Raue (AfD):

Und er möchte, dass Deutschland noch viel mehr Transferzahlungen nach Europa leistet und das vollkommen ungezwungen. Wir leisten bereits heute die meisten Beiträge und stellen bereits heute das größte Budget für die EU bereit.

(Zurufe von der SPD)

Und das Problem mit dem Brexit, dass die Engländer gesagt haben, wir treten aus der Europäischen Union aus, wir machen die Flüchtlingspolitik nicht mit und wir zahlen auch nicht

(Zurufe von der CDU, von der LINKEN und von der SPD)

- seien Sie doch leise und hören Sie zu! -

(Zurufe von der AfD)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nein, Sie sind weit über die Zeit.

Alexander Raue (AfD):

mehr für die Europäische Union,

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, Ihre zwei Minuten sind jetzt um.

Alexander Raue (AfD):

das soll Deutschland jetzt ausgleichen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, stopp!

(Zuruf von der AfD)

Jetzt kann Frau Pähle antworten. An der Stelle sind wir dann am Ende. Bitte, Frau Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Raue, ich würde mich ja freuen, wenn Sie Ihre vielfältigen Sorgen gerade auch über die Art und Weise, wie diese Gesellschaft funktioniert, auch einmal im Ausschuss kundtun würden und sich dort an bestimmten Diskussionen sachgerecht beteiligen.

Zweiter Hinweis: Ja, auch wir haben den deutschen Bürger im Blick. Stellen Sie sich das vor. Nun kann ich Ihnen noch sagen: Die Sozialarbeiterinnen, die von Ihrem Kollegen Tillschneider hier beleidigt wurden, sind deutsche Steuerzahler, die finden es nicht lustig, wenn hier gesagt wird, die würden nur Ringelpiez mit Anfassen machen und das bräuchte man alles nicht. Und wir haben die deutschen Kinder im Blick, wenn wir sagen, Schule muss Chancengerechtigkeit schaffen. Wir haben nicht das System im Blick nach dem Motto: Wer es nicht schafft, der hat es einfach nicht verdient.

Mit anderen Worten: Sie sind ideologisch verblendet; denn alle anderen Ansätze, die Ihnen nicht passen, werden nur abgebügelt mit dem Hinweis, diese würden nicht verstanden. Doch, wir wissen genau, wie Sie argumentieren, und wir verfolgen das ganz, ganz genau. Und ich sage Ihnen: Wir werden das weiter so benennen.

Was Sie machen, ist menschenfeindlich, egal ob man darunter Deutsche oder Nichtdeutsche fasst. Was Sie machen, das ist das Abschneiden von Kulturerrungenschaften, die im Bereich der Gleichstellung, der Gleichberechtigung errungen wurden. Das ist der Punkt.

(Starker Beifall bei der SPD - Zurufe von der AfD)

Da werden wir Sie nicht loslassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Robert Farle, AfD: Schämen Sie sich! Setzen Sie sich hin!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir sollten jetzt alle versuchen, kollektiv durchzuatmen, möglicherweise auch individuell, um uns etwas einzubekommen.

Dann will ich noch eines sagen. Ob sich eine Rednerin oder ein Redner hinsetzen soll oder nicht, Herr Farle, überlassen Sie den Leuten, die hier vorne sind. Selbst ich würde das hier niemandem empfehlen, höchstens wenn seine Redezeit zu Ende ist.

Wir haben uns jetzt mit viel Geduld alle Argumente angehört. Jetzt kommen wir alle ein bisschen runter; dann können wir in der Debatte fortfahren.

Bevor wir das tun, begrüßen wir jetzt ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Chores des Bismarck-Gymnasiums Genthin auf unserer Zuschauertribüne.

(Beifall bei der SPD)

Damit nicht der Eindruck bei irgendjemandem entsteht, dass wir jetzt überall Schuluniformen eingeführt haben, verweise ich darauf, dass die Schülerinnen und Schüler aus dem Bismarck-Gymnasium in Genthin heute nicht nur diese Landtagssitzung besuchen wollen, sondern - wie die Präsidentin bereits heute früh gesagt hat - uns nachher in der Mittagspause mit einem Chorauftritt erfreuen werden. Dafür schon jetzt herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt können wir in der Aktuellen Debatte fortfahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Lüddemann. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dank auch an die Opposition, dass sie uns heute hier die Gelegenheit gibt, hier die ersten 20 Monate - mir selbst war das, um ehrlich zu sein, gar nicht klar, dass schon so viel Zeit vergangen ist - zu reflektieren.

Ich werde meine Redezeit nicht darauf verwenden, die B-Note dieser Koalition zu reflektieren. Dass da noch Luft nach oben ist, ist völlig klar. Ich kann mich den Worten der Kollegin Pähle nur anschließen: Wir sollten alle - auch innerhalb der Koalition - verbal ein wenig abrüsten. Wir sollten uns auf das konzentrieren, was diese Koalition eint; das ist die Sachebene. Die Gefühlsebene hat in der Politik nichts zu suchen. Wer gefühlsmäßig zart besaitet ist, soll insbesondere eine so schwierige Koalition, wie wir sie hier zu managen haben, nicht eingehen.

(Zuruf von Minister Marco Tullner)

Dazu gehört für mich auch, dass man Scharfzüngigkeit der Opposition aushält und unangemessene DDR-Vergleiche unterlässt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will mich auf der Sachebene darauf beziehen, dass meine Partei diesem Koalitionsvertrag mit 98 % zugestimmt hat; das ist die höchste Zustimmungsrate aller Koalitionsparteien gewesen.

(Zuruf)

Deswegen ist es mir auch so wichtig, dass wir den Koalitionsvertrag eines nach dem anderen sachlich abarbeiten.

Da stehen für uns große plakative Projekte im Vordergrund, beispielsweise die Stärkung des Radverkehrs, um eine Mobilitätswende einzuleiten, die Einführung einer Polizeikennzeichnung, um im Bereich der inneren Sicherheit voranzukommen, aber auch ein Kompetenzzentrum „Kinder- und Jugendlichenbeteiligung“, um das, was oft nur als Slogan gebraucht wird, nämlich „Kinder sind unsere Zukunft“, auch jetzt schon Wirksamkeit entfalten zu lassen, um auch jetzt schon Kinder ernst zu nehmen.

Oder erinnern wir uns an den Bereich Kultur - ein in der letzten Legislaturperiode höchst umstrittener Bereich, der jetzt mit mehr als 1 % des Landeshaushaltes versehen wurde -, an kulturelle Projekte, die in allen Teilen des Landes wirken, ob das Georgium in Dessau, die Franckeschen Stiftungen in Halle, die Gedenkscheune in Isenschnibbe oder die Theaterfinanzierung, die sich wirklich völlig neuartig und gut anlässt.

Für uns sind aber auch die kleinen Dinge wichtig, die unterschwellig wirken und die langfristig Wirkung entfalten. Ich will beispielhaft an die Servicestelle „Interkulturelles Lernen“ erinnern, die jetzt weiterbetrieben wird, an den Umweltbonus, der in der GRW-Richtlinie neu eingeführt wurde, an die Meistergründungsprämie oder mehr Stellen im Forst.

Für uns ist nicht wichtig, dass überall „Grün“ draufsteht. Für uns ist wichtig, dass überall möglichst viel „Grün“ drin ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 20 Monate haben wir genutzt, um neues, anderes Denken vielleicht nicht überall einzuführen, aber doch an allen Stellen dafür zu werben, dass Stellschrauben so gedreht werden, dass tatsächlich eine neue, nachhaltige Zukunft in unserem Land entstehen kann.

Der Ministerpräsident hat dankenswerterweise auf das Umweltsofortprogramm hingewiesen. Ich will das auch noch einmal tun, weil wir - das darf ich an dieser Stelle sagen - auf dieses Programm durchaus stolz sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Hier in diesem Saal und auch draußen sind - darauf würde ich wetten - viele Kolleginnen und Kollegen, die uns nicht zugetraut hätten, dass wir die 10 Millionen € in etwas mehr als einem halben Jahr in 139 zum Teil sehr kleinteiligen Maßnahmen wirklich umsetzen können. Wir haben es geschafft, und das lag zum großen Teil daran, dass es Projekte waren, die seit Langem in Schubladen lagen, die seit Langem stets ohne finanzielle Unterstützung auskommen mussten. Hierbei müssen wir vielleicht im Verwaltungsaufwand noch besser werden. Aber wir haben es geschafft, durch den Einsatz von Landesgeld vieles umzusetzen, was vor Ort positiv wirkt.

Ich will einige Beispiele nennen: Pflege von Streuobstwiesen und Obstgehölzen, Neuanlage von 35 Eichenquartieren, der Schwalbenturm am Haus der Flüsse, Pflege der Lindenallee in Rottleberode, Pflege von artenreichem Grünland im Mittelgebirge, Kopfweidenpflege, Entschlammung des zweiten Hüttenteiches usw. usf. Das sind Maßnahmen, die mit hoher Beteiligung und mit großem Interesse vor Ort begleitet worden sind. Wenn man einmal miterlebt hat, wie die Leute diese Maßnahmen vor Ort reflektieren, kann man verstehen, was wir meinen, wenn wir als GRÜNE sagen, dass auch solche Maßnahmen geeignet sind, Demokratie in diesem Land zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb - das richtet sich jetzt hauptsächlich an die Koalitionspartner - werden wir dafür werben, dieses Programm zu verstetigen; denn solche Maßnahmen wie Kopfweidenpflege oder Streuobstwiesenpflege sind Maßnahmen, die man dauerhaft tun müsste. Von anderen Maßnahmen wie Entschlammung von Teichen oder Durchlässigkeit von Gewässern sollten auch andere Teile des Landes profitieren. Das ist etwas, was wir in die nächsten Haushaltsverhandlungen einbringen werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Natürlich ist nicht alles positiv gelaufen. Wir haben noch viel zu tun, aber wir wollen in den nächsten 40 Monaten noch einiges zu tun haben, und - das richtet sich jetzt an die Opposition - wir dürfen nicht vergessen, Kollege Lippmann, wo wir vor 20 Monaten standen. Das muss man sich noch einmal in Erinnerung rufen.

Ich will daran erinnern, welches Erbe wir angetreten haben: Kommunen ohne Spielraum, die jetzt sehr viel besser ausgestattet sind, eine geschönte Kita-Finanzierung, für die wir jetzt das Geld eingestellt haben, um den tatsächlich stattfindenden Betreuungsumfang abzudecken, negatives Gründungsklima, das jetzt mit der Meistergründungsprämie sehr viel besser und sehr viel schneller im Land umgesetzt wird, Hochschulen, die sich am Limit befanden, für die jetzt 15 Millionen € direkt in

die Grundfinanzierung gehen. So könnte ich weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, das sind alles Bausteine, bei denen man den großen Unterschied zur großen Koalition sieht und an denen man ablesen kann, wie „grün“ in diesem Land wirkt, wie wir uns einsetzen konnten, um Strukturen zu ändern und anzupassen, Gesetze neu zu stricken und tatsächlich nachhaltiges Erleben für die Menschen im Land zu sichern. Daran werden wir uns auch in der Zukunft orientieren.

Ich erinnere beispielhaft an den Braunkohleausstieg. Dazu haben wir einiges im Koalitionsvertrag vereinbart. Es ist klar, was in dieser Legislaturperiode passiert. Ich meine, wir sind es den Menschen in diesem Land schuldig, schon jetzt darüber nachzudenken, welche neuen Geschäftsfelder wir als Einkommensalternativen für die Menschen vor Ort erschließen können, wie wir Stromversorgung so sichern können, dass sie für alle Menschen bezahlbar ist - das geht nur durch die Stärkung der erneuerbaren Energien -, wie wir Speichertechniken im Land voranbringen, um nicht nur den Braunkohleausstieg, sondern die Energiewende auch von Sachsen-Anhalt aus zu gestalten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Mobilitätswende, bezahlbarer ÖPNV, Stärkung des Radverkehrs - all diese Dinge werden wir weiter voranbringen. Wir brauchen nachhaltige und ökologische Landwirtschaft. Ein Klimaschutz- und Energiekonzept wird im nächsten Jahr auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen noch mehr Gründungen aus Hochschulen heraus und eine Sonderförderung für Kitas in besonderen Entwicklungsgebieten, um Kinderarmut, die nicht so dramatisch ist, wie es von der Opposition beschrieben wurde, die aber durchaus im Land vorhanden ist, entgegenwirken zu können.

Lassen Sie mich abschließend zu einem Thema kommen, das mir persönlich sehr wichtig ist; denn zur Wahrheit der Gründung dieser Koalition gehört auch, dass sich diese sogenannte Koalition der Mitte, in der wir uns als den linken Part verstehen - das ist durchaus richtig angekommen -, als Bollwerk gegen rechts gegründet hat. Das war ein wichtiger Grund, ein weiterer Grund auf der Sachebene, warum sich meine Partei mit 98 % für diese Koalition entschieden hat. Wir werden durch die Regierungsbeteiligung gestärkt, auf der Straße weiter gegen rechts aktiv zu sein. Wir werden uns im Parlament und draußen immer gegen Nazis stellen.

(Zuruf von der AfD: Wir auch!)

Wir werden uns gegen Hass und Gewalt, auch wenn es verbal rüberkommt, einsetzen.

(Alexander Raue, AfD: Da stehen wir immer an Ihrer Seite!)

Wir werden immer an der Seite von Minderheiten stehen und gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft agieren. Ein demokratisches, weltoffenes und buntes Sachsen-Anhalt ist unser Ziel, und dafür werden wir auch hier aus dem Parlament heraus streiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Farle. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Es handelt sich nur um eine Kurzintervention.

(Lachen bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sage ich schon deshalb, weil ich immer höre, wie Sie schon lachen. Das freut mich.

Was ich Ihnen sagen wollte, ist Folgendes: Sie sind damals diese Koalition als Bündnis gegen rechts eingegangen. Das haben Sie mit Ihren Worten in etwa so gesagt. Sie wollten gegen Nazis vorgehen usw. usf. Da muss ich klarstellen: Wir sind keine Nazis und sind es nie gewesen. Auch wenn in diesem Parlament von einigen interessierten Leuten ständig immer wieder von Menschenfeindlichkeit, Nazis, Rassismus und anderem Unsinn geredet wird,

(Zurufe von der SPD)

das gibt es bei der AfD nicht.

(Starke Unruhe)

Das weisen wir ganz entschieden zurück und lassen das nicht auf uns sitzen, sondern wir sagen im Gegenteil: Diejenigen, die sich nicht von Gewaltbereitschaft abgrenzen, egal woher sie kommt - von links, von rechts oder vom Islam -, diejenigen, die sagen: Danke, Antifa, die verwischen die Grenzen zu denen, die Gewalt anwenden wollen, um unseren Rechtsstaat abzuschaffen. Das ist mit der AfD nicht zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Herr Kollege Farle, solange Sie und Mitglieder Ihrer Fraktion in diesem Landtag und draußen auf Rednertribünen gegen Minderheiten hetzen,

(Robert Farle, AfD: Tun wir nicht!)

solange Sie gegen Ausländer hetzen, solange Sie gegen Frauen hetzen - ich erspare allen die Beispiele; die sind bekannt -,

(Oliver Kirchner, AfD: Was soll das? - Robert Farle, AfD: Tun wir auch nicht!)

kann ich das nur in einen Zusammenhang mit Nazis stellen, und wir werden alles dafür tun, dass Sie nicht in die Lage versetzt werden, in diesem Land jemals politisch Verantwortung zu übernehmen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle hat noch eine Nachfrage.

Robert Farle (AfD):

Ich will nur richtigstellen, dass wir überhaupt nicht gegen Ausländer hetzen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist unverschämt! - Zurufe von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Nennen Sie mir bitte ein Beispiel! Wenn ich auf einer Kundgebung spreche, sage ich immer, dass man unterscheiden muss zwischen den Menschen, die wir aufzunehmen haben, weil sie politisch verfolgt werden und deshalb asylberechtigt sind, und den Leuten, die illegal über die Grenze kommen,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das sind alles Menschen!)

die zehn Identitäten aufnehmen und nur unseren Sozialstaat ausnutzen wollen. Vielleicht nehmen Sie irgendwann einmal unsere Politik so zur Kenntnis, wie sie tatsächlich ist.

(Beifall bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das tun wir schon! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN - Robert Farle, AfD: Sie leiden unter Realitätsverlust!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Offensichtlich will Frau Lüddemann zumindest nicht mehr vom Rednerpult aus antworten. Deshalb können wir jetzt in der Debatte fortfahren. Für die Fraktion der CDU steht schon Herr Borgwardt in den Startlöchern. Er hat nun das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident, herzlichen Dank. - Ein Glück, sage ich, dass wir die jungen Leute vom Chor hier haben; sonst würde niemand darauf kommen, dass wir in der Adventszeit sind.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint, als hat die Fraktion DIE LINKE in ihren Büros einen großen Zeitstrahl hängen und streicht - ähnlich, wie das früher bei der Armee gemacht wurde - jeden Tag der Kenia-Koalition einen Teil davon ab. Oder aber sie ist der Rückschaumanie verfallen, wie sie momentan Ende des Jahres in Rundfunk, Fernsehen und auch in der Tagespresse vorzufinden ist.

Adventszeit ist eigentlich die Zeit der Besinnung. Ich habe gedacht, wenn jemand eine Weihnachtsfeier vorzieht, wirkt das einige Minuten nach. Aber ich habe den Eindruck, bei dem Rundumschlag, den Sie gemacht haben, Herr Lippmann - - Darauf komme ich vielleicht nachher noch einmal zurück. Ich kann Ihnen für die CDU-Fraktion versichern, dass wir als Fraktion gerade in der letzten Zeit nicht nur sehr verantwortungsbewusst gehandelt haben, sondern auch sehr besonnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen von den LINKEN, lassen Sie uns doch einmal über den berühmten Tellerrand schauen. Wie funktionieren das von Ihnen so favorisierte Modell Rot-Rot in Brandenburg oder Rot-Rot-Grün in Thüringen eigentlich in der Praxis?

(Zuruf von der LINKEN)

Mit „katastrophal“ ist das zu überschreiben!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

In Thüringen brauchte die linke Koalition mehr als ein halbes Jahr - aber uns kritisieren! -, um einen Haushalt aufzustellen. Darüber hinaus stieg das Haushaltsvolumen in der Ramelow-Ära von 8,9 Milliarden € auf 10,5 Milliarden €, immerhin 1,5 Milliarden € Mehrausgaben. Aber uns kritisieren!

Was wir wegen der Kreisgebietsreform

(Zustimmung bei der CDU - Eva Feußner, CDU: Ein Flop!)

- man traut sich ja gar nicht mehr, das anzusprechen - über uns haben ergehen lassen müssen. Aber wir haben sie gemacht. Sowohl Brandenburg als auch Thüringen sind kläglich daran gescheitert. Jetzt übt man sich in Thüringen sogar in Schadensbegrenzung und will das Scheitern noch nicht einmal zugeben.

(Zurufe von der LINKEN)

Das sind nur einige Beispiele, meine Damen und Herren. Advent heißt Ankunft. Wahrscheinlich ist es für Herrn Lippmann ganz gut, wenn man ihm einmal zeigt, wo Sie angekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie hatten als LINKE 2006 noch 24,1 %, 2011 hatten Sie 23,7 % und 2016 sage und schreibe

16,3 %. Das sind in zehn Jahren 7,8 Prozentpunkte Verlust.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das schaffen Sie in einem Jahr!)

Das sind 7,8 Prozentpunkte weniger Menschen in diesem Land, die Ihnen das Regieren zutrauen.

(Zurufe von der LINKEN)

Wenn Sie die realitätsferne Politik weitermachen - - Ich kann doch Ihr Trauma verstehen. Sie haben immer so gute Vorschläge, aber die Leute verstehen das alle nicht. Die wählen Sie nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Dass Sie kein Burnout bekommen, ist ein Wunder.

Meine Damen und Herren! Jetzt möchte ich einmal auf die sogenannte Drittelbilanz - unser Ministerpräsident hat schon versucht, das zu sagen - in der gewohnten Kürze eingehen.

Unbestritten sind wir die stärkste politische Kraft auch nach der Landtagswahl 2016 geworden. Falls Sie nachrechnen wollen: Auch wir haben 6,4 Prozentpunkte in zehn Jahren verloren. Aber wir haben Gestaltungsmehrheiten. Das ist der Unterschied zu Ihnen.

Aus dieser Position heraus haben wir unter Ministerpräsident Reiner Haseloff eine Regierungskoalition - sicherlich ist die nicht nur einmalig und gelegentlich auch schwierig; aber über Streitkultur haben wir uns alle ausgetauscht, dem will ich im Wesentlichen nichts mehr hinzufügen - mit der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebildet. Allen war von Anfang an klar - mir ohnehin -, dass es keine Liebeshochzeit, sondern ein Zweckbündnis ist. Aber das ist auch nicht schlecht, wenn es der Sache dient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist in Deutschland ein einmaliges Bündnis, wie meine Vorredner bereits sagten. Ich meine, gerade mit Blick auf den Bund, meine Damen und Herren, können wir stolz darauf sein, dass wir dieses Bündnis gemeinsam geschmiedet haben und es uns gelungen ist, einen konsensfähigen Koalitionsvertrag vorzulegen.

Selbstverständlich haben sich schnell die Vermutungen bestätigt, dass es nicht einfach ist, die Gestaltungswünsche dreier Partner unter einen Hut zu bringen. Mitunter ist es eine echte Herausforderung gewesen. Wir waren aber bereit, uns dieser zu stellen. Als CDU sind wir angetreten, mit dem Steuer in der Hand die dynamische Landesentwicklung fortzusetzen. Manchmal hat man den Eindruck, dass das andere anders sehen.

Ziehen wir also Bilanz des ersten Drittels unserer Kenia-Koalition:

Die Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, eine konsequente Stärkung der inneren Sicherheit sowie Verlässlichkeit bei der Kinderbetreuung und bei den Schulstrukturen haben wir als Vorhaben mit Priorität versehen.

Der Gestaltungswille der drei Koalitionäre hat sich deutlich im Doppelhaushalt 2017/2018 gezeigt. Wir haben betont, dass wir unter der Ägide des nunmehr CDU-geführten Finanzministeriums einen eindeutigen Investitionsimpuls geben wollen. Dies führte schließlich, wie bekannt, zu einem Haushalt mit einem Volumen von 11 Milliarden € für die beiden Jahre.

Ja, dieser Doppelhaushalt war eine Herkulesaufgabe, von der Aufstellung bis zur Erfüllung von Wünschen, die alle Koalitionsfraktionen gleichsam hatten. Am Ende wird aber deutlich, dass wir einen soliden Haushalt auf die Beine gestellt haben, der unser Land in den unterschiedlichsten Bedürfnissen fordert und gleichzeitig auch fördert. Es liegt nun an den einzelnen Ministerien, die bereitgestellten Mittel klug und nachhaltig einzusetzen.

An dieser Stelle möchte ich es auch nicht versäumen zu bemerken, dass wir beim Abrufen von EU-Fördermitteln noch weiter zulegen müssen.

Genauso verhält es sich bei dem schon diskutierten Bereich der Lehrerkampagne. Wir haben, wie bereits bekannt, 1 000 Lehrer eingestellt. Das ist nicht genug; das sehen wir auch so. Gleichwohl können wir uns der bestehenden Situation nicht verschließen. Ich wohne selbst in einem Randgebiet, in dem es nur sehr schwer gelingt, Bewerber für Annaburg und etliche andere Kommunen zu finden, weil sie zum Teil in andere Bundesländer gehen. Das wissen Sie auch.

Auf CDU-Initiative hin ist im Koalitionsvertrag ein Personalbestand von 6 400 Vollzugsbeamtinnen und -beamten bis zum Jahr 2021 festgeschrieben, welcher durch jährliche zusätzliche Einstellungen gesichert wird. Der Ministerpräsident ging schon darauf ein; deswegen möchte ich es hier nicht weiter ausführen. Aber immerhin, die Zahl 700 ist beeindruckend. Wenn man schon seit Längerem in diesem Landtag sitzt, dann weiß man, was 700 Neueinstellungen bedeuten.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Brisant war natürlich auch für uns insbesondere in der Kenia-Koalition das Thema Flüchtlinge. Die

CDU-Fraktion hält weiterhin an der Integrationsobergrenze fest, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Klar ist, Asylverfahren müssen weiter beschleunigt, geltende Gesetze konsequent angewandt und freiwillige Ausreisen forciert werden. Dafür wurde unter anderem im Landesverwaltungsamt das Referat Zentrales Rückkehrmanagement geschaffen.

Die positiven Neuerungen im Brandschutz- und Rettungsdienstgesetz dürfen selbstverständlich nicht unerwähnt bleiben, auch was das Hoheitszeichengesetz angeht.

Die CDU-Fraktion fördert die Existenzgründung und tritt dem Fachkräftemangel entschieden entgegen. Die monetäre Grundlage dafür bilden die Meistergründungsprämie und die Praktikumsgutscheine. Beide Vorhaben sind im Doppelhaushalt auf Betreiben der CDU verankert worden.

(Beifall bei der CDU)

Für das kommende Jahr ist unsere Agenda mit Themen besetzt. Ich nenne nur ein neues Kinderförderungsgesetz, das den Eltern, den Kommunen und dem Land finanzielle Sicherheit für die kommenden Jahre geben soll. Dafür haben alle drei Partner bereits entsprechende Vorlagen eingebracht. Wir sind davon überzeugt, dass wir einen Konsens finden werden.

Ein viel dickeres Brett - jetzt muss ich mich etwas beeilen - werden wir im Jahr 2018 zu bohren haben, nämlich den Haushalt für das Jahr 2019. Nach dem Gestaltungshaushalt der Jahre 2017/2018 wird sich zeigen, wie sachorientiert und dem Land zugewandt unsere Koalition arbeiten wird. Bereits heute möchte ich vor allem an das Kabinett appellieren, bei der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2019 den Konsens im Kabinett selbst zu suchen und dort die Kraft dafür aufzubringen, einen Haushalt ohne globale Minderausgabe vorzulegen.

(Beifall bei der CDU)

Daneben werden natürlich Themen wie der Umgang mit den invasiven Arten, dem Wolf, dem Waschbären und der Nilgans, auf der Agenda stehen - ja, das konnte ich Ihnen nicht ersparen -

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

und die Weiterentwicklung des Frauenförderungsgesetzes zu einem modernen Gleichstellungsgesetz oder auch die touristische Entwicklung rund um Schierke.

Ich will jetzt zum Ende kommen. - Ich glaube, dass wir bisher gut zusammengearbeitet haben. Sie müssten einmal draußen jemandem erklären, wieso es, wenn es im Gebälk gelegentlich nicht einmal kracht, nicht die erklärte Wunschkoalition ist.

Wir haben nie behauptet, dass wir jemanden reformieren wollen. Wir wollen gemeinsam eine Koalition auf Zeit bilden, mehr nicht. Ich glaube, dass unsere Koalition stabiler ist, als manche vorhergesagt haben und es uns manche heute immer noch ins Stammbuch schreiben. Ich kann es gewiss auch zu unseren Medienvertretern sagen: Wir sind nicht diejenigen, die zündeln. Wir sind diejenigen, die löschen und aushalten, und das ist gelegentlich immer schwerer.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Eva Feußner, CDU)

Ein angenehmes Fortschreiten bei der Diskussion wünsche ich Ihnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Wortmeldung des Herrn Tillschneider. Die kann er jetzt auch wahrnehmen. Bitte sehr.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Borgwardt, eine kurze Frage. „Forcieren“ heißt soviel wie etwas mit Nachdruck betreiben, Druck ausüben. Jetzt meine Frage: Wie wollen Sie freiwillige Ausreisen forcieren?

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ihnen dürfte nicht ganz unbekannt sein, dass es dazu ein Programm gibt.

(Minister Holger Stahlknecht: So ist es!)

Manchmal sind Anreize in Form von Geld auch hilfreich.

(Zustimmung bei der CDU - Minister Holger Stahlknecht: Richtig! - Mario Lehmann, AfD: Wenn ich jetzt falsch parke, bekomme ich dann eine Belohnung, damit ich es nicht noch einmal mache?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Es scheint sozusagen die Antwort gegeben worden zu sein.

(Siegfried Borgwardt, CDU, erkundigt sich bei der Sitzungsleitung nach seiner Redezeit)

- Herr Borgwardt, Sie haben Ihre Redezeit nicht ausgenutzt. 59 Sekunden lang hätten Sie noch reden können. Das ist jetzt keine Aufforderung, aber das ist die Erklärung, warum dort „59 Sekunden“ steht.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Okay. Dann will ich noch sagen,

(Heiterkeit bei der CDU)

ich wünsche natürlich allen - das mache ich jetzt gerne, meine Damen und Herren -, nicht nur der Exekutive - ihr natürlich ganz besonders, weil wir die meisten Minister stellen -,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern natürlich Ihnen allen trotzdem eine besinnliche Adventzeit und eine schöne Weihnachtszeit und - mein parlamentarischer Geschäftsführer ist immer derjenige, der ganz wenig Geschenke bekommt, weil er am 24. Dezember Geburtstag hat - Markus, dir auch.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei meiner Fraktion dafür, dass wir es bisher so gut durchgezogen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Zum Abschluss der Debatte hat Thomas Lippmann von der Fraktion DIE LINKE noch einmal um das Wort gebeten. Das bekommt er jetzt auch. Der Kollege Ministerpräsident hatte vorhin etwas länger geredet. Ich habe es aber nicht festgestellt. Herr Lippmann, versuchen Sie einmal, es in drei Minuten hinzubekommen.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Herr Präsident, das kriege ich hin. - Lieber Herr Ministerpräsident, ich wollte noch auf Ihre ersten Einlassungen reagieren. Die Rede wird nachlesbar sein. Ich war schon ein bisschen überrascht, dass es so bei Ihnen angekommen ist. Ich habe nachgeguckt. Ich denke, mein schärfstes Wort war „Klassenkasper“. Das habe ich im Zusammenhang mit dieser kitschigen Geschichte mit dem 1 000. Lehrer und aus Ärger darüber gesagt.

(Zuruf von der CDU: Das war unklar!)

Nehmen Sie es also als Erregung an. Ich denke aber, Herr Borgwardt hat gerade vorgeführt, wie man sozusagen ganz locker den Spieß einfach umdreht, wenn es gerade einmal die anderen sind. Ich glaube nicht, dass ich hinsichtlich der Diktion anders gesprochen habe.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich hätte mich an den Weihnachtsfrieden gehalten, wenn Sie nicht überzogen hätten!)

Die DDR aufzurufen und Herrn Schnitzler - - Ich hoffe, Sie kennen meine Biografie. Wir kennen uns lange genug,

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Umso enttäuschter war ich!)

um vielleicht im Nachhinein zu sehen, dass es auch eine Form von Diffamierung war, die mir gegenüber, glaube ich, nicht gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind alle gehalten, immer darüber nachzudenken, was wir machen. Ich glaube, es gibt auch bei Ihnen vielleicht über die Weihnachtstage einen Anlass dazu.

Ich will noch einmal zum Koalitionsvertrag und zum Streit in der Koalition kommen. Ich sage ganz ausdrücklich, dass uns das Experiment, das Sie sicherlich eingehen mussten, weil die Alternativen nicht so vielfältig waren,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die LINKE hat sich ja feige aus der Verantwortung verabschiedet!)

Respekt abgenötigt hat und dass uns insbesondere der Koalitionsvertrag Respekt abgenötigt hat. Aber die Tinte war noch nicht trocken, da war auf den Fluren schon die Rede davon gewesen, dass er das Papier nicht wert sei, auf dem er steht.

Sie hatten Rabatt für diese Regierung. Sie hatten Rabatt für diesen Koalitionsvertrag. Nach 20 Monaten ist er aus unserer Sicht verspielt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, heute ist sehr deutlich geworden, dass wir in zwei Welten leben. Ich will es an einem einzigen Beispiel schnell festmachen, weil es so präsent ist. Wir haben gestern den Entschließungsantrag zum KiFöG aus gutem Grund abgelehnt, weil darin steht, wir wollen etwas machen - wir kennen auch die Position der CDU aus der Klausur -, damit Eltern, Gemeinden und Land entlastet werden.

Jetzt haben wir aber eine Vorstellung davon, wie das geht. Ich sage einmal in diesem Raum: Bitte, liebe Koalition, mach lieber keine Novelle des KiFöG als etwas von dem, was die CDU dazu vorgelegt hat. Wir kriegen das schlechteste Kinderbetreuungssystem, das wir in diesem Land je hatten, wenn Sie das umsetzen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulrich Thomas, CDU: Sie sollten mal richtig lesen!)

Und nein, wir haben in diesem Land in diesen 27 Jahren längst nicht alles falsch gemacht. Wir haben vieles richtig gemacht. Ich gehöre ausdrücklich zu denen, die sagen, es gibt vieles, worauf wir stolz sein können, es gibt vieles, was wir gut und besser machen als andere.

(Zuruf von der CDU)

- Das habe ich auch vorher gesagt. Das ist keine Reaktion darauf. Ich möchte vielmehr den Vorwurf zurückweisen, wir würden immer alles schlechtreden. Wir haben aber eine andere Funktion in diesem System.

Zur Wahrheit gehört, dass wir mit den Pfunden, die angesprochen wurden, wuchern könnten. Dass wir das an ganz vielen Stellen aber nicht tun und dass wir an etlichen Stellen rückwärtsgehen, das tut weh und das geht unter die Haut. Daher - das sollte in der Politik erlaubt sein - kommen so manche Emotionalität, Nachdrücklichkeit und Unerbittlichkeit. Dazu sage ich einmal: Ich stehe hier und kann nicht anders.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich will nur kurz darauf hinweisen - natürlich ist es durchaus üblich, sich an die Regierungsmitglieder zu wenden -, dass wir in erster Linie sozusagen zum Landtag sprechen.

Dafür gibt es außerdem einen ganz praktischen Grund. Dadurch, dass die Mikrofone so eingestellt sind, verlangen sie, dass man hineinspricht. Wenn man das nicht tut, Herr Lippmann, dann versteht man Sie nicht. Das dürfte nicht in Ihrem Interesse sein. Also versuchen Sie, künftig ein bisschen mehr in die Mikrofone zu sprechen.

(Heiterkeit bei der AfD)

In Ordnung. - Damit haben wir die Debatte beendet. Wir begrüßen am Ende dieser Debatte die zweite Gruppe aus dem Bismarck-Gymnasium Genthin ganz herzlich auf unserer Besuchertribüne.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir können, nachdem wir Tagesordnungspunkt 4 jetzt beendet haben, zum nächsten Punkt kommen.

Das ist

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

a) **Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Sachsen-Anhalt vorbeugen**

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2217**

b) **Präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest verstärken**

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/2214**

Dazu ist eine verbundene Debatte vereinbart worden. Einbringer zum Antrag unter a ist Abg. Herr Poggenburg. Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Abgeordnete! Wieder einmal sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Handlungsunwilligkeit oder auch Handlungsunfähigkeit der etablierten Politik auf Kosten und zum Schaden unserer Bürger und Steuerzahler besonders deutlich wird.

Eine äußerst bedrohliche Tierseuche, nämlich die Afrikanische Schweinepest, bedroht ganz akut unser Land und damit insbesondere den Hausschweinebestand Hunderter Schweine haltender Betriebe und natürlich auch privater Schweinehalter.

Für die Bedrohung durch diese Seuche selbst kann die Landesregierung selbstverständlich nichts, wohl allerdings für die bisher sträflich unterlassenen, aber zwingend erforderlichen präventiven Schutzmaßnahmen.

(Zustimmung von Hannes Loth, AfD)

Aber schauen wir etwas genauer hin. Die Afrikanische Schweinepest gilt als hochgradig ansteckende Tierseuche mit einer Sterblichkeitsrate bei der Infektion von Hausschweinen von nahezu 100 %. Haus-, aber teils auch Wildschweine verenden dabei elendig.

In Osteuropa grassiert das Virus schon seit einigen Jahren. Es wurde mit Schiffen aus Afrika über das Schwarze Meer nach Europa eingeschleppt.

Einzig positive Nachricht: Das Virus soll bis dato für den Menschen ungefährlich sein. Allerdings ist es extrem resistent. Es gibt derzeit noch kein Mittel gegen diese Seuche, sagt Expertin Sandra Blome, Tierärztin und Leiterin des nationalen Referenzlabors für klassische und Afrikanische Schweinepest beim Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems. Sie sagte wörtlich:

> „Es ist so, dass viel geforscht wurde und auch geforscht wird. Man hat alle traditionellen Ansätze ausprobiert und es hat zu keinem optimalen Impfstoff geführt.“

So äußerte sich Frau Blome dazu kürzlich gegenüber dem MDR.

Auch der Übertragungsweg ist zurzeit nicht endgültig festgestellt. Die Seuche ist im Prinzip im Jahr 2014 in die EU eingedrungen und hat sich seitdem konstant auf uns zubewegt. Sie hat in den letzten Wochen aber mehrere Sprünge vollzogen, die sie sehr nahe an unsere Grenzen herangeführt hat.

Nach der neuesten Risikobewertung für diese Seuche sei das Risiko hoch, so die Expertin.

Das Friedrich-Loeffler-Institut geht davon aus, dass dieser Virus über Viehtransporte, Fleischtransporte und Lebensmittelreste weiterverbreitet wird. Gerade auch die Theorie, dass weggeworfene Speisereste aus Schweinefleisch beispielsweise an Rast- oder Haltestätten von Wildschweinen aufgenommen werden und den Erreger weiterverbreiteten, ist unter Experten im Gespräch.

Ein Ausbruch der Seuche in unserem Land hätte die Keulung ganzer Schweinebestände zur Folge. Dies wäre eine ethische und wirtschaftliche Katastrophe. Zudem würden Exportbarrieren verhängt und Tierhaltern, Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben drohen gegebenenfalls Milliardenschäden und sogar existenzielle Notlagen.

Angesichts einer solchen, bereits lange bekannten Bedrohung ist die Regierung verpflichtet, präventiv und verantwortungsvoll zu handeln, und eben nicht erst, wenn das Kind wieder einmal in den Brunnen gefallen ist und nur noch Schadensbegrenzung möglich ist, sondern vorausschauend unter Abwägung der tatsächlichen Gefährdungslage. Genau diese Gefährdungslage ist im vorliegenden Fall unerhört groß und der Zugzwang zum verantwortungsvollen Handeln ist daher ebenfalls groß. Das ist aber leider wenig beachtet worden.

Andere Bundesländer, beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen, stehen der ganzen Sache bereits viel vorbereiteter gegenüber als Sachsen-Anhalt. Hier wurde erst Anfang dieses Monats eine Expertengruppe eingerichtet. Das ist - verzeihen Sie den Ausdruck - im Zusammenhang mit der Schweinepest eine riesengroße Sauerei.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Frau Prof. Dr. Dalbert hatte dazu kürzlich von einer sogenannten Taskforce gesprochen, die bereitstehe. Tatsächlich aber ist nichts vorbereitet und erst recht nicht für irgendetwas bereit. Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest würde Sachsen-Anhalt im Moment treffen wie ein Abbruchhammer eine Leichtbauwand. So leid es mir tut, aber das ist die ungeschminkte Wahrheit, Frau Ministerin.

(Beifall bei der AfD - Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert: Erzählen Sie keinen Schwachsinn!)

- Das ist kein Schwachsinn. - Genau aus diesem Grund nahm die AfD-Fraktion einmal mehr ihre Aufgabe als verantwortungsvolles Korrektiv und als Oppositionsführer im Land Sachsen-Anhalt wahr und hat einen entsprechenden Antrag für Sofortmaßnahmen in das Plenum eingebracht. Er liegt Ihnen allen vor.

Es sind dringend Maßnahmen zur Absicherung der Stallanlagen und zur Transitkontrolle zu ergreifen. Auch die Aufklärung und Sensibilisierung unserer Bürger und speziell von Saisonarbeiten, Touristen und Bauern ist hier schnell und zwingend notwendig.

Gerade unsere Bauern haben viel Verantwortung und müssen die Biosicherheitsmaßnahmen konkret erhöhen, was beispielsweise bedeutet, dass keine fremden Personen in die Stallungen dürfen, dass die Stiefel gründlich zu waschen bzw. zu tauschen sind, dass Schutzkleidung zu tragen ist, die das Eintragen von Keimen in die Ställe verhindert.

Das klingt alles sehr einfach und logisch. Es ist aber im stressigen Arbeitsalltag und vielleicht noch mit einem gewissen Mitarbeiterstamm eben keine leichte Aufgabe, wenn es denn tatsächlich penibel umgesetzt werden soll. Dazu sind sicherlich auch beratende und finanzielle Unterstützungen durch das Land notwendig.

Auch eine Erhöhung des Jagddruckes auf Wildschweine in Risikogebieten muss angedacht werden.

Zur konstruktiven Abstimmung und Verzahnung dieser Maßnahmen ist ein Krisengipfel mit dem Bauernverband, dem Bauernbund, dem MULE und dem Jagdverband durchzuführen. All dies duldet vor dem Hintergrund der akuten Bedrohungslage keinen Aufschub.

Dass die AfD vollkommen richtig mit dem politischen Druck und der Einschätzung einer unzureichenden sogenannten Taskforce liegt, beweist allein der Umstand, dass die Kenia-Koalition nach dem Antrag der AfD-Fraktion selbst einen Antrag zu diesem Sachverhalt einbrachte. Das hätte sie nicht tun müssen, wenn doch alles vorbereitet wäre.

(Beifall bei der AfD)

Der Antrag der Kenia-Koalition hat allerdings drei erhebliche Schwachpunkte.

Erstens. Er war unnötig, weil die AfD-Fraktion bereits einen eigenen Antrag eingereicht hatte. Der Antrag der Kenia-Koalition hat also eher plakativen Wert.

Zweitens. Der Antrag der Kenia-Koalition ist nicht weitgehend genug. Er verharrt zu sehr in - ich zitiere - „Klärung, Überprüfung und Berichten“. Werte Abgeordnete, es muss jetzt gehandelt werden. Das ist die Maßgabe der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Großteile der Begründung des Antrages sind eins zu eins aus einem Schreiben des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom 30. Oktober 2017 kopiert worden.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Eine solche Verfehlung und frevelhafte Tat - so ähnlich wurde zumindest bei Vorwürfen gegenüber der AfD-Fraktion argumentiert - ist einer Landtagsfraktion unwürdig. Ich füge hinzu: Für eine Regierungskoalition ist das sogar der Gipfel unverschämter Dreistigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Was sollen bitte Ihre ohnehin schon enttäuschten Wähler davon halten, wenn sie erfahren, wie Sie Ihre parlamentarische Arbeit verrichten oder auch nicht verrichten, als Parlamentsprofis mit „copy and paste“ statt mit eigener gründlicher Arbeit. Schämen Sie sich, werte Kenia-Koalition!

(Zuruf von Tobias Krull, CDU)

Aber diese Kopieraktion hat auch ihr Gutes. Immerhin zeigt sie zweifelsfrei - der niedersächsische Artikel datiert vom Oktober dieses Jahres -, dass also auch Niedersachsen beim Thema Afrikanische Schweinepest viel weiter und besser vorbereitet ist als Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank daher auch für diese unnötige, aber sehr aufschlussreiche Beweisführung zugunsten des Anliegens und des Antrages der AfD-Fraktion. - Vielen Dank noch einmal.

(Beifall bei der AfD)

Werte Abgeordnete der Kenia-Koalition, wenn Sie einen Funken parlamentarischen Anstands im Leibe haben - und das möchte ich Ihnen tatsächlich nicht absprechen -, dann werden Sie vor diesem Hintergrund Ihren Antrag peinlich berührt zurückziehen, zumindest ehrenhaft zurückziehen, und dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen oder sich zumindest dazu der Stimme enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Heuer hat eine Nachfrage. So war mein Zeichen zu verstehen. - Herr Heuer hat jetzt das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Sehr geehrter Herr Poggenburg, Sie sagen immer der, Antrag der Koalition kam später als Ihrer. Wir haben ja die Drucksachen. Also, vielleicht habe ich in Mathe nicht aufgepasst, aber ich glaube, die Drs. 7/2217, sprich: Ihr Antrag, kommt nach der Drs. 7/2214, also unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt ist, obwohl Sie so oft über Schweine reden - vor einem halben Jahr über glückliche Schweine, jetzt über die Afrikanische Schweinepest -,

André Poggenburg (AfD):

Richtig.

Guido Heuer (CDU):

habe ich Sie in noch keiner Landwirtschaftsausschusssitzung gesehen, weil Sie ja dafür einen Sprecher haben. Ich frage mich, wann ich Sie dort das erste Mal sehe. Denn Sie haben so viele konstruktive Vorschläge, über die man sich unterhalten kann.

André Poggenburg (AfD):

Sehen Sie mal.

Guido Heuer (CDU):

Bringen Sie diese Vorschläge doch im Ausschuss ein.

(Beifall bei der CDU)

André Poggenburg (AfD):

Herr Heuer, die AfD macht ihre Arbeit an der einen oder anderen Stelle anders als die Etablierten. Davon können Sie noch etwas lernen. - Ja, das ist richtig.

(Beifall bei der AfD)

Eines muss ich Ihnen sagen: Hinsichtlich der Nummerierung liegen Sie falsch. Die Drucksache, die jetzt vorliegt, ist nachträglich noch einmal eingereicht worden, weil wir eine Änderung im Antrag vorgenommen haben. Unser erster Antrag ist lange, lange vor Ihrem Antrag vorgelegt worden und hat logischerweise auch eine viel niedrigere Drucksachennummer als Ihr Antrag.

(Zurufe von der CDU)

Das ist ganz einfach nachzuweisen. Es ist Tatsache.

(Zurufe von der CDU)

Unser Antrag war viel eher da. Die Drucksachennummer ist nur aufgrund einer Änderung - das ist die Praxis hier im Haus - ersetzt worden mit der nächsten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen wir ganz herzlich - dieses Mal auf der Nordtribüne, weil wir heute viele Besucher haben - -

(Unruhe bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie doch darum bitten, wenigstens dann, wenn ich Besucher begrüße, ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen. - Wir begrüßen ganz herzlich Schüle-

rinnen und Schüler der Hermann-Kasten-Sekundarschule aus Staßfurt. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt kommen wir zu dem bereits erwähnten Antrag der Koalitionsfraktionen. Den bringt das Mitglied der SPD-Fraktion Herr Barth ein. Bitte.

Jürgen Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Poggenburg, es war wieder eine ganz tolle Rede.

(André Poggenburg, AfD: Die Anrede finde ich schon mal gut!)

- Passen Sie mal auf und hören Sie jetzt gut zu.

(Unruhe bei der AfD)

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie meine Pressemitteilung zu dem Thema gelesen haben.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Die ist zehn Tage vor der Sitzung des Ältestenrates erschienen, in der darüber gesprochen worden ist. Es ist sozusagen mein Fehler, dass ich das öffentlich gemacht habe. Sie haben das Thema dann aufgegriffen. So muss man das nämlich sehen, und nicht so, wie Sie das dargestellt haben, mein lieber Herr Poggenburg.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - André Poggenburg, AfD: Das hätten Sie wohl gerne!)

Aber wir wollen uns nicht über die Ursprungsrechte streiten. Wir wollen uns über das Thema streiten.

(Zurufe von der AfD)

Deshalb stehen wir hier. Wir wollen uns nicht über ein solches Pillepalle streiten, wie Sie es hier ständig tun.

(Zurufe von der AfD)

- So, und jetzt halten Sie Ihren Mund.

(Lachen und Oh! bei der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Plagiatsvorwurf, oh, mein Gott! Plagiatsvorwurf!

(André Poggenburg, AfD: Haben Sie doch gemacht!)

Ein Plagiatsvorwurf - wissen Sie, das, was Ihr Kollege gemacht hat, das war ein Plagiat. Der hat den Antrag komplett abgeschrieben und hier die Rede dazu aus dem Thüringischen vorgetragen. Das ist ein Plagiat. Aber das, was hier passiert ist, das machen Sie sogar in Ihrer Fraktion.

(André Poggenburg, AfD: Ich habe kein Problem damit!)

Ich kann einen Satz zitieren aus Ihrer Rede, den Sie auch übernommen haben, ohne die Quelle zu zitieren. Ich sage es einmal an der Stelle: Es ist übliche Praxis, dass wir aus Unterlagen von staatlichen Behörden Textbausteine übernehmen, weil wir die gar nicht anders formulieren können.

Nun kann man sagen, man hätte die Quelle angeben müssen.

(Zurufe von der AfD - André Poggenburg, AfD: Gut!)

Das kann man, muss man aber in dem Fall nicht, weil das Behördenunterlagen sind, die man mit verwenden kann. Ich denke, es ist auch richtig, die Formulierungen so zu verwenden, wie sie darin stehen. Denn alles andere würde das Ergebnis, das diese Behörde festgestellt hat, nämlich verfälschen. Deshalb ist es so, wie wir das jetzt gemacht haben, auch richtig. Ob das politisch immer so korrekt ist, möchte ich an anderer Stelle vielleicht bezweifeln. Aber in dem Fall denke ich, kann man dem Mitarbeiter keinen Vorwurf machen. - So viel zu dem Thema, Herr Poggenburg.

(Zurufe von der AfD)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema, das mir viel wichtiger ist, als mich mit diesen Nebensächlichkeiten zu befassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit Datum vom 19. Dezember 2017 sind in Polen 716 Fälle der Afrikanischen Schweinepest gemeldet gewesen. Das sind 60 Fälle mehr als in der Vorwoche und 153 neue Fälle innerhalb von drei Wochen. Die neuen Fälle sind dabei ausschließlich auf Wildschweine zurückzuführen. Diese Zahlen verdeutlichen, wie rasant sich die Afrikanische Schweinepest ausbreitet, wenn sie in einer Region Fuß fasst.

Nach Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts konnte die Tierseuche in Polen im Wildschweinbestand bisher nicht erfolgreich bekämpft werden, sodass eine weitere Ausbreitung Richtung Westen nahe liegt. In Tschechien hingegen wurden in den vergangenen fünf Wochen nur fünf neue Fälle von Afrikanischer Schweinepest gemeldet. Man kann nur hoffen, dass mit der Einzäunung der Kernzone und durch das bisher nur punktuelle Auftreten der Seuche die weitere Ausbreitung verhindert werden kann.

Meine Damen und Herren, das Friedrich-Loeffler-Institut bewertet das Risiko einer Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland insgesamt als hoch und ruft zur erhöhten Wachsamkeit auf. Dabei liegt der Schwerpunkt der derzeitigen präventiven Maßnahmen insbe-

sondere bei der Vermeidung einer möglichen Verbreitung durch den Menschen.

Hintergrund ist, dass sich in nicht gegarten Schweineprodukten, wie in Salami oder Schinken, das Virus über längere Zeit stabil hält. Insbesondere durch die unsachgemäße Entsorgung von entsprechenden Produkten, zum Beispiel das Wegwerfen von Wurstresten an Rastplätzen, können sich Wildschweine mit dem Erreger infizieren.

Über Personen und Fahrzeuge besteht insofern für die Einschleppung des Krankheitserregers in die Wildschweinpopulation in Deutschland ein hohes Risiko.

Besonders gefährdet sind dabei natürlich die Wildgebiete entlang der Autobahn. Insbesondere an Rastplätzen muss dafür gesorgt werden, dass keine Speisereste unsachgemäß entsorgt werden. Neben der Öffentlichkeitsarbeit sind hier verstärkt Kontrollen nötig. Die Raststätten sind für Wildtiere gegebenenfalls unzugänglich zu machen.

Für das FLI hat die Verhinderung eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest höchste Priorität. Sollte es dennoch in Deutschland bei Wildschweinen zur Einschleppung der Afrikanische Schweinepest kommen, muss das so früh wie möglich erkannt werden. Nur dann besteht nach Aussage des Friedrich-Loeffler-Instituts die Möglichkeit der erfolgreichen Seuchenkontrolle.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Wildschweine unter Beobachtung gehalten werden und Fallwild unverzüglich untersucht wird. Die erforderlichen Voraussetzungen dafür sind - soweit noch nicht vorhanden - umgehend zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Vom Friedrich-Loeffler-Institut wurde in Kooperation mit dem Deutschen Jagdverband ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, welcher Optionen für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen im Seuchenfall vorsieht. Darin sind insbesondere auch die Erfahrungen aus Tschechien eingeflossen. Der Maßnahmenkatalog untergliedert sich in drei Gebiete: ein Kerngebiet von 2 000 ha um den Fundort, ein Gefährdeter Bezirk von 100 000 ha und eine Pufferzone von 1,2 Millionen ha.

Für die jeweiligen Gebiete wurden Empfehlungen gegeben, welche eine weitere Ausbreitung verhindern sollen. In der Kernzone geht es darum, dass keine Tiere auswandern können. Im Gefährdeten Bezirk und in der Pufferzone hingegen geht es darum, den Wildschweinbestand massiv zu reduzieren. Selbst in der Pufferzone wird dabei noch eine Reduktion von über 70 % empfohlen.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Land Sachsen-Anhalt wie auch in anderen Bundesländern die Situation, dass wir ohnehin einen hohen Bestand an Wildschweinen haben. Diesen Wildschweinbestand im Seuchenfall kurzfristig um 70 % zu reduzieren, ist fast unmöglich. Das ist auch der Grund, warum Agrarminister Backhaus für Mecklenburg-Vorpommern Abschussprämien einführt und die Gebühren für Trichinenuntersuchungen erlässt. Er folgt damit eins zu eins den Empfehlungen des Friedrich-Loeffler-Instituts für Maßnahmen in der Pufferzone.

Auch wenn das Land Sachsen-Anhalt derzeit nicht in einer Pufferzone liegt: Das hohe Risiko der Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest verlangt nicht nur Wachsamkeit, sondern es ist wichtig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir im Seuchenfall eine weitere Ausbreitung verhindern können, also einen deutlich geringeren Wildschweinbestand haben.

Eine weitere, nicht unumstrittene Maßnahme, welche ebenfalls vom Friedrich-Loeffler-Institut empfohlen wird, ist das Außerkraftsetzen jagdlicher Regelungen, wie die Benutzung von Nachtzielgeräten und Schalldämpfern.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Das Friedrich-Loeffler-Institut appelliert dafür, dass die rechtlichen Bestimmungen des Jagdrechts - eventuell auch des Tierschutzrechtes - zugunsten der Tierseuchenbekämpfung angepasst werden.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir tun gut daran, die Empfehlung des Friedrich-Loeffler-Instituts aufzugreifen. Um optimal auf einen Seuchenfall vorbereitet zu sein, müssen wir jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie hat schon eine ganze Menge geleistet. Frau Ministerin Prof. Dalbert wird sicherlich in ihrer Rede darauf eingehen.

Was wir allerdings neben der Aufklärung und der Überwachung zeitnah angehen müssen, ist - ich sage es an dieser Stelle noch einmal - die Reduzierung des Wildschweinbestandes.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Guido Heuer, CDU)

Sie können es mir als Jäger glauben, dass eine effiziente Reduzierung des Bestands ohne Nachtzielgerät und Schalldämpfer kaum möglich sein wird. Insofern sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, entsprechende Genehmigungen zu erteilen.

Meine Damen und Herren! Wir werden die Diskussion über präventive Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest sicherlich in einer der

nächsten Sitzungen des Agrarausschusses weiter vertiefen und dazu auch den Kontakt zum Friedrich-Loeffler-Institut sowie dem Landesjagdverband suchen, um diesbezüglich praxistaugliche Lösungen für unser Land zu finden.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Loth.

Jürgen Barth (SPD):

Von Herrn Loth immer gern.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrter Kollege, wie werden die Risikogebiete, die vom Friedrich-Loeffler-Institut definiert werden, im Land Sachsen-Anhalt mit der zehnköpfigen Taskforce, ich sage einmal, bewirtschaftet? Wie wird die Kernzone bejagt? Wie wird das Umfeld bejagt? Und das alles mit zehn Personen? - Ich finde es sehr abenteuerlich, dass diese zehn Personen ausreichen sollen, um diese ganzen Maßnahmen - wenn es denn so weit kommen sollte - zu koordinieren; denn Sie begrüßen in Ihrem Antrag die von der Landesregierung bereits getroffenen Aktivitäten, die ich aber noch nicht erkennen kann.

Jürgen Barth (SPD):

Vielen Dank, Herr Loth. Es ist besser, wenn Sie diese Frage der Frau Ministerin stellen, die die Einzelheiten der Taskforce sicherlich besser kennt als wir.

(Daniel Roi, AfD, steht am Mikrofon)

- Bitte, Herr Roi. Oh, Entschuldigung.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sitze noch hier. - Jetzt bitte, Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Herr Barth, Sie haben in Ihrer Rede viele Dinge dargelegt, die das Expertenwissen wiedergeben, das überall vorherrscht. Entscheidend für das Parlament ist aber, welche Maßnahmen nicht nur diskutiert, sondern auch ergriffen werden. Sie haben selbst gesagt, dass Sie Jäger sind, und haben ausgeführt, welche Problematiken bestehen, wenn man den Wildschweinbestand reduzieren will.

Ich möchte ein Zitat bringen - die Ministerin kann nachher richtigstellen, ob es stimmt oder nicht -, und mich interessiert Ihre Meinung dazu. In einem MDR-Artikel vom 16. oder 17. November 2017 heißt es, dass das Landwirtschaftsministerium keine Abschüsse von Wildschweinen vorgesehen hat. Ich kann Ihnen diesen Artikel gern vorlegen.

Wenn das so ist, dann scheint die Ministerin bereits eine Entscheidung getroffen zu haben und wir brauchen darüber nicht mehr zu diskutieren. Denn sie hat das Problem, den Wildschweinbestand zu reduzieren - so wie Sie es gerade gesagt haben -, offenbar nicht erkannt.

(Zustimmung bei der AfD)

Mir fehlte in Ihrer Rede, aber auch in dieser Debatte die Aussage, dass zum jetzigen Zeitpunkt - obwohl es in allen Landesparlamenten schon Debatten dazu gab - noch nicht konkret gesagt wurde, was wir nun machen wollen. Die Maßnahmen, die wir ergreifen können, kennen wir alle. Aber was wollen wir denn nun machen? - Das ist die entscheidende Frage. Mich interessiert Ihre Meinung zum Wildschweinbestand.

Jürgen Barth (SPD):

Vielen Dank, Herr Roi. Ich denke, ich habe meinen Standpunkt zu den Wildschweinabschüssen deutlich dargelegt. Ich kann die Information, die Sie gerade gegeben haben, nicht nachvollziehen und mir auch kaum vorstellen, dass eine solche Weisung aus dem Landwirtschaftsministerium gekommen ist. Darauf kann Frau Ministerin besser antworten, und das wird sie sicherlich auch tun.

Zu der anderen Frage muss ich sagen: Wir sind die Legislative. Die Exekutive muss uns darlegen, was konkret gemacht wird. Dann schauen wir uns das an, ob das alles richtig ist. Dementsprechend werden wir im Ausschuss darüber beraten und eventuell korrigierend eingreifen. Aber ansonsten ist es die Aufgabe der Exekutive. Ich warte jetzt gespannt darauf, was uns Frau Ministerin hierzu verkünden wird. - Danke.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Demzufolge können wir nunmehr in die Debatte einsteigen. Es ist eine Fünfminutendebatte vereinbart worden. Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Prof. Dr. Dalbert. Bitte, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Jahr 2014 ist die Afrikanische Schweinepest in der EU angekommen. Sie tritt in den

baltischen Staaten und in Polen sowohl in der Schwarzwildpopulation als auch im Hausschweinebestand auf. Ende Juni 2017 wurde die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen erstmals in der Tschechischen Republik festgestellt. Die letzten Fälle bei Wildschweinen wurden am 17. November 2017 nördlich von Warschau gemeldet. Es besteht die Gefahr, dass die Afrikanische Schweinepest in weitere Länder der EU und damit auch nach Deutschland verschleppt wird.

Einen Impfstoff gegen die Afrikanische Schweinepest gibt es nicht. Betroffene Hausschweinebestände müssten im Seuchenfall tierschutzgerecht getötet und unschädlich beseitigt werden.

Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage: Was können wir tun, um eine Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Sachsen-Anhalt zu vermeiden? Das Stichwort hierzu lautet ganz klar: Prävention. Hierzu muss man sich zunächst anschauen, auf welchem Weg die Afrikanische Schweinepest übertragen bzw. verschleppt wird.

Eine Übertragung der Seuche von Tier zu Tier kann durch den Kontakt mit infizierten Tieren über Körperflüssigkeiten, Sekrete und Exkrete erfolgen. Das ist der sogenannte direkte Weg. Eine Einschleppung der Seuche ist jedoch wahrscheinlicher durch die Verfütterung oder durch den Kontakt mit nicht oder nur ungenügend erhitztem virushaltigem Fleisch oder Speiseabfällen.

Eine besondere Infektionsgefahr besteht für Wildschweine, die sich an Mülltonnen an Autobahnen oder in großen Städten bedienen und damit an weggeworfene Nahrungsmittel aus Ländern herankommen können, in denen die Afrikanische Schweinepest vorkommt. Schließlich kommt auch der indirekte Übertragungsweg durch kontaminierte Fahrzeuge, Jagdausrüstungen oder Kleidung in Betracht.

Das Fernstraßennetzwerk und die Anbindung von Ländern mit der Afrikanischen Schweinepest an Deutschland stellen den entscheidenden Risikofaktor dar. Das Friedrich-Loeffler-Institut veröffentlichte im Juli dieses Jahres eine aktuelle Risikobewertung zur Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland und schätzt das Risiko der Einschleppung durch kontaminierte Fleischerzeugnisse entlang des Fernstraßennetzes durch Fahrzeuge oder Personen als hoch ein.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat deshalb bereits im Jahr 2014 damit begonnen, Reisende und Lkw-Fahrer insbesondere aus osteuropäischen Ländern durch Plakate an den Autobahnraststätten und Autobahnparkplätzen auf die Gefahren hinzuweisen. Für die Schweinehalter im Land Sachsen-Anhalt ist es jetzt besonders wichtig, sämtliche Biosicherheitsmaßnahmen, wie sie auch in der Schweinehaltungshygieneverordnung vorgeschrieben sind, einzuhalten und alles zu tun, um ihren Bestand bestmöglich zu schützen.

Ich komme zu den jagdlichen Maßnahmen. Das Ausloben von Abschussprämien oder den Einsatz von Nachtzielgeräten halten wir als präventive Maßnahme, also außerhalb des Seuchenfalls, für ungeeignet.

(Zuruf von der AfD: Aha! Da haben wir es doch!)

Die Einführung einer Abschussprämie für Schwarzwild ist nicht zielführend.

(Zuruf von der AfD: Da haben wir es doch!)

Der Eintrag der Seuche wird nach Einschätzung der Sachverständigengruppe nicht durch den Abschuss von Wildschweinen eingedämmt. Entgegen anderer Darstellung stellt die Reduzierung des Wildschweinbestandes auch keine Empfehlung des Friedrich-Loeffler-Instituts dar. Allein für den Seuchenfall wird eine drastische Reduzierung des Bestandes gefordert.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Die jährlichen Schwarzwildstrecken unterliegen starken Schwankungen und hängen von einer Reihe von Faktoren ab, die die Jägerinnen und Jäger zu einem großen Teil nicht beeinflussen können. Durch Abschussprämien würde am Ende nur der ohnehin erfolgende Normalabschuss eines Jahres sozusagen belohnt.

Für die Jägerinnen und Jäger liegt es in der Natur der Sache, so viel Schwarzwild wie möglich zu erlegen, allein schon aus Gründen der Wildschadenshaftung. Dass dies auch geschieht, zeigen die Strecken der letzten Jagdjahre.

Ich komme zu den Nachtzielgeräten. Nach dem Waffenrecht sind Nachtsicht- und Nachtzielgeräte mit Montagevorrichtungen für Schusswaffen verboten. Auch die Verwendung solcher Geräte bei der Jagd ist verboten. Nach den bisherigen Gesprächen auf Bundesebene lehnt das für Waffenrecht zuständige Bundesministerium des Innern eine Legalisierung von Nachtzielgeräten aus allgemeinen sicherheitspolitischen Gründen ab.

Im Ergebnis einer fachlichen Bewertung bin ich der Auffassung, dass Nachtzielgeräte, gleich fest montiert oder als abnehmbare Vorsatzgeräte, für Zielfernrohre nicht als Erfolg versprechende Maßnahme im Hinblick auf eine Streckensteigerung beim Schwarzwild angesehen werden können.

Für die kurzfristige Erzielung hoher Schwarzwildstrecken sind revierübergreifende Ansitz- und Bewegungsjagden bekanntermaßen wesentlich Er-

folg versprechender als der nächtliche Einzelansitz. Statt Abschussprämien und Nachtzielgeräte ist es in der derzeitigen Situation viel wichtiger, einen möglichen Ersteintrag der Afrikanischen Schweinepest in Sachsen-Anhalt so schnell wie möglich zu erkennen. Indikator sind dafür verendete Wildschweine.

Es gilt, verendete Wildschweine zu finden, was nicht einfach ist, und diese zu beproben. Das funktioniert nur mit Unterstützung der Jägerschaft.

Weil die schnelle Feststellung eines Ersteintrages so enorm wichtig ist, wird momentan ein finanzielles Anreizsystem für das Auffinden, Melden und Beproben von verendeten Wildschweinen geschaffen. Es sollen 50 € pro untersuchbarer Probe von verendet aufgefundenen Wildschweinen an Jägerinnen und Jäger ausgezahlt werden.

Zum Verfahrensablauf und den technischen Details laufen gerade die Abstimmungen zwischen meinem Haus, der Tierseuchenkasse und dem Landesamt für Verbraucherschutz. Informationen zur richtigen Probennahme werden im Informationsheft des Landesjagdverbandes veröffentlicht.

Die Frage ist natürlich, was wir tun, wenn im Ergebnis einer solchen Beprobung ein Eintrag der Afrikanischen Schweinepest festgestellt wird. Zunächst einmal ist festzustellen, dass es hierfür auch laut dem Friedrich-Loeffler-Institut kein Schema F gibt. Die Bekämpfungsmaßnahmen richten sich nach den Vorgaben der Schweinepestverordnung.

Zuständig für die Tierseuchenbekämpfungen sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Sie ordnen Maßnahmen an wie beispielsweise die Einrichtung eines Gefährdeten Bezirks.

In Abhängigkeit von den lokalen Gegebenheiten müssen verschiedene Maßnahmen berücksichtigt werden. Diese können eine anfängliche Jagdruhe im gefährdeten Bezirk und eine verstärkte Bejagung in der anschließenden sogenannten Pufferzone beinhalten.

In der Tat ist in der Pufferzone eine Reduzierung der Schwarzwildpopulation um 80 bis 90 % erforderlich, um eine Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu verhindern.

Um in einem solchen Fall die Zwischenlagerung von verendeten Wildschweinen flexibel gewährleisten zu können, wurden Behältnisse angeschafft, die auf dem Gelände des Landeskontrollverbands in Halle gelagert werden. In einem solchen Fall sind diese Behältnisse durch die betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte abrufbar.

Sehr geehrte Abgeordnete! Trotz intensiver Bemühungen, den Eintrag des Erregers zu verhindern, kann aufgrund der vorbeschriebenen Eintragswege ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland nicht ausgeschlossen werden. Hoffen wir, dass uns die Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland noch lange erspart bleiben wird. Eine Sicherheit dafür gibt es aber nicht. Deswegen müssen wir uns gegen diese Gefahr und ihre Folgen wappnen, und das tun wir.

Wie in dem Antrag der Regierungsfraktionen vorgesehen, wird die Landesregierung in den Ausschüssen gern über ihre Aktivitäten und die aktuelle Lage weiter berichten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt zwei Nachfragen, die erste wieder von Herrn Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Ministerin, ich hätte eine Frage zu diesem Workshop des Friedrich-Loeffler-Instituts im Jahr 2014, bei dem man sich auch über die Reduzierung des Schwarzwilds unterhalten hat, sich am Ende aber nicht auf Zahlen geeinigt werden konnte.

Sie sagten, dieses Institut habe auch vorgeschlagen, dass man das Monitoring von Fallwild fördert bzw. verbessert. Dafür gibt es anscheinend 50 €, wie Sie es gesagt haben. Das ist schon einmal ein Anfang.

Meinen Sie aber nicht, dass die verendeten Tiere hauptsächlich an Bleivergiftung gestorben sind?

Weiterhin haben Sie gesagt, es sei nicht ausgeschlossen, dass die Afrikanische Schweinepest hier ausbricht. Die Risikobewertung spricht aber eindeutig dafür, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, nicht ein „Ob“, sondern eine Frage der Zeit.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie noch einmal - dem Kollege Barth habe ich diese Frage vorhin auch schon gestellt -, ob Sachsen-Anhalt mit dieser Zehn-Mann-Taskforce überhaupt irgendetwas erreichen kann, sollte diese Afrikanische Schweinepest bei uns hier ausbrechen und unsere landewirtschaftlichen Schweinehaltungsbetriebe in der Existenz gefährden.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Darf ich antworten, Herr Präsident?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie dürfen.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke. - Herzlichen Dank, Herr Loth, für Ihre Fragen. In der Tat habe ich am Ende meiner Rede auch davon gesprochen, dass es sozusagen eine Frage der Zeit ist. Wir können hoffen, dass es uns noch lange erspart bleibt, aber wir müssen auf den Schadensfall eingerichtet sein. Das tun wir im Moment; wir richten uns auf den Schadensfall ein.

Die zweite Frage habe ich momentan vergessen. Wenn ich eine Frage vergessen habe, dürfen Sie sicherlich noch einmal fragen.

Dann haben Sie nach der Zehn-Mann-Taskforce gefragt. Für diese Frage bin ich sehr dankbar, weil diesbezüglich, glaube ich, ein paar Sachen durcheinander gehen.

Es gibt zum einen eine im Ministerium gebildete Sachverständigengruppe, in der Jäger, Veterinäre usw. dabei sind, um den Maßnahmenkatalog, den ich heute vorgetragen habe, weiter zu schreiben.

Es gibt zum anderen beim Landesamt für Verbraucherschutz diese zehnköpfige Taskforce. Wie ich ausgeführt habe, sind im Risikofall die Landkreise für die Auslobung der Gefährdeten Gebiete und die Umsetzung der Maßnahmen zuständig. Dafür gibt es eine zehnköpfige Taskforce, die beim Landesamt für Verbraucherschutz angesiedelt ist und die Landkreise berät. Es ist ein Beratungsgremium.

Im Rahmen dieser Beratungsaufgabe wurde auch ein Expertenpool von 80 Personen implementiert, auf den die Landkreise sofort zugreifen können, wenn sie in einem solchen Fall Experten brauchen.

Wir haben also eine Sachverständigengruppe, die bei mir im Haus gemeinsam mit Jägern und Veterinären den Maßnahmenkatalog immer weiter entwickelt.

Zum Monitoring. Wir haben beim Landesamt für Verbraucherschutz diese Taskforce, die zur Unterstützung der Landkreise da ist. Diese Taskforce hat einen Expertenpool von 80 Personen implementiert, auf die die Landkreise, wenn sie Unterstützung benötigen, zurückgreifen können.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Erwartungsgemäß hat der Kollege Loth noch eine Frage.

Hannes Loth (AfD):

Genau. Es fehlt noch die Antwort auf meine erste Frage. Die war von mir sehr polemisch gestellt worden. Es ist natürlich richtig, tut mir Leid in dem Fall. Ich frage deshalb einfach einmal unpolemisch: Wie viele verendete Wildschweine wurden denn aufgrund des Monitorings, das das Friedrich-Loeffler-Institut 2014 vorgab, in Sachsen-Anhalt entdeckt?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Das Monitoring von Wildschweinen wollen wir ja jetzt sozusagen auf den Weg bringen; denn wir halten das für eine entscheidende Präventionsmaßnahme. Da es für die Jäger nicht wirklich eine einfache und angenehme Aufgabe ist, wollen wir dafür Prämien ausloben. Das ist sozusagen das, was wir jetzt auf den Weg bringen wollen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Loth, dass die Ministerin jetzt nicht weiß, wie viele Schweine 2014 gefunden worden sind, müssen wir wahrscheinlich so akzeptieren.

(Hannes Loth, AfD: Wildschweine!)

- Wildschweine, genau. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Ich möchte kurz eine Vorbemerkung machen und dann eine Frage stellen.

Frau Ministerin, Sie beeindrucken mich schon in der Weise, dass Sie es wirklich schaffen, Ihren Stil hier beizubehalten. Sie haben es jetzt wirklich geschafft, mit keiner Silbe zu dem Antrag zu sprechen.

Hier liegt ja ein Antrag vor, und zwar nicht nur von der AfD, sondern auch von der Koalition. In dem steht, was zu machen ist. Allerdings sind - darin gebe ich Ihnen sogar recht - darin keine konkreten Aufforderungen enthalten, sondern viele Klärungssituationen beschrieben, die Sie in Angriff nehmen sollen.

Meine Frage ist: Was machen Sie denn, wenn der Antrag, zu dem Sie kein Wort verloren haben, heute beschlossen wird? - Das ist der erste Punkt.

Zweitens ein Tipp. Sie sollten vielleicht einmal in den Koalitionsvertrag schauen und mir Folgendes erklären: Sie sagen - das haben Sie gerade bestätigt; ich habe vorhin auch Herrn Barth nach der Meinung gefragt -, wir brauchen keinen Abschuss von Wildschweinen und keine Prämie, aber wir brauchen die 50-€-Prämie dafür, wenn jemand ein totes Wildschwein findet. Okay, das ist eine Maßnahme, die Sie konkret genannt haben.

Dann sagen Sie aber, Sie schätzen ein, dass die Seuche nicht von Tür zu Tür eingeschleppt wird, sondern eben durch Wurstbrot - das haben Sie gesagt -, das dann zu Wildschweinfutter wird.

Geben Sie mir darin recht: Je weniger Wildschweine es gibt, desto geringer ist doch die Chance, dass das Virus hier eingeschleppt wird. Ist darin nicht eine Logik zu erkennen?

Meine Frage ist: Erkennen Sie diese Logik nicht?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Herr Roi. Ich glaube, ich habe sehr umfänglich zu dem Antrag der Regierungsfraktionen Stellung genommen, indem ich dargestellt habe, wie sich für mein Haus die Lage darstellt, welche Maßnahmen wir ergriffen haben und welche aktuell in der Planung sind, um auch sehr deutlich zu machen, dass wir, glaube ich, sehr gut aufgestellt sind.

Es ist auch bei der Bund-Länder-Übung noch einmal deutlich geworden, dass bestimmte Probleme in anderen Ländern moniert wurden, die wir längst gelöst haben, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Behältern, um im Seuchenfall die befallenen Tiere sicher aufzubewahren und wegzuschließen. Das ist klar.

Es gibt hier in der Tat - das ist auch deutlich geworden - eine Differenz in der Auffassung. Meine Experten sagen sehr klar, dass im Augenblick der Versuch, den Wildschweinbestand über Prämien zu reduzieren, nicht zielführend ist, sondern dass es vor allen Dingen um den präventiven Aspekt geht, verendete Tiere möglichst schnell zu entdecken und zu beproben. Denn es ist doch das Allerwichtigste, dass wir, wenn der Fall eintritt, alle Maßnahmen ergreifen, um die Ausbreitung zu reduzieren.

Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie bei uns die Wildschweinstrecken sind und was unsere Jägerinnen und Jäger leisten. Sie stellen sich hier hin und machen im Grunde genommen eine implizite Beschimpfung unserer Jägerinnen und Jäger, als ob die sozusagen irgendwo im Wald sitzen und Däumchen drehen würden.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das, was zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern im Zusammenhang mit Prämien berichtet, ist das, was unsere Jägerinnen und Jäger aus eigener Verantwortung hier im Land leisten.

Wir haben 2016 eine Strecke von knapp 40 000 erlegten Wildschweinen gehabt. Das ist gegenüber 2015 eine Zunahme von 16 %. Das ist eine Leistung, die unsere Jägerinnen und Jäger aus ihrem Verantwortungsgefühl für ihre Jagdbereiche heraus erbracht haben.

Wenn Sie einmal einen Mittelwert der Jahre 2011 bis 2015 bilden, dann kommen Sie auf 30 600 Wildschweine im Jahr. Ich habe ja ausgeführt, pro Jahr gibt es Variationen, die von den Jägerinnen und Jägern nicht zu beeinflussen sind.

Wenn wir einmal diesen Mittelwert nehmen und berücksichtigen, was die im letzten Jahr geleistet haben, dann sehen Sie, dass sie im Mittelwert mehr als ein Drittel mehr Wildschweine erlegt haben als in den letzten fünf Jahren.

Das ist das, was ich versucht habe auszuführen. Wenn Sie dafür eine Prämie ausloben, erreichen Sie gar nichts. Das Wichtige ist, dass wir die toten Tiere möglichst schnell entdecken, damit wir, wenn der Worst Case eintritt, schnell handlungsfähig werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Roi, Sie haben noch eine Frage?

Daniel Roi (AfD):

Ja, genau.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Na gut.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich will erst einmal Ihren Vorwurf zurückweisen, dass wir den Jägern unterstellen, sie würden Däumchen drehen. Frau Dalbert, wir wollen an der Stelle doch bitte sachlich bleiben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das sagt der Richtige!)

Die Frage ist doch, dass wir nicht nur in Sachsen-Anhalt steigende Tierbestände haben, auch wenn die Jäger mehr geschossen haben. Das ist erst einmal ein Fakt.

Meine Frage zielte dahin, ob Sie es auch so sehen, dass wir dann, wenn wir den Schweinebestand, der ja steigt, absenken, auch das Risiko der Verbreitung senken. Darum geht es doch.

Herr Barth von der SPD hat doch dazu auch Möglichkeiten aufgeführt, was zu tun wäre. Aber diese Möglichkeiten wollen Sie alle nicht einführen.

Die ganzen Verbände schlagen ja die gleichen Sachen vor, dass der Wildschweinbestand durch mehr Bejagung reduziert werden muss. Das lehnen Sie ab. Darauf habe ich hingewiesen. Das war kein Angriff auf die Jäger, sondern eher ein

Angriff auf Sie. Denn Sie erkennen nämlich den Zusammenhang nicht und setzen damit unser Land großen Gefahren aus. Das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Roi, ich kann es nur wiederholen. Wir sagen, dass eine Reduzierung des Wildschweinbestands durch Prämien nicht zielführend ist. Zielführend sind eben Treibjagden, die gemeinschaftlich, auch über Reviergrenzen hinweg, durchgeführt werden.

Ich habe auch ausgeführt, dass beispielsweise in der Sache mit den Nachtzielgeräten, was ja auch diskutiert wurde, der zuständige Bundesinnenminister überhaupt keine Bereitschaft erkennen lässt, hier eine solche Sache einzuführen. Das habe ich in meiner Rede ausgeführt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Daldrup hat eine Frage. Bitte, Herr Daldrup.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Ministerin, zwei Fragen. Es ist sicherlich richtig, dass wir diese Prämie einführen, aber die Frage ist: Was passiert dann mit den Tieren? Ist sichergestellt, dass in den Kreisen oder Ortschaften tatsächlich ausreichend Behältnisse vorhanden sind, die diese Tiere dann aufnehmen, um diese fachgerecht zu entsorgen? Wer ist dafür zuständig und wer trägt die Kosten? - Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist: Wir sind uns sicherlich einig, dass der Wildschweinbestand weiter gesenkt werden muss. Dazu macht der Landesforst glücklicherweise verstärkt Drückjagden, auch Gemeinschaftsjagden in unterschiedlichen Revieren. Da wir aber ein Problem mit Treibern haben, passiert das heutzutage auch mit Meuten. Würden Sie mir zustimmen, dass es dann auch zwingend erforderlich ist, dass ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, damit die Meuten bei diesen Drückjagden auch ausreichend sind, um Ergebnisse zu erzielen, die befriedigend sind? Das heißt, müssten wir an dieser Stelle nicht auch etwas mehr Geldmittel einstellen, um so etwas zu ermöglichen?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ich fange mit der letzten Frage an. Sie haben uns Prüfaufträge mitzugeben. Das können wir gerne noch einmal prüfen. Mir sind von diesen Jagden nur sehr hohe Strecken bekannt, dass sie also sehr erfolgreich sind. Aber wir können gerne noch einmal prüfen, ob dort Luft nach oben ist.

Für die Frage nach den Behältnissen bin ich Ihnen sehr dankbar. Das habe ich eben schon auszuführen versucht. Genau dafür haben wir Vorsorge getroffen. Wir haben Behältnisse angeschafft, die dafür geeignet sind, kontaminierte Tiere aufzubewahren. Diese Behältnisse stehen beim Landeskontrollverband in Halle bereit und können dort im Bedarfsfall von den Landkreisen abgerufen werden. Darin können die Tiere dann aufgenommen werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Noch eine Nachfrage, Herr Daldrup?

Bernhard Daldrup (CDU):

Ja. Ich wollte noch einmal nachfragen. - Das ist löblich. Die Frage ist nur: Wissen die Betroffenen, dass die Dinger dort stehen? Damit will ich sagen: Brauchen wir dann nicht zumindest eine Information für die Städte und Gemeinden und beispielsweise für die Jagdgenossenschaften, wie das Verfahren an diesen Stellen läuft, wenn so etwas ist?

Denn wer ein kontaminiertes Tier auffindet und weiß, er bekommt 50 €, aber nicht weiß, wohin er es fahren soll, der bringt es im Zweifel zum Landkreis, weil er denkt, dort ist die Zuständigkeit. Dann liegt es dort auf dem Hof; ich sage das jetzt mal so. Dann rufen die erst an und holen das Behältnis ab. Das ist dann eigentlich schon zu spät. Es geht hier also um eine ganz praktische Verfahrensfrage.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage. Sie hat zwei Teile. Der eine Teil ist dieser: Ja, die Landkreise wissen das. Sie wissen das vielleicht auch. Ich möchte an der Stelle gerne gleichwohl noch einmal ausführen, dass wir am 21. November eine länderübergreifende Übung zur Simulation des Ausbruchs der Schweinepest hatten, an der alleine schon sechs Landkreise in Sachsen-Anhalt beteiligt waren; denn in drei Landkreisen wurde der fiktive Ausbruch und in drei weiteren Landkreisen wurde eine Restriktionszone simuliert. Auf diese Weise stellt man fest, ob alles das, was in diesen beiden Fällen gemacht werden muss, auch funktioniert.

Insofern stehen wir in engem Kontakt mit den Landkreisen. Wir haben es übrigens sehr bedauert, dass der Bund nicht teilgenommen hat. Es waren der explizite Auftrag und der explizite Wunsch der Agrarministerkonferenz, dass der Bund an dieser Bund-Länder-Übung teilnimmt. Das hat er unserer Kenntnis nach nicht getan.

Aber wir haben mit sechs Landkreisen teilgenommen. Wir werden das sehr detailliert auswerten.

Wir haben bereits am 11. Januar ein Treffen mit den Landkreisen zur Auswertung der Übung. Insofern ist der Informationsfluss zwischen uns und den Landkreisen auf einem sehr, sehr guten Weg.

Aber ich komme noch einmal auf einen anderen Punkt zu sprechen, Herr Daldrup. Es handelt sich hier um ein nachvollziehbares Missverständnis. Der Auftrag und die Bitte an die Jäger und Jägerinnen ist, wenn sie verendete Wildschweine finden, diese zu beproben und diese Beprobung abzugeben, damit sie analysiert werden kann.

Wie das genau geht, steht auch in den Jagdzeitschriften, aber das wissen die Jäger, weil die seit Jahren auch für andere Tierkrankheiten Beprobungen machen. Aber die Bitte ist nicht, das Wildschwein aus dem Wald zu holen.

Darüber habe ich mich lange unterhalten, weil ich auch erst gedacht habe: „Wenn das verseucht ist, muss das Tier doch raus.“ Nein, die Anweisung und die Bitte sind, das Wildschwein nicht rauszuholen. Denn wenn es infiziert wäre, dann würde man das Virus ohne die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen überall herumtragen.

Dann habe ich gefragt: „Aber wie ist das denn, wenn“ - die Wildschweine gehen ja auch an Kadaver - „da jetzt so ein infiziertes Wildschwein ist? Über Blut und Tropfen kann das ja übertragen werden.“ Dazu hat das Friedrich-Loeffler-Institut Untersuchungen gemacht. Diese Untersuchungen belegen interessanterweise, dass die Wildschweine nicht an diese Kadaver gehen. Also auch dann, wenn der Kadaver da liegt und möglicherweise kontaminiert ist, wird die Wahrscheinlichkeit vom Loeffler-Institut als sehr gering eingeschätzt, dass das Virus darüber gleich weitergetragen wird.

Die Gefahr ist größer, dass das Virus durch den unsachgemäßen Transport des möglicherweise infizierten Wildschweins aus dem Wald weitergetragen wird. Insofern ist die Bitte, nicht die Tiere rauszuholen, sondern die Tiere zu beproben und die Proben dann analysieren zu lassen. Dafür wollen wir diese Prämie ausloben.

Ich hoffe, dass ich damit beide Teile Ihrer Frage beantwortet habe.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das hoffe ich jetzt auch. Danke, Frau Dalbert.

Wir haben jetzt einen Zielkonflikt. Sie sehen, wir sind ein bisschen über die Zeit und nähern uns der Mittagspause. Als jemand, der übrigens sehr gerne Wildschweinfleisch isst, merke ich das ganz besonders.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU, und von Guido Heuer, CDU)

Aber ich komme nicht umhin, festzustellen, dass die Ministerin die Redezeit überzogen hat. Ich würde es jetzt so machen, dass wir keine Fünfminutendebatte, sondern für die Fraktionen eine Siebenminutendebatte machen. Das ist in etwa angemessen.

Insofern würde ich jetzt für die CDU-Fraktion als Ersten Herrn Radke aufrufen, um seinen Redebeitrag für die Fraktion zu halten. - Das ist mir so signalisiert worden, Herr Radke.

Detlef Radke (CDU):

Ich bin jetzt dran?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, das habe ich eben so gesagt. - Wie gesagt, sieben Minuten, aber keiner hat die Pflicht, diese Zeit auszulasten.

Detlef Radke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, dass der zweite Punkt der Tagesordnung genauso emotional ausgetragen wird wie der erste, aber irgendwie ist das auch gut so.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Nach der Rede der Ministerin zu diesem speziellen Punkt bin ich ein bisschen irritiert. Ich habe extra unseren Antrag mitgebracht. Der Antrag ist das gemeinsame Ergebnis der Beratung aller Fraktionen. Da steht unter Punkt 2 genau dieser Punkt, den ich nachher noch erwähnen werde.

Im Grunde wurde schon alles Wichtige gesagt, aber ich möchte trotzdem beginnen. Der entscheidende Unterschied zur normalen Schweinepest ist der, dass die Afrikanische Schweinepest - ich habe drei Punkte - hochansteckend ist, die Sterblichkeitsrate bei den Schweinen 100 % beträgt, also somit für die Schweine absolut tödlich ist. Der Mensch ist nicht gefährdet.

Um aber den volkswirtschaftlichen Schaden beim Ausbruch so gering wie möglich zu halten, müssen wir jetzt handeln. In Deutschland werden bis zu 23 Millionen Schweine gehalten, in Sachsen-Anhalt nach meiner Kenntnis über eine Million, ungefähr 1,3 Millionen.

Die Fraktionen der Koalitionsparteien beantworten die gegenwärtige Entwicklung der Afrikanischen Schweinepest mit einem gemeinsamen Antrag.

Wie gesagt, der Schutz der eigenen Tierhaltung hat höchste Priorität. Die Präsenz der Afrikanischen Schweinepest in unserem Ökosystem verschärft diesen Anspruch und stellt die ganze Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Der Seuche kann durch Bestandshygiene und Biosicherheit begegnet werden. So müssen die Übertragungswege für das Virus rechtzeitig erkannt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterbrochen werden. - Was immer jetzt jeder denken mag.

Die Landwirte werden zur Biosicherheit unter anderem die Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung umsetzen. Zum Schutz vor der Afrikanischen Schweinepest hat die Stallhaltung gegenüber der Freilandhaltung Vorteile.

Das Virus konnte in Portugal und Spanien erst nach 30 Jahren ausgerottet werden. Die Etablierung der Afrikanischen Schweinepest würde unter diesen Bedingungen in Deutschland automatisch eine erhebliche Einschränkung der ursprünglich gemeinten ökologischen Landwirtschaft bedeuten.

Durch Verbraucher darf keine Verschleppung von infektiösen Speiseabfällen erfolgen. Darauf wurde heute schon mehrfach hingewiesen.

Im Fleisch - das ist jetzt interessant - bleibt das Virus bei 4 °C auch noch nach 150 Tagen infektiös. Daraus ergeben sich für die Regionen mit Tourismus und Wildschweinen gefährliche Übertragungswege, die bis zu den Nutztierhaltungsbetrieben führen können. Wie gesagt, in Deutschland werden bis zu 23 Millionen Schweine gehalten. Das muss man sich einmal richtig vor Augen führen.

Die Forschung steht vor der großen Herausforderung der Impfstoffentwicklung. Das Virus ist sehr komplex und bedient sich verschiedener Mechanismen, um dem Immunsystem seiner Wirte zu entgehen. Wann ein Impfstoff zur Verfügung stehen wird, ist heute nicht absehbar.

Die Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Anwendung von Impfstoffen zur Bekämpfung aller Tierseuchen schaffen und Barrieren im Jagdrecht lösen.

Bei Auftreten wird die Afrikanische Schweinepest den Markt verändern. Die Verbraucher reagieren sensibel auf Lebensmittelskandale, wenn man das so sagen kann. So ging während der BSE-Krise um die Jahrtausendwende die Nachfrage nach Rindfleisch stark zurück. Ich werde wohl auch kein Schnitzel mehr essen, wenn die Schweinepest auftritt. Sie soll für den Menschen zwar ungefährlich sein; aber ich werde dann doch lieber die Finger davon lassen.

Sollte die Afrikanische Schweinepest in Deutschland eintreffen, ist von dem gleichen Effekt wie bei der BSE-Krise auszugehen. Das daraus resultierende Überangebot an Schweinefleisch wird zu einem Preisverfall führen, der die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich belastet.

Das im Rahmen von Präventionsmaßnahmen steigende Angebot von Wildschweinfleisch wird den Preisverfall in diesem Sektor noch befeuern. Das Angebot an Wildschweinen kann von Schlachthöfen aktuell nicht genutzt werden - so meine Information -, weil die Kapazitäten der Schlachthöfe auf das Management der Nutztierproduzenten abgestimmt sind.

Lassen Sie uns neue Wertschöpfungswege ergründen. Noch einmal: Es ist mit verheerenden Folgen bei einem Ausbruch der ASP zu rechnen. Betroffen sind Landwirtschaftsbetriebe, Fortbetriebe, Nahrungsmittelindustrie sowie Handel und auch Grundeigentümer.

In Thüringen zum Beispiel könnte sich das auf mehrere Millionen Euro jährlich summieren. In Niedersachsen wurde ein Gesamtschaden auf einen Milliardenbereich für vor- und nachgelagerte Bereiche prognostiziert. In der Tat: Es herrscht Alarmstufe rot.

Der Seuchenschutz muss durch ein nachhaltiges Präventionsmanagement verfolgt werden. Lassen Sie uns deshalb zügig die vom Friedrich-Loeffler-Institut beschriebenen Maßnahmen im Falle eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen auf Umsetzbarkeit prüfen.

Gleiches gilt auch für die Entschließung „Schwarzwildbestände reduzieren, Schweinepest verhindern!“ des hessischen Bauernverbandes gemeinsam mit dem Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer in Hessen.

Weil Wildschweine nachtaktive Tiere sind, sollte der Einsatz - so das Ergebnis der Beratung - von Nachtzielgeräten und Zielscheinwerfern für die Wildschweinjagd unbedingt zeitlich zugelassen werden.

Ich begrüße die aktuell gültige Erlaubnis zur beschränkten Jagdausübung in den befriedeten Bezirken Großer Werder und Stadtpark Rotehorn in Magdeburg. Die Voraussetzung für eine beschränkte Jagdausübung für weitere befriedete Bezirke mit hohem Wildschweinaufkommen muss unbedingt geprüft werden und die Jagd muss dann bei Erfüllung der Voraussetzungen verfolgt werden.

Nebenbei ein anderes Thema: Die hohen Wildschweinbestände gefährden außerdem auch die Verkehrssicherheit. Ein Video, welches ich mir in den vergangenen Tagen anschauen durfte, wo eine Rotte Wildschweine die Autobahn überquerte, spricht Bände. In Panik sind diese äußerst sportlich.

Die integrierte tierärztliche Bestandsbetreuung kann von den Tierproduzenten zur Seuchenbekämpfung genutzt werden. Die Gewährung der Beihilfe für Tierkörperbeseitigung durch die Tier-

seuchenkasse und die Beteiligung des Landes an den Gesamtkosten der Tierkörperbeseitigung begünstigt die Tierproduzenten bei der Bewältigung der Folgen der Schweinepest.

Ich begrüße die Nutzung von Tierausfallversicherungen im Rahmen des Risikomanagements von Tierproduktionsbetrieben, insbesondere von ökologisch orientierten Tierproduktionsbetrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Aussitzen einer sich anbahnenden Belastungswelle mit vielen Anschlussproblemen kann nicht unser Ziel sein. Lassen Sie uns jetzt handeln. Meine persönliche Lebenserfahrung ist: Probleme löst man am besten, bevor sie entstehen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Radke, warten Sie kurz. Herr Büttner hat noch eine Nachfrage oder eine Intervention, je nachdem.

Detlef Radke (CDU):

Herr Büttner?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Herr Präsident. - Herr Radke, ich habe eine Frage. Die Antragsteller, allen voran die CDU als stärkste Fraktion, geben selbst in ihrem Begründungstext an, dass das erhöhte Risiko von Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest meist auf den Reiseverkehr und durch unkontrolliert aus dem Ausland eingeführte Fleisch- und Wurstwaren zurückzuführen sei. Erkennen Sie eigentlich den Widerspruch zwischen diesem Antrag und Ihrer Europapolitikposition der offenen Grenzen?

Detlef Radke (CDU):

In diese Richtung diskutiere ich mit Ihnen nicht. Fest steht, wir hatten vor zwei bis drei Wochen ein Gespräch mit der Tierärztekammer im Landtag. Deren Vertreter haben das so geschildert und wir sollten uns daran orientieren. Das war es. Tut mir leid.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay, danke. - Wir können mit der Debatte der Fraktionen fortfahren. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Sie hat das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Afrikanische Schweinepest ist auf dem Vormarsch. Sie hat 2007 ihren Ausgangspunkt in Georgien genommen, gelangte bereits 2013 an die EU-Außengrenzen in Osteuropa und ist inzwischen in unseren Nachbarländern Polen und Tschechische Republik angekommen. Das ist alles nicht neu und wurde heute bereits besprochen.

Der widerstandsfähige Virus wird direkt vom Tier, aber eben auch indirekt durch Verschleppung durch den Menschen übertragen. Auch das haben wir schon gehört.

Die von der Afrikanischen Schweinepest drohenden Gefahren sollten am Ende der heutigen Diskussion allen klar geworden sein. Denn von der zu 100 % tödlichen Seuche droht ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden für Sachsen-Anhalt, der für den neben der chemischen Industrie umsatzstärksten Sektor der Ernährungswirtschaft verheerende Folgen haben könnte. Dies und auch die Folgen für die Ernährung der Bevölkerung, die stark auf den Verzehr von Schweinefleisch orientiert ist, müssen wir uns ebenfalls vor Augen führen.

Wir haben es dabei mit einem hohen Gefahrenpotenzial zu tun; das ist unstrittig. Nun wurden uns heute zwei Anträge zur Prävention gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest vorgelegt. Sowohl der Antrag der Regierungskoalition als auch jener der AfD zielen im Wesentlichen darauf ab, dass die Landesregierung ihre originären Aufgaben wahrnimmt. Das sollte doch als selbstverständlich gelten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei stellt der Antrag der AfD aber offenbar darauf ab, dass hier noch gar nichts passiert ist. Das halte ich nun wirklich für gewagt. Es passiert sehr wohl einiges, vielleicht nicht immer in der Wahrnehmung des Einzelnen. Einen Gipfel zur Erarbeitung von weiteren Schutzmaßahmen durchzuführen halte ich für einen unnötigen Zeitverzug. Denn wir müssen dringend handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher ist die Forderung des Koalitionsantrages, alle präventiven Maßnahmen zu verstärken, aus unserer Sicht eher sinnvoll. Hierbei unterstützen wir die geforderten Maßnahmen, wohl wissend, dass auch diese nicht erschöpfend sein können.

Unsere unmittelbaren osteuropäischen Nachbarn sind an dieser Stelle schon ein ganzes Stück weiter. So will man in Tschechien zum Beispiel Risikogebiete großräumig mit einem engmaschigen Zaun versehen. Das ist eine recht drastische Maßnahme. Aber mit dieser will die tschechische

Regierung eine weitere Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest nach Westeuropa verhindern.

Ähnliches hat Polen vor. Dort soll nach Meldungen aus dem Sommer dieses Jahres ein immerhin 729 km langer Zaun zur Ukraine und zu Weißrussland gebaut werden - es gibt hier im Haus durchaus Menschen, die das richtig gut fänden -,

(Daniel Roi, AfD: Wer hat denn früher eine Mauer gebaut? - Zuruf von Hannes Loth, AfD)

um ein weiteres Vordringen der Seuche zu verhindern.

Im Übrigen wurde diese Maßnahme bereits im Sommer 2013 gemeinsam mit Estland, Lettland und Litauen ins Auge gefasst. Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2017. Man befasst sich also schon seit Langem mit dieser Problematik. Ich denke, das passiert auch hier im Lande.

Damals klopfte also die Schweinepest an die Pforten der EU. Mit diesen Maßnahmen - das müssen wir uns eingestehen - wird auch Deutschland vor der Afrikanischen Schweinepest geschützt. Aber im Unterschied zu dem, was bisher in Deutschland gemacht wurde, wird in diesen Ländern viel Geld, und zwar öffentliches Geld, in die Hand genommen, um die Afrikanische Schweinepest möglichst aktiv abzuwehren. Denn die Kosten für die Zäune trägt am Ende der Staat.

Parallel dazu wurde in beiden Ländern auch der Abschuss von Wildschweinen stark erhöht. Diese Problematik, die in der Koalition und in der Regierung diskutiert wurde, sollte durchaus noch einmal überprüft werden.

Deshalb sind aus unserer Sicht die Prüfaufträge, die in dem Antrag der Koalition zur Reduzierung des Wildscheinbestandes und auch hinsichtlich der Maßnahmen Nachtzielgeräte, Abschussprämien etc. genannt sind, überprüfenswürdig.

Die Forderung nach Wildschweinbeobachtungen mit Meldepflichten teilen wir ausdrücklich.

Noch einmal zur Abschussprämie. Wir begeben uns damit in einen Bereich, der haushalterisch relevant ist. Wir sollten noch einmal überlegen, inwieweit das Land selbst Geld in die Hand nimmt bzw. dieses auch vom Bund fordert, um andere Maßnahmen zu finanzieren. Denn letztlich muss insgesamt ein Paradigmenwechsel im gesamten Prozedere stattfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir reflektieren den Antrag der Koalitionsfraktionen durchaus positiv; einige Nuancen sind allerdings verbesserungswürdig. Wir werden daher ihrem Antrag zustimmen. -Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Loth hat eine Wortmeldung. - Herr Loth, bitte.

Hannes Loth (AfD):

Danke, verehrter Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Eisenreich, ich möchte kurz feststellen, dass Sie es toll finden, wie Sie es gerade gesagt haben, dass der Prüfauftrag zum Wildschweinbestand und zur Regulierung laut Koalitionsantrag ergehen soll. Darauf hat Frau Ministerin bereits geantwortet. Der Antrag ist doch eigentlich hinfällig, da Frau Ministerin bereits sagte, dass wir das nicht brauchen und nicht weiter regulieren müssen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Offensichtlich will Frau Eisenreich nicht antworten. Insofern können wir fortfahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Vorab möchte ich noch etwas zu den Einlassungen der AfD sagen, die sich beschwert hat, dass wir als Koalition einen Antrag zur Afrikanischen Schweinepest einbringen. Um einen Antrag seriös zu erarbeiten, braucht es Zeit. Diese Zeit nehmen wir uns als Koalition auch.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir brauchten auch einen Vorlauf.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Wenn die AfD nicht damit klarkommt, dass wir relevante Themen aufgreifen, dann zeigt das nur die Hilflosigkeit der AfD.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Die Afrikanische Schweinepest ist mittlerweile in Polen und in Tschechien, beides Nachbarländer von Deutschland, aufgetreten. In Deutschland ist bisher noch kein Fall bekannt. Der Dezernatsleiter für Tierseuchenbekämpfung Benno Ewert wird vom MDR sehr verständlich mit den folgenden Worten zitiert:

„Derzeit befinden wir uns auf dem Level grün-gelb und noch nicht gelb-rot.“

Wir müssen etwas tun. Die Ministerin hat sehr deutlich gemacht: Es wird etwas getan. Sie hat ausführlich beschrieben, welche Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht wurden, wie die Sensibilisierung, die Information der Behörden und der Verbände sowie die Überprüfung der Wildsammelstellen bzw., wie sie es ausgeführt hat, die Einführung und Auslobung der Prämie erfolgen

kann, damit befallenes Wild schnell aufgefunden werden kann.

Ich begrüße es sehr, dass wir uns mit der Prävention dieser für die Tiere tödlichen Krankheit beschäftigen. Denn bei einem Ausbruch kann der Schaden immens sein. Nicht alle Leute wissen, dass Fleisch aus den Ländern, in denen die Afrikanische Schweinepest schon ausgebrochen ist, nicht importiert werden sollte und dass dieses Fleisch und auch die Wurstwaren richtig entsorgt werden müssen. Dafür muss das Thema auch stark in den Medien vorkommen, damit es in das Bewusstsein gelangt und alle umfangreich aufgeklärt werden.

Die heutige Beratung im Parlament ist auch ein Mittel, das nicht ungenutzt bleiben darf, um Öffentlichkeit zu schaffen. Auch wir als Abgeordnete können in unseren jeweiligen Wirkkreisen einen sachlichen Vermittlungsauftrag wahrnehmen.

Der Einschleppungsweg, welcher laut der Fachwelt mit Abstand der wahrscheinlichste ist, ist die Einfuhr von kontaminierten Fleisch- und Wursterzeugnissen durch Privatpersonen. Entscheidend wird sein, dass möglichst viele Menschen richtig informiert werden. Deshalb: Aufklärung der Bevölkerung, der Nutztierhalterinnen und Nutztierhalter und der Jägerschaft.

Es gibt bereits seit Monaten bundesweit und an besonders relevanten Straßen verstärkt Plakate und spezielle Entsorgungsmöglichkeiten, damit die viel zitierte Wurststulle nicht in den Wald gerät und die Wildschweine nicht angesteckt werden. Auch einige Veterinärämter, Landkreise und kreisfreie Städte haben Plakate geordert, um diese zielgerichtet aufzustellen.

In unserem Antrag geht es auch um den Übertragungsweg über die Wildschweine. Wichtig sind hierbei ein funktionierendes Management und Monitoring, damit Auffälligkeiten sofort gemeldet und tot aufgefundene Tiere untersucht werden. An dieser Stelle erwähne ich noch einmal die von Frau Ministerin vorgestellte Auffindprämie in Höhe von 50 € pro Schwein. Nach der Beprobung müssen die Tiere auch aus dem Wald kommen. Auch hierfür wurde Vorsorge getroffen; die Behältnisse für kontaminierte Tiere stehen bereit und die Verbände und Fachleute sind darüber informiert worden, dass sie diese Behältnisse auch nutzen können.

Das Friedrich-Loeffler-Institut empfiehlt für den Seuchenfall die Reduzierung des Wildschweinbestandes, um das Übertragungsrisiko zu minimieren. Prophylaktisch den Bestand durch Abschuss zu reduzieren halten wir vor problematisch, da die Jägerschaft jetzt schon an ihre Kapazitätsgrenzen kommt. Inzwischen werden jährlich knapp 40 000 Wildschweine in Sachsen-Anhalt geschossen. Wir schätzen, dass die Jagdkapazitäten auch langfristig nicht aufrechterhalten werden könnten, um den Wildschweinbestand dauerhaft per Abschuss niedrig zu halten.

Wir haben eine Alternative. Wir wissen zwar, dass die Wildschweine nicht die schnellste Reproduktionsrate haben, aber auch nach einer drastischen Reduzierung wird sich der Wildschweinbestand wieder schnell an die ökologische Nische anpassen. Wenn wir das Schadenspotenzial einer großen Wildschweinpopulation für die Übertragung der Schweinepest oder auch für den Forst und für die Landwirtschaft langfristig verringern wollen, müssen wir den Lebensraum bzw. das Nahrungsangebot der Wildschweine verkleinern.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Hierfür ist der intensivierte Maisanbau zentral. In großen dichten Maisfeldern finden die Wildschweine Lebensraum und Nahrung. Um es anschaulich zu verdeutlichen: Es gehen zehn Wildschweine ins Maisfeld und 50 kommen wieder heraus. Statt Mais könnten verstärkt andere Pflanzen angebaut werden. Feinkörnige Leguminosen, wie Klee und Luzerne, könnten einen Teil der Maissilage ersetzen und in Biogasanlagen könnten Wildkräutermischungen vergoren werden.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Somit wird die Nahrungsgrundlage für die Wildschweine reduziert. Es ist wichtig, jetzt konsequent Prävention gegen die Afrikanische Schweinepest zu betreiben und sich auf den Faktor Mensch zu konzentrieren. Ziel muss es sein, den Ersteintrag zu verhindern. Dazu werden bereits einige Aktivitäten durchgeführt, die vom Landwirtschaftsministerium auf den Weg gebracht wurden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Heuer hat eine Frage. - Bitte, Herr Heuer.

Guido Heuer (CDU):

Sehr geehrte Kollegin Frederking, ich habe eine Frage. Gerade kam eine Pressemitteilung des Ministeriums. Darin heißt es: Das Ministerium hält es für ungeeignet, zu prüfen, ob Nachtzielgeräte, Schalldämpfer und Abschussprämien geeignet wären. Unser Antrag fordert unter Nr. 2 genau das. Haben Sie andere Informationen, dass das Ministerium diese Prüfung schon abgeschlossen hat? Andernfalls wäre die Pressemitteilung ja nicht korrekt, und das auch noch im Namen der Landesregierung.

(Daniel Roi, AfD: Missachtung des Parlamentes! - Ulrich Thomas, CDU: Das ist ein Affront!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich gehe davon aus, dass Sie Interesse an einer Antwort haben. Ansonsten hätten Sie die Frage nicht gestellt. - Frau Frederking, jetzt haben Sie die Chance zu antworten.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Können Sie mir den Satz zitieren oder vorlesen?

Guido Heuer (CDU):

Herr Präsident, darf ich?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, machen Sie das.

Guido Heuer (CDU):

Einen kleinen Moment. Aus der Pressemitteilung von heute, 12:12 Uhr: Das Ausloben von Abschussprämien oder den Einsatz von Nachtzielgeräten halten die Landesregierung, auch die Sachverständigengruppe als präventive Maßnahmen, also außerhalb des Seuchenfalles, für ungeeignet.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf: Das müssen wir erst mal prüfen!)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das Friedrich-Loeffler-Institut empfiehlt eine Reduzierung des Wildschweinbestandes um 80 bis 90 % im Seuchenfall. Dann müssen die Wildschweine in den betroffenen Gebieten reduziert werden, aber nicht als Präventionsmaßnahme. Das hat die Ministerin vorhin ausgeführt.

Ich habe in meinem Redebeitrag ebenfalls gesagt, dass wir das als Präventionsmaßnahme nicht als sinnvoll erachten, aber selbstverständlich für den Seuchenfall. Ich hatte mir die Studie des Friedrich-Loeffler-Instituts ebenfalls durchgelesen, und darin geht es um den Seuchenfall.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann, so denke ich, sind wir hiermit fertig und können in der Debatte der Fraktionen weiter vorangehen. Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Barth das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, noch einmal ans Mikrofon zu treten, weil eigentlich schon alles gesagt ist. Aber aufgrund der neuen Erkenntnisse muss ich doch noch etwas dazu sagen.

Frau Ministerin, Sie können davon ausgehen, dass der Punkt 2 unseres Antrags nach wie vor relevant sein wird. Sie können von mir aus in der Pressemitteilung schreiben, was Sie wollen, das sage ich jetzt einmal so.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir werden uns über dieses Thema noch unterhalten. Schwerpunkt ist natürlich die Bekämpfung der Wildschweine im Seuchenfall. Aber in Ausnahmefällen - so wie es hier steht - kann man auch prüfen, ob einzelne Personen eine Ausnahmeregelung bekommen, um gezielt auch nachts Schweine abschießen zu können.

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Ich bin Jäger und weiß, wie viel Zeit sie sich um die Ohren schlagen. Wenn sie dann ein Tier vor sich haben und es nicht schießen können, weil es zu dunkel ist, dann tut es mir leid, wenn wir ihnen nicht weiterhelfen. Vor diesem Hintergrund appelliere ich noch einmal eindeutig an die Landesregierung, den Auftrag des Parlaments und der Fraktion ernst zu nehmen und umzusetzen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der AfD spricht der Abg. Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Bauern und Bürger da draußen! Eigentlich muss man nach dieser Debatte nicht mehr viel sagen. Eigentlich hat sie alles gezeigt, auch das, was wir in unseren Anfragen vorhin behauptet haben, nämlich dass sich die Koalition überhaupt nicht einig ist und dass die Ministerin macht, was sie will. Und jetzt missachtet sie obendrein noch das Parlament. Das ist eigentlich ein Skandal!

(Beifall bei der AfD)

Es ist gesagt worden, dass die Seuche seit 2007 in Georgien nachgewiesen ist. Seit 2014 ist sie in Polen und jetzt auch in Tschechien nachgewiesen worden. Die Problematik der Afrikanischen Schweinepest ist plötzlich seit vier Wochen auch Thema in Sachsen-Anhalt.

Herr Barth, Frau Frederking, Herr Heuer und alle anderen haben sich zufällig erst geäußert, nachdem zwei Abgeordnete der AfD-Fraktion die Problematik in der letzten Fragestunde hier im Hohen Haus thematisiert haben, und zwar durch Anfragen von Herrn Mittelstädt und mir. Das war im November-Plenum. Und schon damals konnte die Landesregierung nur sehr mangelhaft antworten.

Was passierte dann? - Das ist nämlich spannend. Eine Woche später ließ die grüne Ministerin über „dpa“ verbreiten, man werde sich gegen die Afrikanische Schweinegrippe rüsten. Es folgten große Schlagzeilen in allen Landeszeitungen, in der

„Volksstimme“, in der „MZ“, und auch der MDR berichtete. Alles auf Seite 1 natürlich, große Artikel, und die Menschen im Land nahmen an, dass die Landwirtschaftsministerin alles im Griff habe und eine vorausschauende Politik mache, um die Menschen und Landwirte im Land vor Gefahren zu schützen. Für diese Aufgabe werden Sie übrigens vom Steuerzahler bezahlt.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der CDU: Nein!)

- Doch. - Wenn man sich die Artikel genauer durchlas, dann stellte man ziemlich schnell fest, dass dahinter wieder einmal überhaupt keine Substanz steckte. Heute haben wir das noch einmal bestätigt bekommen. Außer der Information, man habe eine Taskforce gegründet, stand nichts Konkretes darin, was den Sachstand oder das Handeln des Ministeriums betrifft. Ja, die Taskforce, ein weiterer Lieblingsbegriff der Ministerin, um nicht ständig das Wort „Kompetenzzentrum“ verwenden zu müssen,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

werde alles richten - so war der Eindruck, der in allen Presseberichten vermittelt wurde.

Nun wird sind sicherlich niemand schnelle Eingreiftruppen und kompetente Experten kritisieren. Das tun wir auch nicht. Doch um eine gefährliche Tierseuche wie die Afrikanische Schweinepest zu beherrschen, braucht es eben auch weitgehende Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen, Frau Ministerin. Dazu hat die AfD einen Antrag vorgelegt, übrigens vor der Kenia-Koalition, in dem konkrete Maßnahmen beschrieben sind.

(Olaf Meister, GRÜNE: Was?)

Handeln müssen Sie, Frau Ministerin, und zwar konkret und sofort, so wie es Ihr Kollege in Mecklenburg-Vorpommern getan hat. Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Er hat konkret gehandelt, und das fordern wir auch in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der AfD)

Es reicht eben nicht, sich ständig hinter EU-Listen, Förderrichtlinien, Kompetenzzentren oder einer Taskforce zu verstecken, sondern man muss auch Entscheidungen treffen. Diese Entscheidungen müssen Sie als Ministerin treffen, und darum geht es heute. Aber an der Pressemitteilung sieht man, dass Sie Ihre Entscheidung schon getroffen haben, egal was das Parlament dazu sagt. Das ist ja gerade der Skandal, von dem ich sprach. Genau darum geht es.

Die AfD trifft mit ihrem Antrag ins Schwarze. Das zeigt allein schon der Antrag der Kenia-Koalition, auch wenn dieser wohl von den Roten geschrieben wurde, wie eine Stellungnahme auf der Homepage der SPD erahnen lässt. Dort erklärt man ja, dass man den Inhalt des Antrages abgeschrieben habe.

Dumm gelaufen! Die AfD hat Ihre Ideenlosigkeit wieder einmal entlarvt und Sie dabei erwischt. Große Teile der Begründung sind eins zu eins ohne Angabe von Quellen übernommen worden. Das hat Herr Barth vorhin selbst bestätigt.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Aber nicht des Antrags!)

Doch warum mussten Sie überhaupt - das ist die entscheidende Frage - einen solchen Antrag eilig zusammenklauen? Warum?

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ich habe es gerade erläutert!)

Natürlich weil Ihre grüne Ministerin bisher nichts Substanzielles gemacht hat. Das ist doch der Grund.

(Beifall bei der AfD)

Mit Ihrem Koalitionsantrag unterstreichen Sie das noch; denn den brauchte es ja gar nicht, wenn schon alles erledigt wäre und die Ministerin ihre Arbeit vernünftig machen würde.

Nun kommen wir zu Ihrem Antrag. Sie wollen prüfen - Herr Poggenburg hat darauf hingewiesen - und klären. Sie gehen nach dem Motto vor: „Schauen wir mal“. Es steht nichts Konkretes darin, was nun umzusetzen ist.

(Olaf Meister, GRÜNE: Konkrete Forderungen!)

Genau das ist ja der Kernpunkt der heutigen Debatte. Das Entscheidende ist, dass endlich gehandelt wird, so wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren! Die Gefährlichkeit und vor allem die Ausbreitungsdynamik dieser Seuche - das ist heute angesprochen worden; das brauche ich nicht zu wiederholen - sind bekannt. Wer jetzt noch prüfen und klären muss, der hat die Problematik nicht verstanden.

(Beifall bei der AfD)

Ja, und er hat auch den Schuss nicht gehört. Frau Ministerin will überhaupt keinen Schuss hören. Deshalb ließ ihr Ministerium verlauten - ich habe es vorhin schon erwähnt -, auch ein damit vorgesehener Abschuss von Schwarzwild sei nicht vorgesehen. Das haben Sie am 17. November dem MDR so mitgegeben. - Ich habe noch zwei Minuten? - Gut.

Das heißt für mich, dass die Entscheidung bereits getroffen ist oder zumindest wird wieder einmal laviert. Wie immer, wie beim Wolf, beim Riesenbärenklau und den ganzen anderen drängenden Fragen, auf die wir dringend Antworten brauchen, liefern Sie keine Antworten. Das ist doch das Pro-

blem. Aus diesem Grund haben wir den Antrag gestellt.

Nun kommen wir zu dem, was im Land gefordert wird: Sämtliche Verbände und Interessenvertreter der Landwirtschaft, des Forstes und der Jagd sind sich darin einig, dass der Schwarzwildbestand drastisch gesenkt werden muss. Aber diese Regierung und diese Ministerin wollen erst einmal prüfen, welche Maßnahmen wir dafür brauchen und ob überhaupt geschossen werden soll.

Nimmt man dann die Aussagen aus dem Ministerium sowie die neue Pressemitteilung dazu, dann wird eines klar: Das Problem, lieber Herr Heuer, sitzt dort. Darum muss sich die CDU kümmern; denn mit diesem Problem werden Sie die Probleme in unserem Land nicht lösen. Das ist in der Tat ein Problem, das uns alle angeht. Deshalb müssen Sie hier wirklich aufs Gaspedal treten, damit sich im Land endlich etwas dreht.

(Beifall bei der AfD)

Eines noch zu der von Frau Frederking angesprochenen Problematik: Sie sagte gerade, die Jäger seien überlastet und überfordert; sie könnten das nicht leisten. Wir hatten eine Wildschweinplage in Bitterfeld. Dort hat sich gezeigt, dass man den Wildschweinbestand mit Drückjagden drastisch reduzieren konnte. Innerhalb kürzester Zeit war das möglich. Der Wille war da; es wurden im innerstädtischen Bereich Sonderregelungen geschaffen und es war möglich. Der Stadtjäger hat das mit den Jägern zusammen organisiert und es war auch erfolgreich.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ich hatte „dauerhaft“ gesagt!)

- Übrigens auch dauerhaft; denn seit zwei Jahren sind die Bestände zurückgegangen. - Das heißt, wir brauchen das in ganz Sachsen-Anhalt. Das ist doch der Punkt, über den wir sprechen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn man wirklich wirkungsvoll Prophylaxe betreiben möchte, müssen Entscheidungen her, darüber habe ich gesprochen. Dafür muss auch Geld in die Hand genommen werden, so wie es in Mecklenburg-Vorpommern gemacht wurde. Ein Sofortprogramm über 2 Millionen € läuft dort bereits seit dem 1. Dezember - 2017, wohlgemerkt -, also seit einigen Tagen.

Ich fordere Sie auf, besprechen Sie das einmal mit Ihrem Amtskollegen, Frau Ministerin. Hören Sie sich an, was er im Landtag gesagt hat. Er hat erkannt, dass die Afrikanische Schweinepest im Unterschied zu anderen Tierseuchen einen überproportionalen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht, natürlich auch in Sachsen-Anhalt, wenn es zu einem Ausbruch kommt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Roi, jetzt sind Sie schon zweieinhalb Minuten über ihre Redezeit, also eine halbe Minute über die von mir eingeräumten Redezeit. Kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Daniel Roi (AfD):

Ja, vielen Dank. - Genau das müssen wir verhindern; denn wir müssen unsere einheimischen Landwirte und unsere Bevölkerung vor diesem Virus schützen. Dabei können wir nicht weiterhin lavieren, sondern müssen Entscheidungen treffen. Wir fordern Sie auf, stimmen Sie unserem Antrag zu. Der Antrag der Kenia-Koalition ist nicht notwendig; denn zu klären und zu prüfen brauchen wir nicht mehr. Die Fakten liegen auf dem Tisch.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Roi, ich meine es ernst.

Daniel Roi (AfD):

Jetzt müssen Entscheidungen getroffen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt hat der Kollege Barth das Wort.

(Jürgen Barth, SPD: Nein!)

Nein? - Frau Frederking, Entschuldigung. Ich hatte Sie beide auf der Liste stehen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Roi, ich habe Fragen. In Ihrem Antrag steht,

(Olaf Meister, GRÜNE: Da steht doch nichts drin!)

dass Maßnahmen ergriffen werden sollen, um den Jagddruck auf Wildschweine in Risikogebieten zu erhöhen. Wo sind denn die Risikogebiete in Sachsen-Anhalt?

Außerdem schreiben Sie, dass das Monitoring verbessert werden soll. Meine Frage lautet: Wie stehen Sie zu den Ausführungen der Ministerin, die sich hinlänglich zum Monitoring geäußert hat? Sind das nicht schon Maßnahmen, die hinreichend auf den Weg gebracht wurden?

Meine nächste Frage: Haben Sie mitbekommen, dass ich davon gesprochen habe, dass man per Jagd bzw. Abschuss den Wildschweinbestand nicht dauerhaft reduzieren kann? - Kurzfristig sind die Maßnahmen, die Sie beschreiben, natürlich sinnvoll und effektiv. Ich habe aber von der Dauerhaftigkeit gesprochen und deshalb deutlich gemacht, welche Alternativen wir sehen. Haben

Sie das mitbekommen? Haben Sie den feinen Unterschied realisiert?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Das waren jetzt viele Fragen. Die erste Frage war, wo sind die Risikogebiete in Sachsen-Anhalt? - Wenn Sie sich mit der Thematik beschäftigt hätten, wüssten Sie das. Risikogebiete - das hat auch Herr Poggenburg angesprochen - befinden sich beispielsweise an Autobahnraststätten.

Das ist das einzige Argument, das die Ministerin immer wieder richtig vorbringt. Sie sagt ja, dass bereits ein weggeworfenes Wurstbrötchen genüge, um einen Überträger einzuschleppen, der dann von einem Wildschwein gefressen wird, und schon ist das Virus hier. Das heißt also, die Risikogebiete erstrecken sich entlang der Transitrouten. Ich brauche jetzt nicht alle Autobahnen aufzuführen, die durch Sachsen-Anhalt führen. Aber die A 9 und die A 2 sind besonders hervorzuheben, darauf hat auch das Friedrich-Loeffler-Institut hingewiesen. Das sind die Risikogebiete.

Was waren Ihre weiteren Fragen? - Ich habe hier ein bisschen Wasser ausgekippt.

(Zuruf: Das Monitoring!)

- Ja, das Monitoring. Was war die Frage dazu?

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Es ist doch schon ein Monitoring auf den Weg gebracht worden.

(Zuruf von der AfD)

Daniel Roi (AfD):

Das Problem ist, dass es seit 2014 bekannt ist. Das wurde ja vorhin schon gesagt. Deshalb war die Frage, wie viele tote Schweine man gefunden und daraufhin überprüft hat. Diese Frage konnte die Ministerin überhaupt nicht beantworten. Sie hat ja jetzt erst auf Anraten ihrer Taskforce, die sie in den letzten vier Wochen gegründet haben will, gesagt, dass man ein Monitoring machen müsse und dann derjenige, der ein totes Wildschwein findet, 50 € bekommt. Aber das kann doch nicht die Lösung des Problems sein. Vor allem ist es keine Seuchenprophylaxe.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sie wollen, dass in der Vergangenheit gehandelt wird. Das wollen sie.

Daniel Roi (AfD):

Wir wollen nicht, dass die Vergangenheit behandelt wird.

(Gabriele Brakebusch, CDU, geht zum Rednerpult und wischt das verschüttete Wasser weg)

Wir behaupten, dass die Ministerin bisher - vielen Dank! - nicht gehandelt hat.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund brauchen wir - - Ich bin nur ein wenig irritiert. Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Ja, das Monitoring ist wichtig, aber, Frau Frederking, es reicht allein doch nicht aus. Ich habe doch extra die Fragen gestellt. Es geht um die Reduzierung des Wildschweinbestandes, weil damit auch die Risikominimierung zusammenhängt. Wenn wir das nicht machen, dann werden wir auch keine Seuchenprophylaxe durchführen.

Eine Prophylaxe ist eine vorbeugende Maßnahme. 50 € für ein totes Wildschwein im Wald zu zahlen - das kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass das die Maßnahme sein soll, die uns vor der Afrikanischen Schweinegrippe schützt. Das ist doch lächerlich, was Sie hier erzählen!

(Beifall bei der AfD - Olaf Meister, GRÜNE: Was wollen Sie denn dann?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir jetzt aber trotzdem am Ende der Debatte angelangt. Ich frage noch einmal: Ich habe keine Überweisungsanträge für die beiden vorliegenden Anträge gehört. Dabei bleibt es offensichtlich?

(Siegfried Borgwardt, CDU: Richtig!)

Dann kommen wir zu den Direktabstimmungen. Ich lasse zuerst über den Antrag der AfD in der Drs. 7/2217 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloser Abgeordneter. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die gibt es nicht. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/2214. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der AfD und ein fraktionsloser Abgeordneter. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen worden.

Wir sind am Ende unserer vormittäglichen Beratungen angekommen. Wir machen jetzt eine

75-minütige Mittagspause. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schülerinnen und Schüler des Bismarck-Gymnasiums werden in fünf Minuten im Speisesaal für uns ein Konzert geben. Es wäre angebracht, dieses auch zu besuchen.

Eine letzte Bemerkung zum Thema Wildschweine. Nebenan im Hundertwasserhaus gibt es übrigens ein vorzügliches Wildgeschäft. - Guten Appetit!

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Unterbrechung: 13:17 Uhr.

Wiederbeginn: 14:30 Uhr.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können. Ich sehe, dass die Frau Eisenreich als Einbringerin des Antrages der Fraktion DIE LINKE anwesend ist. Ich sehe auch Herrn Heuer, den ersten Redner. Die wichtigsten Redner zu dem folgenden Tagesordnungspunkt sind somit anwesend.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6

Erste Beratung

Glyphosatausstieg jetzt einleiten!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2193**

Einbringerin des Antrages der Fraktion DIE LINKE ist die Abg. Frau Eisenreich. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zumindest diejenigen, die hier schon im Saale weilen. Ich hoffe auf das Wunder, dass sich die Reihen vielleicht doch noch ein bisschen füllen.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Glyphosat und andere Pestizide töten. So vernichtet Glyphosat - auch Roundup genannt - jegliche Pflanzen, die die Kulturpflanzen stören, und entzieht damit den Mitbewohnern dieses Habitats sowie den ihnen in der Nahrungskette Folgenden, wie Insekten, Vögeln, Kriechtieren und Kleinsäugern, jegliche Lebensgrundlage. Das ist der Zweck, zu dem dieses Mittel eingesetzt wird. Aber: Die Folgen für Natur und Umwelt sind gravierend und hinreichend erwiesen.

Was für Wachstum und Ernte auf den ersten Blick Verbesserungen, noch dazu recht preisgünstig, bedeutet, zerstört, und zwar nicht nur direkt dort, wo Glyphosat aufgebracht wird, sondern auch im Umfeld Blühstreifen, Gärten, Wälder.

Doch die verheerende Wirkung des Einsatzes dieses Breitbandherbizids geht noch viel weiter. So erklären Imker, dass sie Honig mit Glyphosatrückständen, den ihre Bienenvölker von gespritzten Feldern ernten, als Sondermüll entsorgen müssen. Schweinehalter verzeichnen nach der Verfütterung von glyphosathaltigem Futter eine massive Zunahme von Fehlbildungen bei neugeborenen Ferkeln.

Und der Mensch? - Allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz wird die Gesundheit des Menschen ebenfalls beeinträchtigt. Das geschieht häufig nicht kurzfristig. Aber längerfristig sind die gesundheitlichen Risiken überhaupt noch nicht in vollem Umfang absehbar; die Kosten dafür tragen die Betroffenen selbst.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon heute sind in Ländern, in denen massiv Glyphosat und andere Pestizide eingesetzt werden, und zwar ohne Rücksicht auf die Menschen, die dort leben und arbeiten, die Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen erwiesen.

In Argentinien zum Beispiel nehmen Fehlgeburten, Bluthochdruck, Diabetes, Fettleibigkeit, Atemwegs- und Krebserkrankungen massiv zu, kommt es zu genetischen Veränderungen wie Reptilienhaut, Buckelrücken, Muskelschwund.

Die Krankheits- und Sterberaten in landwirtschaftlichen Kernzonen sind wesentlich höher als in unbelasteten Regionen. Doch wird immer noch behauptet, dass chemische Pestizide unschädlich seien, weil es keine direkten Beweise für chemische Pestizide als Ursache von Erkrankungen gebe. Diese Haltung ist unsäglich. Hier werden Risiken für Gesundheit und Artenvielfalt billigend in Kauf genommen, statt diese zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre ist eine Gefährdung für die Umwelt und die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Sie ist aber aufgrund des Zustandekommens auch ein politischer Skandal. Es ist so bedauerlich, dass die Bundesregierung ihr Gewicht innerhalb der EU nicht genutzt hat und uns damit wieder weitere fünf Jahre zurückwirft; das ist wirklich bedauerlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch trotz der Verlängerung der Zulassung des Breitbandherbizids auf der EU-Ebene liegt es letztendlich in der Hand der Bundesrepublik, den Einsatz von Glyphosat hier im Lande zu verhin-

dern oder zumindest zu minimieren und längerfristig vollständig auszusteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Option sieht nämlich die EU-Pestizidverordnung ausdrücklich vor. Die besagt - ich zitiere -:

> „Insbesondere ist es den Mitgliedstaaten freigestellt, das Vorsorgeprinzip anzuwenden, wenn wissenschaftliche Ungewissheit besteht, ob die in ihrem Hoheitsgebiet zuzulassenden Pflanzenschutzmittel Gefahren für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder die Umwelt bergen.“

Von dieser Option hat übrigens die Bundesrepublik bereits Gebrauch gemacht und hat Insektengifte mit dem Wirkstoff Glopüripos verboten. Deshalb sagen wir: Solange nicht erwiesen ist, dass die zur Zulassung beantragten Pestizide - ich beschränke mich dabei ausdrücklich nicht nur auf Glyphosat - unschädlich sind, muss das Vorsorgeprinzip das allerhöchste Gebot sein, um sowohl Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die Umwelt vor unwägbaren Risiken zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Minimierung des Einsatzes von Pestiziden verlangt eine intensive Aufklärungs- und Zusammenarbeit aller Akteure; da sind wir als Land gefordert. Das Julius-Kühn-Institut hat im Jahr 2017 in einer Studie nicht nur herausgefunden, dass die Anwendung von Glyphosat in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, sondern zeigt auch zahlreiche Möglichkeiten zur Minimierung dieses Einsatzes auf.

Ich glaube, diese Erkenntnisse sollten unbedingt ihren Niederschlag in einem landeseigenen Leitfaden finden. Grundlage dafür sind die in der Landwirtschaft geforderte gute fachliche Praxis und der darauf basierende integrierte Pflanzenschutz, der neben mechanisch-physikalischen, biologischen und biotechnischen Verfahren den chemischen Pflanzenschutz ausdrücklich als nur einen Aspekt betrachtet. Aufklären, Alternativen aufzeigen, Potenziale zur Minimierung der Anwendung bis hin zum Verzicht, Erschließen und Aufzeigen, das soll dieser landeseigene Leitfaden leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei muss es gleichzeitig darum gehen, insbesondere jene Alternativen hervorzuheben, die zu keinen oder nur zu sehr geringen Ertragseinbußen führen. Dazu hat übrigens das hier im Land ansässige Umweltbundesamt bereits im Januar 2016 ein Positionspapier mit einem Fünfpunkteprogramm für einen nachhaltigen Pflanzenschutz veröffentlicht. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich loben.

Mit einem Zertifikationssystem macht es zum Beispiel die Schweiz vor. Auch im Bereich der Intensivlandwirtschaft wird dort auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Feldkulturen verzichtet, und zwar ohne Ertragseinbußen; denn gleich, welches Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommt, abgesehen von direkten Gesundheits- und Umweltrisiken entwickeln auch die Pflanzen Resistenzen, sodass zur Unterdrückung von Schadbildern immer schärfere Mittel eingesetzt werden müssen.

Das könnte eine Spirale mit unabsehbaren Folgen nach sich ziehen, übrigens auch mit finanziellen Folgen für die Anwender, weil nämlich Hersteller wie Monsanto natürlich auch die entsprechenden Mittel anbieten würden.

Einen solchen Teufelskreis gilt es nun zu verhindern, zumal eine gute Alternative der Ökolandbau ist; diese und andere nachhaltige Landwirtschaftsformen müssen gestärkt und gefördert werden. Dabei kommen Forschung und Entwicklung im Bereich des alternativen Pflanzenschutzes besondere Bedeutung zu.

Deshalb fordern wir hier verstärkte Investitionen, zumal in Sachsen-Anhalt mit der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau langjährige Erfahrungen existieren und wir auf Expertenwissen zurückgreifen können. Diese Maßnahmen werden der Biodiversität, aber zugleich eben auch den Menschen zugutekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle möchte ich auch einmal eindringlich auf die besonderen gesundheitlichen Gefahren für jene Menschen hinweisen, die mit der Anwendung von Glyphosat befasst sind.

Ein besonders problematischer Anwendungsbereich des Breitbandherbizids ist der öffentliche Raum. In öffentlichen Parks, Gärten und auf Spielplätzen muss deshalb auf den Einsatz von Glyphosat unbedingt verzichtet werden. Oder finden Sie es etwa entspannend, wenn Ihre Kinder oder Enkel und vielleicht auch Ihr Haustier direkt mit dem Pflanzengift in Kontakt kommen? - Dann: Guten Appetit! Daher ist es sehr zu begrüßen, dass bundesweit zahlreiche Kommunen auf die Anwendung von Glyphosat im öffentlichen Raum verzichten. Solche Initiativen sind ausdrücklich zu unterstützen und dienen als gute Beispiele, die zur Nachahmung animieren sollen.

Ebenso wichtig ist uns hierbei der private, eben der nichtlandwirtschaftliche Bereich. Auch dort wird Glyphosat eingesetzt, erworben aus dem Giftschrank im Baumarkt oder im Internet. Niemand kann hier den sachgerechten Umgang oder Einsatz sicherstellen, selbst wenn der Verkauf im Baumarkt eine Fachberatung erfordert. Doch selbst diese ist nicht zu 100 % garantiert. Eigene

Erfahrungen sollten Sie das auch schon gelehrt haben. Deshalb ist aus unserer Sicht der Verkauf in Baumärkten und insbesondere im kaum kontrollierbaren Internet zu untersagen, um eine unsachgemäße Anwendung zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Dass Glyphosat in den menschlichen Organismus gelangt, ist unstrittig. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Jahr 2016 die Ergebnisse einer Untersuchung von 2 000 Freiwilligen veröffentlicht, die ihren Urin auf Glyphosatrückstände haben untersuchen lassen. Dabei wurde Glyphosat in 99,6 % der Proben festgestellt, noch dazu in wesentlich höheren Konzentrationen als der zulässige Grenzwert für Trinkwasser.

Zuvor war bereits Glyphosat in Bier nachgewiesen worden. Und es liegt nahe, dass Glyphosat auch über Nahrung und Trinkwasser aufgenommen wird. Deshalb muss der direkte Eintrag in die Lebensmittelkette endlich unterbunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern daher, dass die Vorerntebehandlung, die sogenannte Sikkation, mit Glyphosat verboten wird. Ich erinnere nur noch einmal an meine oben genannten Ausführungen zum glyphosathaltigen Honig, der als Sondermüll zu entsorgen ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, Risikominimierung und Vorsorge, Gesundheits- und Umweltschutz müssen die Messlatte für verantwortungsbewusstes Handeln sein. Da dies von Monsanto und Co. nicht zu erwarten ist, fordern wir eine zusätzliche Abgabe beim Kauf von Pflanzenschutzmitteln. Dafür soll sich die Landesregierung auf der Bundesebene einsetzen. Die so eingenommenen Mittel sollen in Programme zur Erhaltung der Biodiversität auf Ackerflächen fließen. Das wäre wirklich vernünftig ausgegebenes Geld.

Lassen wir nicht noch mehr Zeit verstreichen, sondern handeln wir verantwortungsbewusst und nachhaltig zum Schutz der Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Umwelt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich, Herr Loth hat sich zu Wort gemeldet.

(Zuruf von Kerstin Eisenreich, DIE LINKE)

- Bitte?

(Zuruf von Kerstin Eisenreich, DIE LINKE)

- Herr Loth, wollen Sie eine Intervention machen?

(Hannes Loth, AfD: Ja!)

- Bitte schön.

Hannes Loth (AfD):

Danke sehr, verehrter Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Eisenreich, ich möchte, dass Sie zur Kenntnis nehmen, dass eine Kompromissbewertung des Breitbandherbizides von Joint Meeting on Pesticide Residues, JMPR, im Jahr 2016 davon ausgeht, dass bei fachgerechter Anwendung von diesem Pflanzenschutzmittel mit diesem Wirkstoff Glyphosat keine Krebsgefahr ausgeht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich hat die Möglichkeit, speziell darauf zu antworten. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren der Deutschen Steuergewerkschaft Sachsen-Anhalt in diesem Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

In der Debatte sind fünf Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Glyphosat ist ein Pflanzenschutzmittelwirkstoff mit nicht selektiver systemischer Wirkung. Dieser wird in Total- bzw. Breitbandherbiziden zur Vernichtung von Ungräsern und Unkräutern eingesetzt. Seine breite Anwendung findet er in Pflanzenschutzmitteln wie Roundup, die in der Regel auf dem Kulturland, in den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft sowie im Haus- und Kleingartenbereich eingesetzt werden.

Allerdings kann auf Antrag in Ausnahmefällen auch der Einsatz auf sogenanntem Nichtkulturland, unter anderem an Straßenrändern, an Gräben und im öffentlichen Raum wie Straßen, Wegen, Plätzen, Parks, Sport- und Freizeitanlagen usw. sowie befestigten Flächen auf Betriebsgeländen genehmigt werden.

Festzustellen ist, dass Glyphosat in erheblichen Mengen im Umlauf ist und durch seine einfache und vielseitige Verwendung eine weite Verbreitung erfahren hat. Die Auswirkungen sind bekannt.

Glyphosat findet sich nicht nur im Boden und im Wasser, sondern in wachsendem Maße in Lebensmitteln und im Körper von Menschen und Tieren wieder. Diese Entwicklungen und die wachsenden Erkenntnisse über Aus- und Nebenwirkungen dieses Wirkstoffs weltweit beunruhigen nicht nur Fachleute, sondern zunehmend auch die Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion über die Zulassung und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere unter anderem von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln, mehr als notwendig, sie ist zwingend. An erster Stelle stehen die Gesundheit von Mensch und Tier sowie der Schutz der Umwelt und Natur vor negativen Wirkungen.

Wenn wir etwas nicht genau beurteilen und bewerten können, wenn der Erkenntniszuwachs über ein Produkt steigt, wenn Nebenwirkungen erst langfristig sichtbar werden, dann ist Vorsorge zu treffen.

Wissenschaft und Forschung sowie die Entwicklung neuer Techniken, Verfahren und Mittel müssen Risiken und Gefahren für Mensch, Umwelt und Natur minimieren und nach Möglichkeit ausschließen.

Der Wirkstoff Glyphosat ist seit über 40 Jahren auf dem Markt. Er wird in vielen Kulturen zur Bestandspflege und zur Pflanzenregulierung eingesetzt. Bei sachgerechter Anwendung und unter Praxisbedingungen dachten viele bisher, Glyphosat sei unbedenklich. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Auftretens von Nebenwirkungen und Resistenzen kamen in den letzten Jahren zunehmend Zweifel an dieser Einschätzung auf. Die Aussage, nur ein nicht sachgemäßer Einsatz bzw. eine fehlerhafte Anwendung hat negative Wirkungen zur Folge, ist meines Erachtens zu einfach.

Verwirrend ist zudem, dass es zum Thema Glyphosat sehr unterschiedliche und widersprüchliche Aussagen von Wissenschaftlern, Instituten und Behörden gibt. So kam die Europäische Chemikalienagentur ECHA bei ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, Glyphosat sei nicht krebserregend. Die Organisation International Agency for Research on Cancer IARC, ein Tochterunternehmen der WHO, stuft Glyphosat dagegen als wahrscheinlich krebserregend ein. Das ist nach der Stufe „krebserregend“ die zweithöchste Gefährdungsstufe. Um Klarheit und Vertrauen bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln für eine sichere und umweltneutrale Nahrungsmittelerzeugung zu schaffen, bedarf es daher weitergehender Beurteilungen.

Auch wenn ich die Verlängerung der Zulassung des Wirkstoffs ohne Ausstiegsszenario falsch finde, begrüße ich doch, dass diese Zustimmung wenigstens an die nachfolgenden Bedingungen geknüpft wurde: erstens stärkere Berücksichtigung des Schutzes und der Auswirkungen auf die Biodiversität in den Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, zweitens Aufklärung widersprüchlicher Bewertungen und drittens Erhöhung der Transparenz der Bewertungen in den Genehmigungsverfahren der Pflanzenschutzmittelzulassung.

Auch die EU-Kommission hat umgehend reagiert und hierzu am 12. Dezember dieses Jahres angekündigt, mehr Transparenz bei der wissenschaftlichen Bewertung von Glyphosat einzuräumen. So sollen unter anderem zukünftig wissenschaftliche Studien öffentlich zugänglich sein.

In Sachsen-Anhalt haben wir uns im Koalitionsvertrag auf die Fahnen geschrieben, unser wertvolles Naturerbe zu bewahren und weiterzuentwickeln und die biologische Vielfalt zu schützen. Genau hier müssen wir ansetzen. Über den dramatischen Insektenschwund in Deutschland und Teilen Europas haben wir erst kürzlich in diesem Hause debattiert. Mit der verstärkten Förderung des ökologischen Landbaus in Sachsen-Anhalt gehen wir bereits in die richtige Richtung, um wieder mehr Biodiversität in die Agrarlandschaft zu bringen.

Im Leitbild „Landwirtschaft 2030“ werden wir unsere Vorstellungen zur grundsätzlichen Verfahrensweise im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln einschließlich Glyphosat darlegen, und wir werden darauf drängen, dass vonseiten der Bundesregierung alles unternommen wird, um den Schutz von Verbrauchern und Verbraucherinnen und der Umwelt zukünftig besser zu gewährleisten. Nach fünf Jahren muss ein endgültiger Ausstieg erfolgen - ohne Wenn und Aber.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Damit ist uns für die nächste Zeit eine große Aufgabe gegeben. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Roi hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Herr Präsident, vielen Dank. - Frau Ministerin, Sie haben jetzt wieder davon gesprochen, was alles in den nächsten fünf Jahren zu machen ist. Die Frage ist: Es gibt bereits einige Dinge. Sie haben Glyphosat in Körpern von Tieren und Menschen angesprochen. Nun gibt es den Rückstandskontrollplan. Meine Frage ist, was Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten vor dem Hintergrund dieses schon existierenden Rückstandskontrollplanes als Land Sachsen-Anhalt vorgeschlagen haben, dass deutschlandweit verstärkt auf diese Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln - in dem Fall besonders Glyphosat - beprobt wird. Nur mit solchen Planproben kann man bestimmte Äußerungen, die momentan in der Gesellschaft diskutiert werden, überprüfen. Mich interessiert, was Sie dazu bereits unternommen haben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ich habe dazu ausgeführt, dass wir im Moment in einer Situation sind, dass auf EU-Ebene die Genehmigung von Glyphosat um fünf Jahre verlängert wurde, was wir sehr bedauern. Die Regelungsmöglichkeiten liegen jetzt bei der Bundesregierung. Dabei geht es einmal um die Vorsorgeaspekte bei der Wirkstoffbewertung. Es geht um die Forschung und Entwicklung von Alternativen, auch um den vollständigen Verzicht von Glyphosat in Parks, Gärten und auf Spielplätzen, dass Glyphosat nicht mehr in Bau- und Gartenmärkten verkauft wird und vieles mehr. Der Ball liegt jetzt im Feld der Bundesregierung. Das ist Regelungszuständigkeit der Bundesregierung. Wir werden im engen Kontakt mit der Bundesregierung darauf drängen, dass diese Maßnahmen ergriffen werden. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu Fragen und danke der Ministerin für die Ausführungen. - Wir fahren fort. Für die CDU spricht der Abg. Herr Heuer. Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht verwundern, dass wir dazu eine ganz andere Meinung haben, Frau Eisenreich. Ihr Antrag ist aus unserer Sicht ein Schaufensterantrag, weil Sachsen-Anhalt diesen nur bedingt umsetzen kann. Die Ministerin hat es ganz klar gesagt. Der Ball liegt beim Bund. Die CDU-Fraktion begrüßt die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat um weitere fünf Jahre. Diese Entscheidung der Europäischen Union ist die einzig richtige. Bei einem Verbot des Glyphosats hätte das unvorhersehbare Folgen - nicht nur für die Landwirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, Ihr Antrag zeugt von Hysterie und Panikmache. Ich fordere Sie auf, wieder wissenschaftlich fundierte Argumente zur Basis von Entscheidungen zu machen. Der Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung Hensel fordert zu Recht, die Wissenschaft nicht als Kampfmittel zu missbrauchen. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, wurde das BfR unter einer grünen Ministerin 2002 geschaffen.

Wie Institutionen zum Teil für eigene Interessen bewusst unterschiedlich interpretiert werden, zeigen Bewertungen der ECHA. Bei der Verbotsdiskussion von Neonicotinoiden beriefen sich viele gern auf die ECHA. Bei der Glyphosat-Diskussion tun sie das natürlich nicht; denn hier taugen die Aussagen des derzeitigen Präsidenten nicht für Panikmache. Auch die Krebsforschung der WHO kam lediglich zu dem Schluss, Glyphosat ist wahrscheinlich krebserregend.

Jetzt frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN: Wer raucht von Ihnen? - Einige treffe ich ab und zu einmal im Innenhof. Wer trinkt auch einmal ein Schnäpschen? - Sie hatten gestern Weihnachtsfeier.

(Zurufe von der LINKEN)

Wer isst Pommes? Wer isst rotes Fleisch? - Salami ist nachweislich krebserregend. Oder Bitterschokolade: Nachweislich ist der aus Südamerika importierte Kakao mit Cadmium versetzt. Warum importieren wir diesen?

Auch ist es inzwischen unerträglich, dass die konventionelle Landwirtschaft massiv diskreditiert wird. Warum wird der Glyphosateinsatz nur in der Landwirtschaft thematisiert? - Niemand von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, spricht über die 75 t Glyphosat, die die Bahn auf ihren 33 500 km Schienennetz einsetzt. Das entspricht einer Fläche von 50 000 bis 70 000 ha. Niemand von Ihnen spricht von kommunalen Aufgaben wie Straßenunterhaltung.

(Zuruf von der LINKEN)

Sie haben gesagt, im öffentlichen Bereich wollen Sie es nicht mehr einsetzen. - Wollen wir das Unkraut im Straßenpflaster in Wohngebieten wieder mit dem Messer herausschneiden? Oder was wollen wir tun?

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wollen wir in der Landwirtschaft wieder zum dauernden Pflügen und zum Rübenhacken zurückkehren? Oder sind Sie der Meinung, das Pflügen wäre besser für die Biodiversität der Böden?

Wer weiß von Ihnen, wofür Glyphosat eigentlich entwickelt wurde? - Es wurde für die Bekämpfung der Quecke entwickelt. Was passiert, wenn man eine Quecke mechanisch bekämpft? - Als Kind musste ich im Garten beim Graben diese Quecken heraussuchen, was heute übrigens nach der Logik vieler aufgrund der Feinstaubbelastung undenkbar wäre. Es ist Queckenvermehrung; denn aus einer werden zwei, dann vier, dann acht usw. Der Rest ist Mathematik.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da ich auch in dieser Welt lebe, ist mir bewusst, dass diese gesellschaftliche Debatte nicht mehr umkehrbar ist. Jedoch brauchen wir jetzt kein Verbot, sondern eine Diskussion darüber, in welchen Be-

reichen wir diesen Wirkstoff noch benötigen. Diese Diskussion muss auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und nicht auf der Basis von Vermutungen, Verdächtigungen und unangebrachter Panikmache geführt werden.

Diese Diskussion können wir gern in den Ausschüssen führen. Dort gehören sie auch hin. Deshalb beantragen wir die Überweisung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und mitberatend in den Ausschuss für Umwelt und den Ausschuss für Inneres. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen und danke dem Abg. Heuer für die Ausführungen. - Für die AfD spricht der Abg. Herr Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen! Die Totalherbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat sind mittlerweile wortwörtlich in aller Munde. Die Debatte um diesen Wirkstoff ist, gelinde gesagt, sehr verengt, hochemotional und - wir haben es von den LINKEN gehört - oft unsachlich.

(Beifall bei der AfD)

Zu den Fakten gehört leider auch, wie ein Film über den Einsatz zum Beispiel von „Roundup“ in Argentinien deutlich zeigt, dass das Mittel, wenn es nicht ordnungsgemäß angewandt wird, zu schweren Schäden führen kann. Ebenfalls gehört zur Wahrheit, dass mit dem Mittel „Roundup“, das Sie vorhin beworben haben, oft Emotionen verbunden sind, die man der Firma Monsanto zufügt. Wenn man darüber nachdenkt, muss man sagen, dass diese Firma wieder mit dem bösen Genmais verbunden wird und eine Weltfirma darstellt, die alle Bauern mit patentiertem Saatgut unterjochen und abhängig machen möchte.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: So ist es!)

Denken Sie, Herr Striegel. Aber zu Ihnen kommen wir auch noch. - Auf der anderen Seite gehört auch zur Wahrheit, dass dank der Altparteien und der GRÜNEN der Diesel teuer ist und somit die Behandlung eines Feldes mit Spritzmitteln weitaus günstiger ist als die mechanische Unkrautbekämpfung, zum Beispiel mit einem Striegel - nicht dem GRÜNEN hier, das machen wir nicht, aber das Ackergerät.

(Beifall bei der AfD)

Ein Ausstieg aus dem Gebrauch von Glyphosat ist gesellschaftlich gewollt. Dieser Wunsch ist klar, und natürlich muss dem gefolgt werden. Aber wir können unsere Landwirte nicht ungebremst vor eine Mauer fahren lassen. Wie schon die Energiewende gezeigt hat, darf ein Ausstiegsprozess nicht überstürzt werden. Nein, er muss durchdacht schrittweise und kontrolliert erfolgen.

Wie das mit dem vorliegenden Antrag der LINKEN geschehen soll, kann man nur erahnen, da die Forderungen wie sehr oft fachlich nicht untermauert sind. Eine inhaltliche Zusammenarbeit mit den LINKEN, um im Rahmen des Wählerauftrages ein Problem zu lösen, ist leider nicht möglich, da offenbar ideologische Barrieren errichtet werden, die den LINKEN weitaus lieber sind, als das Volk zu retten. Darum werden wir zukünftig grundsätzlich keinem ihrer Anträge mehr zustimmen oder überhaupt Beachtung schenken, wenn es darin weiterhin gravierende sachliche Mängel wie in diesem Antrag gibt.

Sie fordern im Antrag einen Leitfaden zur Minimierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Zu Ihrer Information: Es gibt seit Langem länderübergreifende Arbeitsgruppen, die sich genau mit diesen Strategien befassen. An dieser Stelle meinen Dank an Herrn Prof. Dr. Holz von der LLG und seine unterfinanzierten Arbeitsgruppen, die regelmäßig ein Pflanzenschutzberatungsheft herausgeben, in dem solche Strategien veröffentlicht werden - in Ostdeutschland zusammengefasst.

Sie fordern, dass Alternativen zum Glyphosat, zum Beispiel vielleicht das reproduktionstoxische Glufosinat oder andere Pflanzenschutzmittel, die auch im Ökolandbau angewandt werden, wie zum Beispiel Kupferpräparate, die wiederum Salze von Schwermetallen bilden und den Boden belasten, verstärkt gefördert werden. Man fragt sich, liebe LINKE: Haben Sie einen neuen Sponsor?

Damit - Herr Lange ist leider nicht mehr hier - noch einige Worte zu Ihrem rot-grünen Zukunftsgarten, für den Sie bei Frau Ministerin Dalbert sicherlich einige Schmusepunkte sammeln werden, weil Sie mit einer Pflanzenschutzsteuer und mit der ausschließlich ökologisch bewirtschafteten Art und Weise im Land vorwärtskommen wollen. Ich sage Ihnen, in Sachsen-Anhalt hängen 15 000 Arbeitsplätze an der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie, dem Hauptindustriezweig in diesem Land. Diese Arbeitsplätze werden von Firmen getragen, die hochqualifizierte Lebensmittel für den Weltmarkt herstellen und deshalb entsprechend nachgefragt werden. Wie wollen Sie diese Lebensmittelherstellung mit Ökolandbau bedienen?

Der Anstieg der Weltbevölkerung und damit der Nachfrage nach Lebensmitteln scheint Herrn Lange offenbar nicht bekannt zu sein. Stattdessen macht die LINKE die europaweit besten Acker-

böden zu einer Spekulationswiese für Experimente, die wir uns nicht mehr leisten können.

Im Übrigen: Woher nehmen Sie die Arbeitskräfte, die mit entsprechender Motivation und Leistung bei Wind und Wetter in diesem Ökogarten fachgerecht arbeiten? Haben Sie einmal durchkalkuliert, was an Bearbeitungsgängen mit entsprechender Arbeitsleistung zusammenkommt?

Als Fazit bleibt zu sagen, dass die Gesellschaft eine glyphosatfreie Landwirtschaft wünscht. Sie muss aber auch bereit sein, diese zu bezahlen. Reden wir darüber im Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich dem Abg. Loth für die Ausführungen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE, geht zum Rednerpult)

Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Barth. - Frau Frederking, Sie sind beim nächsten Mal dran.

(Guido Heuer, CDU: Sie wollte sich nur vordrängeln!)

Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes - das kann ich meinen Kollegen von der CDU natürlich nicht ersparen - möchte ich festhalten, dass der Alleingang von Bundesagrarminister Schmidt

(Florian Philipp, CDU: Richtig war!)

in der Geschichte seinesgleichen sucht.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Er war ohne Zweifel ein Affront gegenüber Umweltministerin Hendricks, die aus der Sicht des Naturschutzes die durchaus berechtigte Forderung nach einem Ausstieg oder zumindest nach einer deutlichen Einschränkung des Einsatzes von Glyphosat geltend gemacht hat. Dass ein solches Vorgehen die künftige Zusammenarbeit belastet, wenn sie denn kommen sollte, was auch noch in den Sternen steht, steht außer Frage.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Meine Damen und Herren! Glyphosat ist ein hochwirksames und zugleich preiswertes Herbizid. Das Patent lief im Jahr 2000 aus. Seither vertreiben mehr als 40 weitere Hersteller glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel.

Die Nebenwirkungen, welche lange Zeit eher eine untergeordnete Rolle gespielt haben, sind in der Tat die negativen Auswirkungen der vollständigen Vernichtung aller Kräuter und Gräser auf den Ackerflächen, wodurch Insekten und Feldvögel großflächig ihre Lebensgrundlage verlieren. Von daher zumindest ist es angebracht, den Einsatz von Glyphosat zu begrenzen und Kompensationsmaßnahmen für den Artenschutz einzuführen.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Ein vollständiges Verbot von Glyphosat hingegen bedarf des Vorhandenseins von Alternativen, welche zumindest annähernd eine ähnliche Ertragsstabilität aufweisen.

Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE macht im Vorspann ihres Antrags erst einmal einen Generalangriff gegen Pflanzenschutzmittel überhaupt. Dass Pflanzenschutzmittel Auswirkungen auf die Umwelt haben, wird sicher niemand bezweifeln. Den Nutzen dieser Mittel aber vollständig auszublenden halten wir für nicht angemessen. Natürlich muss es darum gehen, den Einsatz nach dem Schadstellenprinzip auf das notwendige Maß zu reduzieren.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Ein vollständiger Verzicht hingegen kann auch negative Folgen haben. Ich denke nur an Schadpilze, welche Pilzgifte bilden, die hochgradig krebserregend sein können.

Meine Damen und Herren! Was die Erarbeitung eines Leitfadens zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln betrifft, ist eine solche Forderung natürlich schnell zu Papier gebracht.

Sie schreiben, die gute fachliche Praxis bilde lediglich die Basis. Mir ist nicht schlüssig, wie das zu verstehen ist. Wir haben in Deutschland ein anerkanntes Fachrecht. Dieses ist nicht statisch, sondern entwickelt sich entsprechend den Erkenntnissen und den gesellschaftlichen Anforderungen. Der richtige Weg ist es doch, dass der Artenschutz eine größere Rolle bei der guten fachlichen Praxis einnimmt.

Welche Verbindlichkeiten soll denn ein Leitfaden gegenüber den landwirtschaftlichen Betrieben haben? - Bei der Verpachtung landeseigener Flächen gibt es sicherlich Möglichkeiten. Alles andere dürfte aber nur auf Freiwilligkeit bzw. auf der Gewährung von Ausgleichszahlungen bzw. Fördermitteln beruhen. Entsprechende Förderprogramme, die auch zielorientiert sind, haben wir bereits im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen.

Auch dürfte den Kollegen von der Fraktion DIE LINKE kaum entgangen sein, dass die in Punkt 3 angeführte Alternative zum Glyphosateinsatz, der ökologische Landbau, bereits auf dem höchstmöglichen Niveau gefördert wird. Ich denke, dar-

über hinauszugehen dürfte kaum möglich sein, weil uns dafür einfach die Finanzen fehlen.

Mit der Einrichtung eines Lehrstuhls für Ökolandbau an der MLU und eines Fachschullehrgangs für ökologischen Landbau hat das Land auch im Hinblick auf Forschung und Entwicklung beim alternativen Pflanzenschutz deutliche Fortschritte gemacht.

Zu Punkt 5: Was die Frage des Einsatzes von Glyphosat zur terminlich gezielten und gleichmäßigen Abreife betrifft, sind wir uns darin einig, dass dies unterbunden werden muss. Auch der Berufsstand zeigt sich insoweit durchaus einsichtig und verzichtet zumindest in Sachsen-Anhalt darauf.

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Antrag ist in seiner vorliegenden Fassung ein ziemlicher Schnellschuss. Wir sollten in den Ausschüssen der Frage nachgehen, welche Möglichkeiten wir haben, um den Einsatz von Glyphosat zu reduzieren, und wir sollten auch der Frage nachgehen, welche Kompensationsmöglichkeiten sich anbieten.

Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, den Antrag an die Ausschüsse zu überweisen. Ich denke, dem sollten wir folgen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich dem Abg. Barth für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Rothbart! Sehr geehrter Herr Rehhahn! Lieber Guido Heuer! Ich möchte vorweg betonen: Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig. Landwirtschaft sichert unsere Lebensgrundlagen. Die wertvolle Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte muss honoriert werden mit anständigen Erzeugerpreisen. Dazu wollen und müssen wir auch von politischer Seite gute Rahmenbedingungen schaffen. - Das war das Glaubensbekenntnis am Anfang, damit das klar ist. Trotzdem müssen wir uns den Herausforderungen stellen.

Fünf weitere Jahre für Glyphosat, das ist erschreckend. Das Entsetzen ist so groß, dass sich eine noch breitere Ablehnung in der EU formiert hat. Man kann jetzt schon davon ausgehen, dass es in fünf Jahren keine erneute Zulassung geben wird.

(Bernhard Daldrup, CDU: Das wissen wir nicht!)

Glyphosat hat zwar eine Galgenfrist bekommen, aber der Anfang vom Glyphosatende ist eingeleitet worden.

Es gibt vertretbare Gründe, ein Gift abzulehnen, das der Artenvielfalt schadet und dessen Potenzial, Krebs zu erregen, nicht endgültig geklärt ist.

Das Pflanzengift Glyphosat hat weder auf dem Acker noch auf öffentlichen Wegen und Plätzen etwas zu suchen und auch nicht auf privaten Flächen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das sieht auch der Handel so. Die Baumärkte haben Glyphosat längst aus den Regalen verbannt und das Online-Angebot wird auch immer spärlicher. Dennoch wäre ein allgemeines Verkaufsverbot für Glyphosat wünschenswert, erst recht beim Online-Handel; denn hierbei kann nicht einmal durch qualifiziertes Personal eine Beratung zur Anwendung von Pflanzengiften erfolgen.

Lieber Guido Heuer,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ist das der Weihnachtsfrieden?)

weil hier die Frage angesprochen wurde, wer sich um die öffentlichen Flächen kümmert, möchte ich noch etwas hinzufügen. Frau Eisenreich hat es in ihrer Rede schon gesagt, ich möchte es aber noch einmal betonen: Inzwischen haben sich mehr als 100 Städte und Gemeinden in Deutschland dafür entschieden, ihre Grünflächen ohne Pestizide oder mindestens ohne Glyphosat zu bewirtschaften. Mehr Wildkräuter erfreuen auf diese Weise unsere Augen und auch unsere Herzen.

Welche Alternativen gibt es?

(André Poggenburg, AfD: Hier!)

Es gibt Kehrmaschinen, Fugenkratzer, Absaugsysteme und Mähgeräte.

(Ulrich Thomas, CDU: Alternativen für Unkraut? - Unruhe)

- Ja, klar.

(Ulrich Thomas, CDU: Kehrmaschinen?)

- Klar. Das sind harte Bürsten; das alles steht im Internet. Die Städte, die bereits ausgestiegen sind, benutzen sie auch.

(Ulrich Thomas, CDU: Kehrmaschinen gegen Unkraut?)

In Niedersachsen wurde der Prozess für die Kommunen auch von Landesseite her gesteuert. Dazu gibt es einen Erlass des Landes.

(Ulrich Thomas, CDU: Gibt es nicht mehr lange!)

Das Pflanzenschutzamt des Landes wurde angewiesen, keine Ausnahmegenehmigung mehr für glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel auf Nichtkulturland nach Pflanzenschutzgesetz zu genehmigen.

Glyphosat tötet als Totalherbizid gnadenlos alle Pflanzen und vernichtet damit auch die Lebensräume für die Tiere, insbesondere für die Insekten und in der Kette auch für die Vögel.

(Ulrich Thomas, CDU: Besen gegen Unkraut! - Anhaltende Unruhe)

- Leute, ich bin ein bisschen auf eure Sachen und Fragen eingegangen. Das geht alles von meiner Zeit ab. Hört mir doch wenigstens zu.

(Ulrich Thomas, CDU: Wir verstehen es nicht!)

Das finde ich jetzt ein bisschen unfair. Ich habe mich wirklich schlaugemacht, welche Alternativen es gibt.

(Ulrich Thomas, CDU: Kehrmaschinen?)

- Ja, das sind Kehrmaschinen. Die holen das aus den Fugen heraus.

(Ulrich Thomas, CDU: Aber das geht doch nicht da, wo Kopfsteinpflaster ist!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, lassen Sie Frau Frederking erst einmal zu Ende reden. Dann haben Sie die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das dramatische Artensterben muss gestoppt und der Eintrag in die Umwelt muss aufgehalten werden. Dafür brauchen wir eine innovative Landwirtschaft. - Jetzt bin ich bei der Landwirtschaft. Auch in der Landwirtschaft haben wir schon längst Alternativen.

In den letzten zwei Jahren zuvor habe ich eine Veranstaltungsreihe dazu gemacht und habe auch mit den praktizierenden Landwirtinnen und Landwirten vor Ort darüber diskutiert, dass auch bei einer mechanischen Bodenbearbeitung und einer umfangreichen Fruchtfolge auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet werden kann. Es muss also nicht immer gepflügt werden, um unerwünschten Bewuchs mechanisch zu entfernen. Es gibt auch die nicht wendende Bodenbearbeitung. So reicht im Getreideanbau oft bereits das Striegeln oder Grubbern aus.

(Ulrich Thomas, CDU: Striegeln! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ihr werdet euch noch wundern, was alles gestriegelt werden wird!)

Bei Gemüsekulturen kommt die thermische Unkrautbekämpfung zum Einsatz. In der Zukunft könnten auch Roboter die Entfernung von Beikräutern übernehmen.

Darüber hinaus muss natürlich auch weiter nach innovativen Lösungen geforscht werden. Der Ökolandbau wurde bereits erwähnt. Er macht es schon vor, dass es auch ohne Pflanzenschutzmittel geht. Ab dem nächsten Jahr werden wir in Sachsen-Anhalt 17 000 ha Ökolandbaufläche mehr haben.

Herr Präsident, ich hoffe, aufgrund der Zurufe gewähren Sie mir 30 Sekunden mehr Redezeit.

(Widerspruch bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Nein! - Ulrich Thomas, CDU: Nein! Das geht nicht!)

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gehört zu den stärksten Treibern des Artensterbens. Die ökologischen Gleichgewichte sind aus den Fugen geraten. Chemikalien dürfen nicht weiter die ökologischen Funktionen ersetzen, die zuvor durch die intensive Landwirtschaft zerstört wurden.

Die Debatte über Glyphosat sollte deshalb genutzt werden, um den Einsatz von allen Pestiziden zu reduzieren und um einen Paradigmenwechsel einzuleiten, weg von der Intensivierung der Landwirtschaft hin zu für die Artenvielfalt freundlichen Flächen und einer flächendeckenden Ökologisierung.

Dieser Aufwand - das habe ich auch Jürgen Barth gesagt - muss bezahlt werden. Wir sehen in der Kennzeichnung von Lebensmitteln einen Schlüssel, um die Wertschätzung von Lebensmitteln zu steigern und die Zahlungsbereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhöhen.

Ein nationales Verbot von Glyphosat ist schwierig. Deshalb schlagen wir vor, dass wir hier in Sachsen-Anhalt eine Pestizidminderungsstrategie auf den Weg bringen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, es ist jetzt schon eine Minute überzogen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Silke Schindler, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Sie haben noch die Möglichkeit, weiter zu sprechen. Es gibt noch zwei Fragen, zunächst eine von Herrn Büttner von der AfD.

(Robert Farle, AfD: Wir sind Kavaliere!)

Matthias Büttner (AfD):

Herr Präsident, ich möchte noch etwas zu der zusätzlichen Redezeit sagen. Ich möchte doch darum bitten, dass wir die Redezeit so einhalten, wie sie vorgesehen ist.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Kleinlich!)

- Nein, das hat nichts mit kleinlich zu tun. Wenn ich da vorne stehe, dann muss ich mich auch ständig anbrüllen lassen von Ihren Fraktionskollegen, insbesondere von Herrn Striegel, der ständig dazwischenbrüllt. Ich fordere deswegen auch nicht mehr Redezeit ein.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Darf ich dazu etwas sagen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Einen kleinen Moment mal! - Herr Büttner, der Vollständigkeit halber muss ich sagen, die Ministerin hat auch um etwas mehr als eine Minute überzogen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Jürgen Barth, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Deshalb war das hier kein Sonderkontingent. Ich habe es nicht extra bekannt gegeben, sondern habe deshalb Toleranz walten lassen, wenn einer etwas überzieht. Ansonsten wird die Redezeit immer vom Präsidenten festgelegt und Zugeständnisse werden auch nur vom Präsidenten gemacht.

(Robert Farle, AfD: Genau! Bleib Kavalier! Willi Kavalier!)

Frau Frederking, Sie haben noch einmal das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ja, ich möchte dazu ergänzen: Ich muss hier nicht auf Zwischenrufe reagieren, sondern ich habe lediglich ein bisschen ausführlicher das erklärt, was in den vorherigen Reden an Fragen aufgetaucht ist.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Loth hat noch eine Frage. - Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Frau Kollegin Frederking, ich möchte nur eine Ja/Nein-Antwort von Ihnen auf die Frage haben: Ist Ihnen die Pflanzenschutzempfehlung für unsere Landwirte bekannt, welche die LLG und deren Partner in den Ländern Brandenburg und Thüringen jährlich herausgeben?

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ist mir was bekannt? Der Leitfaden, oder was?

Hannes Loth (AfD):

Das Ding nennt sich „Pflanzenschutzempfehlung“.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Jetzt konkret für was?

Hannes Loth (AfD):

Danke. Diese wird für unsere Landwirte jährlich herausgegeben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh!)

Darin steht, wie viele Pflanzenschutzmittel genutzt werden dürfen auf einem Hektar für die und die Kultur, damit nichts passiert und eingespart werden kann usw. Daran wird geforscht, daran wird gearbeitet. Nur leider gibt es im Land Sachsen-Anhalt zu wenig Geld dafür, um diese Forschung wirklich intensiv zu betreiben, sodass die Leute immer nur herumheulen und in der LLG wirklich schlecht dran sind, um dieses fortzuführen. - Danke.

(Ulrich Thomas, CDU: Keine Frage!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, wenn Sie noch einmal antworten möchten, dann haben Sie das Wort.

(Ulrich Thomas, CDU: Das war keine Frage!)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Also, dass in Bernburg die Expertinnen und Experten sitzen und dass diese auch beraten, ist mir bekannt. Aber jetzt konkret, welche Menge Glyphosat je Hektar ausgebracht wird - -

(Hannes Loth, AfD, hält ein Dokument hoch)

- Das Buch kenne ich nicht. Ich weiß aber, dass die Arbeit gemacht wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Frederking für die Ausführungen. - Als Schlussrednerin hat noch einmal Frau Eisen-

reich von der Fraktion der LINKEN das Wort. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke schön. - Ich muss gar nicht viel sagen. Ich finde es spannend, dass es hier in der Diskussion durchaus sehr sachliche Beiträge gegeben hat von denjenigen, die zugehört und verstanden haben, was wir hier beantragt und in der Rede erläutert haben. Dass es anderen nicht so gegeben war, ist schade, aber nicht zu ändern.

Vielleicht machen Sie sich im Nachhinein noch einmal mit meiner Rede vertraut und dann lassen Sie uns, wie vorgeschlagen, in den Ausschüssen diskutieren. Ich finde auch Ihren Vorschlag, Frau Frederking, ganz gut, den Sie zum Schluss gemacht haben. In diesem Sinne stimmen wir auch einer Überweisung zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich, Herr Loth hatte sich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Kerstin Eisenreich, DIE LINKE, schüttelt den Kopf)

Nein. - Herr Loth, eine Intervention eventuell noch.

Hannes Loth (AfD):

Dann interveniere ich kurz. - Und zwar möchte ich sagen, dass mir kein Fall in Deutschland bekannt ist, wo es bei Schweinen zu Missbildungen gekommen ist, wo Futtermittel verwendet wurde, das in Deutschland produziert wurde. Ich kann Ihnen auch - wenn es gewollt ist - Unterschiede zwischen der Landwirtschaft in Deutschland und in den futtermittelproduzierenden südamerikanischen Staaten nennen. Dann kann ich Ihnen auch erzählen, wieso es möglicherweise dort zu Verunreinigungen kommt, die bei uns eingetragen werden. Die deutschen Landwirte hier an den Pranger zu stellen finde ich in Ihrem Antrag unmöglich. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Danke für die Ausführungen. - Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Ich konnte wahrnehmen, dass der Vorschlag unterbreitet wurde, den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drs. 7/2193 in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Umwelt und Energie und in den Ausschuss für Inneres. Ist das so richtig?

Wenn das so ist, dann bitte ich um das Handzeichen, wenn die Überweisung eine Zustimmung erfahren soll. - Ich sehe Zustimmung bei den Fraktionen der AfD und der LINKEN sowie bei den anderen Fraktionen, ich würde fast sagen, im kompletten Haus.

Ich frage aber noch einmal: Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe zwei Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Somit ist der Überweisung in die entsprechenden Ausschüsse zugestimmt worden.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 17

Zweite Beratung

Kinderarmut - ein Armutszeugnis in einem reichen Land!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/1487**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration - **Drs. 7/2198**

(Erste Beratung in der 29. Sitzung des Landtages am 21.06.2017)

Berichterstatter ist der Abg. Herr Siegmund. Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (Berichterstatter):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/1487 wurde in der 29. Sitzung des Landtages am 21. Juni 2017 zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung überwiesen.

Der Antrag widmet sich der Bekämpfung der Kinderarmut in unserem Land und enthält dafür konkrete Forderungen an die Landesregierung wie zum Beispiel die Einführung eines Armutschecks ab 2019 bei allen Gesetzesinitiativen des Landtages und der Landesregierung.

Außerdem soll sich die Landesregierung im Bundesrat für konkrete Initiativen zur Verbesserung der finanziellen Situation von Kindern und Jugendlichen, zum Beispiel durch die Einführung einer Kindergrundsicherung, einsetzen.

In den zuständigen Ausschüssen soll die Landesregierung zudem ihre Vorhaben zur Bekämpfung von Kinderarmut vorstellen.

Der federführende Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat sich erstmals in der 15. Sitzung am 13. September 2017 mit dem Antrag be-

fasst. Dazu lag ihm ein Entwurf einer vorläufigen Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen mit neuer Textfassung und neuer Überschrift vor.

Die Koalitionsfraktionen legten darin besondere Bedeutung auf die Weiterführung und Ausweitung von Landesprogrammen zur Bekämpfung von Armut, wie - ich zitiere - Familien stärken, Perspektiven eröffnen oder Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben.

Auch die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepaketes, des Bildungsprogrammes „Bildung elementar“ und der gesetzliche Betreuungsanspruch seien aus Sicht der Koalition wichtige Bausteine, um Familien- und Kinderarmut entgegenzuwirken.

Schließlich plädierten die Koalitionsfraktionen dafür, die Landesregierung zu bitten, auch bei den Gesundheitszielen einen stärkeren Fokus auf Kinder und Jugendliche aus armen und von Armut bedrohten Familien zu legen.

Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der AfD lehnten diesen Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen ab, da dieser aus ihrer Sicht keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut enthalte und zu allgemein gefasst sei.

Dem entgegneten die Koalitionsfraktionen, dass der Umfang der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drs. 7/1655, deutlich mache, wie vielfältig die Maßnahmen seien. Außerdem würde dieses Thema den Ausschuss fortlaufend beschäftigen, sodass neue Überlegungen im politischen Raum jederzeit aufgegriffen werden könnten.

Schließlich wurde das vorgelegte Papier der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung gestellt und mit 7 : 5 : 0 Stimmen als vorläufige Beschlussempfehlung verabschiedet.

Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung hat sich in der 13. Sitzung am 9. November 2017 mit dem Antrag und der vorläufigen Beschlussempfehlung befasst. Im Ergebnis seiner Beratung hat er sich der vorläufigen Beschlussempfehlung mit 7 : 0 : 5 Stimmen angeschlossen.

Die abschließende Befassung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration mit dem Antrag fand in der 20. Sitzung am 13. Dezember 2017 statt. Hierzu lagen dem Ausschuss von der Fraktion DIE LINKE und von den Koalitionsfraktionen je ein neuer Entwurf für eine Beschlussempfehlung an den Landtag vor.

Die Fraktion DIE LINKE beantragte, der vorläufigen Beschlussempfehlung einen grundsätzlichen Absatz anzufügen, der die Aufforderung an die Landesregierung enthält, vor dem Hintergrund der von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 7. Dezember 2017 geforderten Einführung einer Grundsicherung im Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung konkret voranzubringen.

Diese Formulierung lehnten die Koalitionsfraktionen ab, da sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz lediglich verständigt habe, den Arbeitsprozess für die Einführung einer Kindergrundsicherung fortzusetzen. Die beantragte Ergänzung der Fraktion DIE LINKE im Text der Beschlussempfehlung suggeriere allerdings - so die Koalition -, dass dies bereits Beschlusslage sei. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde deshalb mit 2 : 7 : 2 Stimmen abgelehnt.

Der von den Fraktionen CDU, SPD und GRÜNE neu vorgelegte Entwurf für eine Beschlussempfehlung enthielt als Ergänzung zum Text der vorläufigen Beschlussempfehlung die Bitte an die Landesregierung, den Arbeitsprozess „Kindergrundsicherung“ im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz zu begleiten.

Dieser Entwurf wurde mit 7 : 2 : 2 Stimmen vom Ausschuss angenommen und als Beschlussempfehlung an den Landtag verabschiedet.

An dieser Stelle bitte ich - jetzt noch ein kleiner Einwurf, weil etwas schief gegangen ist -, in der Beschlussempfehlung, die Ihnen in der Drs. 7/2198 vorliegt, eine Berichtigung vorzunehmen. Der Ausschuss hat zwar die Beschlussempfehlung in der Ihnen vorliegenden Fassung verabschiedet, jedoch fehlte darin versehentlich ein bereits in der vorläufigen Beschlussempfehlung angenommener Absatz, der ebenfalls Teil der Beschlussempfehlung sein sollte.

Dieser Absatz muss als vorletzter Absatz eingefügt werden und lautet wie folgt - ich zitiere -:

> „Der Landtag bittet die Landesregierung, bei den Gesundheitszielen des Landes einen stärkeren Fokus auf Kinder und Jugendliche aus armen oder von Armut bedrohten Familien zu legen. Diese sind stärker von gesundheitlichen Problemen wie Adipositas, Karies, ADHS, Fehlernährung, Sprachstörung oder psychischen Auffälligkeiten betroffen.“

Liebe Kollegen! Im Namen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration bitte ich das Hohe Haus, der Beschlussempfehlung einschließlich der soeben vorgetragenen Berichtigung zuzustimmen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich dem Abg. Siegmund für die Ausführungen. - Für die Debatte sind drei Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Ministerin

Frau Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema Kinderarmut wurde in diesem Hohen Hause bekanntermaßen bereits mehrfach diskutiert und behandelt. Auch wenn ich mich an der einen oder anderen Stelle wiederhole, ist es mir wichtig, Ihnen erneut vier wesentliche Punkte zu benennen.

Erstens - das sage ich immer wieder - ist Kinderarmut Familienarmut. Das ist inzwischen hinreichend bekannt. Soll Kindern und Jugendlichen geholfen werden, dann muss den Familien geholfen werden.

Die Arbeits- und Beschäftigungspolitik ist dabei ein ganz zentraler Ansatzpunkt, um Kinderarmut entgegenzuwirken. Programme zur Begleitung von Familien zur Förderung von Qualifikation und Weiterbildung sowie zur Unterstützung und Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt gehören deshalb selbstverständlich in den Instrumentenkasten der Landesregierung.

Zweitens. Der Blick ist auf die Kinder selbst zu richten. Die Armutsforschung verweist auf den Zusammenhang zwischen Armut und Bildung. Deshalb verfolgt die Landesregierung das Ziel, allen jungen Menschen über Bildung gute Voraussetzungen für den Start in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Das Kinderförderungsgesetz spielt dabei eine ganz zentrale Rolle. Es leistet durch Förderung, Bildung und Betreuung einen wichtigen Beitrag, um soziale Ausgrenzung und Armut zu verhindern.

Lassen Sie mich zu einem dritten Punkt kommen. Kinder und Jugendliche haben einen Rechtsanspruch auf Mitmachen, auf Teilhabe. Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, kurz BuT genannt, werden inzwischen gut angenommen, auch da es immer bekannter wird. Dennoch muss weiter für die Nutzung der Leistungen geworben werden, um Kindern und Jugendlichen den Zugang umfassender Teilhabe zu erleichtern.

Und viertens - das ist in der Berichterstattung schon gesagt worden - zeigt unsere Gesundheitsberichterstattung, dass Kinder und Jugendliche in armen oder von Armut bedrohten Familien stärker von gesundheitlichen Problemen betroffen sind.

Neben der Beseitigung von materieller Armut sind somit weitere Schritte notwendig, um die gesundheitliche Situation dieser Kinder zu verbessern. Deshalb setzt sich die Landesregierung unter anderem dafür ein, allen Kindern und Jugendlichen Zugänge zur Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung zu ermöglichen.

Ja, es besteht Handlungsbedarf. Und es besteht auch Bedarf an neuen konzeptionellen Ansätzen zur Bekämpfung von Kinderarmut.

(Beifall bei der SPD)

Eine Möglichkeit ist die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung. Deshalb hat sich auch Sachsen-Anhalt bei dem Thema in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz Anfang Dezember stark eingebracht und sich auch dafür starkgemacht, dass es einen entsprechenden Beschluss gegeben hat, der Ihnen vorliegt.

Dabei geht es aber darum, dass eine Arbeitsgruppe jetzt - neben anderen Maßnahmen - gegebenenfalls auch die Einführung einer Kindergrundsicherung prüft. Selbst die von Ihnen gestellten Ministerinnen Heike Werner und Diana Golze haben in einer Bundesratsinitiative nicht nur von der Kindergrundsicherung gesprochen, sondern sie waren sehr froh, dass wir, ebenso wie die CDU-geführten Länder, den Beschluss gefasst haben, dass wir überhaupt über diesen Prozess reden und ob Kindergrundsicherung eine dieser möglichen Maßnahmen ist. Deswegen konnten wir das auch in der Beschlussempfehlung nicht fordern.

Alles in allem hoffe ich, dass wir immer gemeinsam bereit sind, eine umfassende politische Strategie hier im Lande zu entwickeln, um die Realität der betroffenen Kinder und ihrer Familien zu verbessern.

Ich darf Ihnen sagen: Ich war damals als Abgeordnete in verschiedensten Bündnissen tätig. Ich hoffe, dass das letzte Landesbündnis gegen Kinderarmut nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes hochgehalten worden ist; denn ich habe danach nicht mehr viel davon gehört. Ich hoffe, dass auch jetzt noch etwas passiert. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich der Frau Ministerin für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die CDU spricht der Abg. Herr Krull. Herr Abg. Krull, Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Es klang schon an, wir haben uns schon mehrfach im Hohen Haus mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt. Bei anderer Gelegenheit hatte ich bereits aus dem aktuellen Bundeswahlprogramm der

Unionsparteien zitiert. Ich möchte das wiederholen: Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab.

Dass dies für die CDU-Landtagsfraktion keine leere Forderung ist, zeigt auch unsere Mitgliedschaft im „Netzwerk gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt“. Wir sind uns also in dem Ziel, dass die Kinderarmut in Sachsen-Anhalt gesenkt werden muss, einig. Nicht einig sind wir uns über die Wege und Maßnahmen, die zum Verwirklichen dieses Zieles notwendig sind.

Bereits bei der Einbringung des Antrages habe ich deutlich gemacht, welche positive Entwicklung auch wir in diesem Bereich haben. So sank die Quote von 26,1 % im Jahr 2011 auf immer noch zu hohe 21,5 % im Februar dieses Jahres.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich sind das alles nur Statistiken. Hinter jeder statistischen Zahl steckt ein persönliches Schicksal. Neben direkten Gesprächen mit Betroffenen hat mich vor allem ein Buch zu diesem Thema tief berührt. Es heißt „Einer schwimmt im Geld: Kinder über ARM und REICH“ und wurde von den Landesverbänden Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt des Deutschen Kinderschutzbundes herausgegeben. Dort berichten Kinder im Alter zwischen acht und 15 Jahren mit ihren Worten, wie sie mit Armut umgehen, welche Erfahrungen sie damit haben und was Armut für sie bedeutet.

Welche politischen Schlussfolgerungen ziehen wir also aus diesem Thema? - Aus der Sicht meiner Fraktion und meiner persönlichen bedarf es eines ganzen Maßnahmenbündels. Als wesentliches Element geht es darum, dass die Eltern wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt ein Aus- und ein Einkommen finden.

Wir können in Sachsen-Anhalt feststellen, dass die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,9 % gesunken ist. In reellen Zahlen sind das mehr als 11 000 Personen. Dabei liegt der Rückgang allein auf Personen, die sich im SGB-II-Bezug befanden.

Das Leben aus eigenem Einkommen bestreiten zu können, hat überdies auch eine nicht zu unterschätzende Vorbildwirkung auf die Kinder.

Weitere Maßnahmen finden sich im Änderungsantrag, den die Mehrheit im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration verfasst hat. Darauf muss ich nicht weiter eingehen.

Wichtig wäre aus meiner Sicht, dass wir auch nach dem Ende der aktuellen Förderperiode die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt fortführen, ebenso, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes noch stärker beworben und an die Realität angepasst werden, so auch bei der Ausstattung von Schülerinnen und Schülern. Da wird sicherlich die nächste Bundesregierung unter Führung der Union gefordert sein, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

An dieser Stelle auch einmal ganz herzlichen Dank an all diejenigen, die sich ehrenamtlich dafür engagieren, die Kinderarmut und ihre Folgen in Sachsen-Anhalt zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Der Änderungsantrag der LINKEN erweckt den Eindruck, dass die Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 7. Dezember beschlossen hat, eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Die Ministerin hat dazu bereits Ausführungen gemacht. Es geht aber nur darum, dass die Arbeitsgruppe weiterarbeitet. Darin wird das Land Sachsen-Anhalt konstruktiv mitwirken. In diesem Sinn bitte ich um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Krull für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau von Angern. Bitte, Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Bei der Debatte, die wir bei der Einbringung unseres Antrages geführt haben, war ich noch sehr hoffnungsvoll, dass wir diese in den entsprechenden Ausschüssen fortführen würden. Diese Debatte fand aber nicht statt. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Frau Hohmann hat im Sozialausschuss sozusagen nicht gegen die Wand, aber doch ohne Reaktion gesprochen. Mir ging es im Wirtschaftsausschuss ähnlich, obgleich es auch mal schön war, in einem solchen Ausschuss zu sitzen.

Was bei der nicht stattgefundenen Debatte herausgekommen ist, liegt uns vor. Verwundert hat mich der einleitende Satz, dass wir als Landtag mit Sorge zur Kenntnis nehmen, dass Kinderarmut vor allen Dingen Familienarmut bedeute.

Wir sollten bei aller Sorge vor allen Dingen erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir für über 74 500 Kinder und Jugendliche im Land Sachsen-Anhalt sprechen, die von Sozialleistungen abhängig sind, jeden Tag und jeden Monat in diesem Jahr. Insofern teile ich die Aussage, die Frau Lüddemann heute früh in der Aktuellen Debatte gemacht hat, dass wir hier ein Problem

dramatischer darstellten, als es sei, ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, dass Sie es nicht ernst gemeint haben; denn nicht ohne Grund haben Sie als Fraktion eine sehr gute Veranstaltung zu diesem Thema im Herbst dieses Jahres durchgeführt.

Ja, Kinderarmut ist vor allem Familienarmut. Dadurch wird das Problem noch einmal größer. Es sind erste Ansätze seitens der Sozialministerin vorgetragen worden, die wir als Land tatsächlich realisieren können, um Kinderarmut abzumildern.

Was wir im Land aber nicht tun können - deswegen brauchen wir eine solche Bundesratsinitiative -, ist, das Problem im Kern anzufassen, sprich: durch die Einführung einer Kindergrundsicherung etwas Grundlegendes zu ändern und den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen bzw. späteren Einkommenschancen zu durchbrechen. Ich bedauere, dass Sie nicht den Mut hatten, eine entsprechende Beschlussempfehlung vorzulegen.

Die GRÜNEN haben im Bundestagswahlkampf massiv für eine Kindergrundsicherung geworben. Auch die SPD-Bundestagskandidaten taten es. Was dabei herausgekommen ist, wissen wir alle. Ich denke, dass wir bei einer großen Koalition keine großen Hoffnung haben sollten, dass dies umgesetzt wird.

(Ministerin Petra Grimm-Benne: Man muss dafür auch Mehrheiten haben!)

Zu Ihrer Kritik an den Sozialministerinnen Thüringens und Brandenburgs kann ich nur sagen: Beide, Heike Werner und Diana Golze, sind sicherlich über jeden Vorwurf erhaben. Das sind zwei Ministerinnen, die sehr deutlich für eine Kindergrundsicherung streiten und das auch im Bundesrat tun werden.

Frau Ministerin, ich kann Ihnen schon jetzt sagen: Schreiben Sie sich den 22. Februar 2018 auf. An diesem Tag wird das Landesnetzwerk gegen Kinderarmut in die neuen Räumlichkeiten von ver.di einladen. Es sollte schon eine Veranstaltung im Herbst stattfinden. Diese haben wir als Netzwerk aber abgesagt, weil die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt hat.

Ich finde es unproblematisch, wenn wir uns als Netzwerk anschließen. Ich hoffe, dass es dabei bleibt und SPD, CDU und GRÜNE im Netzwerk mitarbeiten und entsprechende Termine mit wahrnehmen. - Ich freue mich auf Ihre Anwesenheit, Frau Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Dann danke ich Frau von Angern für die Ausführungen. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, habe ich die Aufgabe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Claas aus Berßel in unserem Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Als nächste Debattenrednerin spricht Frau Lüddemann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau von Angern, mir ist durchaus bewusst, dass wir, wenn wir über Kinderarmut sprechen, über Kinder sprechen, die Weihnachten ohne Baum und mit fast keinen Geschenken verbringen, dass wir über Kinder sprechen, die nicht an Schulausflügen teilnehmen können und die wegen ihrer alten Kleidung in der Schule gehänselt werden.

Das ist mir durchaus bewusst. Trotzdem und gerade weil es ein so ernstes Thema ist, wehre ich mich dagegen, die Dinge zu dramatisieren.

(Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Vielmehr sollten wir ernsthaft die Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Die sachlich neutralen Zahlen sind uns, der Landesregierung und auch den koalitionstragenden Fraktionen natürlich bekannt. Selbstverständlich nehmen wir es ernst, dass jedes vierte Kind im Land Sachsen-Anhalt im SGB-II-Bezug lebt oder dass 20 % der jungen Menschen von Armut betroffen sind. Natürlich nehmen wir das ernst.

Das erzeugt Handlungsdruck, wenn nicht sogar bundesweiten Handlungsdruck. Damit sind wir bei dem Problem, dass wir im Land Sachsen-Anhalt bestimmte Dinge einfach nicht regeln können. Das wissen Sie möglicherweise sogar besser als die Mehrheit dieses Hohen Hauses. Direkte materielle Hilfen liegen nicht in unserer Hand.

Hartz-IV-Regelsätze, Mindestlöhne und andere direkte finanzielle Hilfen sind im Bund zu regeln. Ich darf Ihnen versichern: Die Jamaika-Koalition hatte dazu gute Vorstellungen. Wir alle wissen, dass die Jamaika-Koalition Geschichte ist und dass es dazu nicht kommen wird. Das müssen jetzt andere im Bund regeln.

Zumindest hat sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder konzeptionell auf den Weg gemacht. Eine Arbeitsgruppe zur Kinder-

grundsicherung - das ist von der Frau Ministerin ausgeführt worden - arbeitet konzeptionell und soll im nächsten Jahr ein Konzept für eine Kindergrundsicherung vorlegen. Gleichzeitig sind die bestehenden Leistungen, wie Kinderregelsätze, Kinderzuschlag und Kindergeld, zu optimieren.

Ich denke - so interpretiere ich das; ich habe mir das sehr aufmerksam durchgelesen, was dort als Zwischenstand reflektiert wurde -, dass wir auf einem guten Weg sind. Auch das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Ich begrüße das an der Stelle ausdrücklich.

Wir als politische Gemeinschaft sollten für alle Kinder eine gesicherte Existenz garantieren. Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein. Wir wollen Familien fördern; denn in der Tat ist Kinderarmut auch immer Familienarmut.

Im Land selbst können wir dazu nicht viel tun. Wir wollen uns deswegen darauf konzentrieren, den Eltern bei der Arbeitssuche zu helfen. Denn Eltern, die arbeiten, können besser für ihre Kinder sorgen. Wir wollen das Bildungs- und Teilhabepaket und die Gesundheitsförderung optimieren.

Auch der Beitrag der frühkindlichen Bildung zur Armutsprävention und zur Armutsbekämpfung ist uns wichtig. Deswegen legen wir besonderen Wert auf die Förderung von Kitas in sozialen Brennpunkten. Wir werden dazu im nächsten Jahr einen konkreten Vorschlag unterbreiten.

Kinder, die in schwierigen Situationen sind, müssen die Möglichkeit haben, gezielt auf ihre Problemlage angesprochen zu werden. Darauf kann man nicht pauschal mit landesweiten Vorgaben reagieren. Wir brauchen noch mehr Zuwendung, noch mehr Aufmerksamkeit und noch mehr Förderung. Ein erster Schritt ist mit der Beschlussempfehlung gemacht. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen dazu. Dann danke ich Frau Lüddemann für die Ausführungen. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Dr. Späthe. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Verena Späthe (SPD):

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es wurden heute und in den vergangenen Sitzungen schon mehrfach Daten und Fakten zur Kinderarmut dargelegt. Auch für uns als SPD gilt: Kinderarmut darf es in einem Land wie Deutschland nicht geben!

(Zustimmung bei der SPD)

Sie bedeutet schlechteren Zugang zu Bildung, zu Kultur und zu Sport und damit schlechtere Zukunftschancen. In welchen Bereichen die Koalitionsfraktionen noch Handlungsbedarf sehen, können Sie der Beschlussempfehlung mit der vom Vorsitzenden vorgenommenen Ergänzung entnehmen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und nochmals kurz begründen, warum wir dem Änderungsantrag der Fraktion die LINKE bezüglich einer Kindergrundsicherung nicht zustimmen konnten. Sie wollten einen Punkt in der Beschlussempfehlung haben, in dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte - ich zitiere -:

> „… vor dem Hintergrund der von der ASMK am 7. Dezember 2017 geforderten Einführung einer Kindergrundsicherung im Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung konkret voranzubringen.“

Die Frage ist, was soll unsere Landesregierung in Bezug auf die Kindergrundsicherung im Bundesrat konkret tun? - In der ASMK existiert derzeit noch kein Konzept. Hätten Sie sich gründlich informiert, wäre Ihnen das bewusst gewesen.

Die ASMK hat nicht die Einführung der Kindergrundsicherung beschlossen, sondern es wurde vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Landes Niedersachsen eingerichtet werden soll, welche die Einrichtung der Kindergrundsicherung prüfen und bis zur 95. Sitzung der ASMK ein entsprechendes Konzept vorlegen soll.

Auch wenn die überwiegende Anzahl der Länder die Meinung eint, eine grundlegende Änderung der bisherigen kindbezogenen Leistungen vornehmen zu wollen, ist doch allen klar, dass die Einführung einer Kindergrundsicherung nicht von heute auf morgen passieren kann. Die Formulierung Ihres Antrages suggeriert, dass der Beschluss bereits gefasst worden sei.

Nein, es bedarf vielmehr einer Konzeptentwicklung, welches die vielen rechtlichen und finanziellen Fragen der bisherigen kindbezogenen Leistungen zusammenfasst und in einer komplexen Kindergrundsicherung bündelt, ohne dass die Bezieher - nämlich die Kinder und deren Eltern - schlechter gestellt werden als vorher. Das ist ein sehr komplexes Thema, zu dem man in dieser Arbeitsgruppe erst noch ein Konzept entwickeln muss.

Die SPD-Fraktion tritt daher dafür ein, parallel zu diesem Erarbeitungsprozess die schon bestehenden kindbezogenen Leistungen, wie Kindergeld und Kinderzuschlag, weiter zu qualifizieren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen dazu. Dann danke ich Frau Dr. Späthe für die Ausführungen. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Kirchner. Bitte, Sie haben das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! „Kinderarmut - Ein Armutszeugnis in einem reichen Land!“, so lautet der Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Wenn es nicht so todtraurig wäre, dann müsste man eigentlich darüber schmunzeln, zumal die Partei, die hier schon seit Längerem Scheinopposition betreibt, ein Thema in dieses Landesparlament trägt, welches sie selbst zusammen mit den Parteien, die schon länger hier versuchen, Politik zu betreiben, verursacht hat.

(Beifall bei der AfD)

Seit mehr als 25 Jahren sind Sie alle hier mit Ihren Parteien dafür verantwortlich, dass etwas mehr als 75 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nunmehr von staatlicher Grundsicherung leben müssen. Sie sind es auch, die dafür Sorge tragen, dass ca. ein Viertel aller Kinder im Land Sachsen-Anhalt in Armut lebt. Nun stellt sich gerade DIE LINKE mit diesem Antrag in den Vordergrund.

Eine vom multikulturellen Wahn getriebene Partei, die alle und jeden in unsere Sozialsysteme einwandern lassen möchte, egal was es koste, eine Partei, wie übrigens auch die GRÜNEN und große Teile der SPD-Fraktion, die unsere Grenzen um jeden Preis für alle Wohlstandsmigranten geöffnet lassen will, die es durch alle sicheren Länder bis ins beste Sozialsystem Europas geschafft haben.

(Beifall bei der AfD)

Dieses Sozialsystem, meine Damen und Herren, ist von vorherigen Generationen erschaffen worden und nicht an einem Baum gewachsen. Dieses Sozialsystem haben wir zu schützen, nicht nur für unsere Kinder, aber besonders für diese.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Antrag, werte LINKE, haben Sie sich selbst vom Bock zum Gärtner befördert, und dieser Gärtner scheint mir ein Friedhofsgärtner zu sein. Sie, werte LINKE, tragen mit Ihrer verantwortungslosen Politik den Wohlstand unserer Gesellschaft zu Grabe und die Zukunft unserer Kinder gleich mit. Sie opfern hier auf einem Altar unsere Werte, unsere Kultur und treiben durch Ihr gewissenloses Handeln unsere Heimat in den Ruin und unsere Kinder in die Armut.

Die AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt steht für eine Politik, die zuerst für die Interessen der deutschen Mehrheitsbevölkerung eintritt. Wir setzen uns zuallererst für das Wohl unser deutschen Mitbürger ein.

Solange - jetzt hören Sie bitte genau zu! - alleinerziehende Mütter jeden Tag in Existenzangst leben müssen und so lange Kinderarmut im Lande wächst, so lange verbieten sich soziale Wohltaten für abgelehnte Asylbewerber, für nicht bleibeberechtigte Migranten, für UMA, die keine Jugendlichen sind, für nicht integrierbare Rotationseuropäer und vor allem für straffällige Ausländer.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD-Fraktion fordern daher auch eine sozial- und steuerpolitische Wende, um Armut zu bekämpfen und eine Verringerung sozialer Ungleichheit zu erreichen. Dies gelingt aber nur, wenn man den momentan vorhandenen Turbokapitalismus mit prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit durch eine wirklich soziale Marktwirtschaft ersetzt.

(Detlef Gürth, CDU: Welchen Kapitalismus noch mal?)

- Das erkläre ich Ihnen nachher.

(Detlef Gürth, CDU: Nee, jetzt!)

Hierzu zitiere ich meinen geschätzten Bundestagskollegen Jürgen Pohl, der im Bundestag sagte:

> „Man soll in unserem Land erstens von seiner Arbeit wieder leben können, zweitens eine Familie gründen können und drittens diese Familie auch finanzieren können.“

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Kirchner, kommen Sie zum Schluss.

Oliver Kirchner (AfD):

Wir werden auch weiterhin Anträge stellen wie den zur Kostenfreiheit in den Kitas und bei der Schulverpflegung, den Sie ja alle miteinander abgelehnt haben. Denn auch so entlastet man Eltern und gibt unseren Kindern die nötige Unterstützung, die sie verdient haben.

Ich schließe mit den Worten von Horst Bulla: „Wo der Reichtum regiert, ist die Armut zu Haus.“ - Lassen Sie uns genau das ändern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe auch hierzu keine Wortmeldungen. Ich danke dem Abg. Herrn Kirchner für die Ausführun-

gen. - Wir kommen nunmehr zum Abstimmungsverfahren.

Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration in der Drs. 7/2198 in der geänderten Fassung ab, wie sie in der Berichterstattung vorgetragen wurde. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Regierungskoalition. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Das ist die AfD-Fraktion. Somit ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 18

Beratung

Bestandsgarantie für alle Arten von Verbrennungsmotoren bis 2050 - ideologiefreie Debatte gewährleisten - deutschen Automobilbau vor Raubbau schützen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/2202**

Einbringer ist der Abg. Herr Farle.

(Lachen und Unruhe - Rüdiger Erben, SPD: Oh! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh!)

Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorwand für eine Beschleunigung der Verkehrswende dient bereits ab 1. Januar 2018 ein drohendes Dieselfahrverbot in mindestens 90 deutschen Städten

(Zuruf von Detlef Gürth, CDU)

auf der Basis willkürlich festgelegter EU-Grenzwerte zur Senkung von Stickstoffoxid-Emissionen und des CO_2-Ausstoßes. Auch in Halle wurden die Grenzwerte im Laufe des Jahres 2017 überschritten.

Außerdem werden deutsche Autokäufer und Autobesitzer durch die links-grüne Diskussion über ein totales Verbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen, schlechthin auch von Verbrennungsmotoren, ab 2030 verunsichert.

Unter den 45,8 Millionen Pkw auf deutschen Straßen befinden sich rund 15 Millionen Fahrzeuge mit Dieselantrieb. In Sachsen-Anhalt handelt es sich um 324 000 Fahrzeuge.

Den Besitzern dieser Fahrzeuge droht nun ein dramatischer und politisch induzierter Wertverlust. Erhebungen der Deutschen Automobiltreuhand zufolge ist der Wiederverkaufswert von Fahrzeugen mit Dieselantrieb aufgrund fortdauernder, vor allem auch medialer Diskreditierung massiv gesunken. Es findet daher eine kalte Enteignung vieler Autobesitzer statt.

Besonders betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen, in deren Fuhrparks sich Dieselfahrzeuge befinden. Während der relative Anteil von privaten Haltern von Dieselfahrzeugen lediglich bei 28 % liegt, setzen 67 % und damit zwei Drittel der gewerblichen Halter in Deutschland auf Fahrzeuge mit Dieselantrieb. Betroffen sind also nicht nur Pendler, sondern auch Speditionen, Handwerker und Taxifahrer.

Ebenfalls betroffen sind zahlreiche Gemeinden in Deutschland, deren Flotten überwiegend aus Dieselfahrzeugen bestehen. Dazu sagt der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg - ich zitiere -:

„Binnen kurzer Zeit können diese Fahrzeuge nicht ausgetauscht werden.“

Einer Studie des ifo-Instituts zufolge gefährdet das von den LINKEN und den GRÜNEN sowie den Medien vielfach propagierte Verbot von Verbrennungsmotoren ca. 600 000 Arbeitsplätze. Das entspricht etwa 10 % der Arbeitsplätze in der deutschen Industrie überhaupt. Auch in Sachsen-Anhalt sind 23 000 in der Autozulieferindustrie beschäftigt. Diese Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Als Volkspartei und als Arbeiterpartei sowie als Partei, die sich für Familien im Arbeitermilieu und für den Mittelstand einsetzt, verstehen wir uns als Anwalt dieser Menschen, die von diesen Dieselverbotsdrohungen betroffen sind.

(Beifall bei der AfD)

Akut gefährdet sind laut ifo-Studie deutschlandweit 130 000 Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen. Diesen wird es dem ifo-Vorstand zufolge - ich zitiere -

„deutlich schwerer fallen, parallel und alternativ zur Produktion von Verbrennerkomponenten auf Produkte und Geschäftsfelder für Elektrofahrzeuge umzustellen“.

Meine Damen und Herren! E-Autos sind keine Alternative. Ersetzt werden sollen Autos mit Verbrennungsmotoren durch Elektromobile. Planwirtschaftlich erzeugter sündhaft teurer Ökostrom soll dazu dienen, die hoch subventionierten Elektroautos anzutreiben, die allerdings kaum jemand kaufen und fahren will.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich schon!)

Lediglich bei 34 000 von 45,8 Millionen zugelassenen Pkw in Deutschland handelt es sich um Elektrofahrzeuge. In Sachsen-Anhalt sind gegen-

wärtig nur 310 Elektrofahrzeuge gemeldet. Damit kommt ein Elektroauto auf etwa 1 000 Dieselfahrzeuge.

Warum die Deutschen keine Elektroautos kaufen wollen, kann man in einem „Spiegel“-Artikel mit dem Titel „Die überforderte Zukunft“ nachlesen - ich zitiere -:

> „Der Elektroantrieb ist technisch noch weit davon entfernt, die Funktion des universalen Mobilitätswerkzeugs einzunehmen, die ein Benziner oder Diesel moderner Bauart heute beherrscht. […] Hinzu kommt, dass die Ökobilanz des Elektromotors weit schlechter ausfällt als die eines Verbrenners. Das beginnt mit der Herstellung der Batterie, bei der unter den derzeit herrschenden Produktionsbedingungen pro speicherbarer Kilowattstunde Strom bis zu 200 kg des Treibhausgases CO_2 entstehen. Bei den derzeit verfügbaren Kapazitäten sind das zwischen 3,7 und rund 20 t. Ein moderner Diesel ist bereits 150 000 km unterwegs, bis dieser Wert erreicht ist.“
>
> (Beifall bei der AfD)

Die Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge im großen Stil ist in Anbetracht der Umweltbilanzen über den gesamten Produktionslebenszyklus umweltschädlich. Sie ist allerdings nicht nur umweltschädlich, sondern auch kostenintensiv.

Beispiel Harzer Verkehrsbetriebe. Nach Angaben der Geschäftsführung verfügen die Harzer Verkehrsbetriebe mit 144 Bussen über die größte Fahrzeugflotte in Sachsen-Anhalt. 90 Busse fahren mit Diesel, 50 mit Erdgas. Die Anschaffungskosten für einen neuwertigen Elektrobus belaufen sich auf 500 000 bis 700 000 €. Zum Vergleich: Busse mit Diesel oder Erdgas sind weniger als halb so teuer wie diese Elektrobusse.

Das müssen Sie verantworten, wenn Sie solche Busse anschaffen wollen. Das geht überhaupt nicht!

(Beifall bei der AfD)

Dementsprechend würde eine Umrüstung der dieselbetriebenen Busse auf E-Busse in der Flotte zwischen 45 und 63 Millionen € kosten. Diese Umrüstungskosten sind zum Beispiel für die Harzer Verkehrsbetriebe nicht zu stemmen, es sei denn, man erhöht die Fahrpreise ins Uferlose. Und das geht gar nicht!

Beispiel Hallesche Verkehrs AG. Das Tochterunternehmen der Stadt Halle hat 37 dieselbetriebene Busse in der Flotte. Eine Umrüstung auf Elektrobusse würde zwischen 18,5 und 25,9 Millionen € kosten.

Das Landesverwaltungsamt mit Sitz in Halle verfügt über 29 Dieselfahrzeuge. Dem Einsatz von E-Autos steht man zu Recht skeptisch gegenüber. Ich zitiere: „Die bislang verfügbaren Reichweiten sind mit den Aufgaben nicht vereinbar“, sagt die Sprecherin des Verwaltungsamtes. Weiter heißt es, die Fahrzeuge seien in der Anschaffung zu teuer; vom Land festgelegte Höchstpreisgrenzen stünden der Anschaffung dieser E-Fahrzeuge entgegen.

Ich fasse zusammen: Die hoch subventionierten Elektromobile sind teuer, haben eine geringe Reichweite, eine miserable Umweltbilanz und es mangelt an entsprechender Infrastruktur. Elektroautos sind schlichtweg ein Irrweg. Sie sind auch nicht marktfähig.

Im Gegensatz dazu handelt es sich bei der Erdgasmobilität um eine sinnvolle Ergänzung zu diesel- und benzinbetriebenen Verbrennungsmotoren. Die Erdgastechnologie ist nämlich im Gegensatz zur Elektromobilität marktfähig und umweltschonend. Zudem ist beim Gas die Versorgungssicherheit mindestens für die kommenden 60 Jahre gewährleistet. Das ist keine Erfindung von mir, das können Sie in der Literatur nachlesen.

Dass Erdgasmobilität einen Beitrag zu einer kohärenten Verkehrsstrategie leisten kann, zeigt das angeführte Beispiel der Harzer Verkehrsbetriebe. Diese haben 50 Erdgasbusse in ihre Flotte integriert, und das zu Recht.

Doch nun zurück zu der unrentablen E-Mobilität. Um die Zahl von Elektroautos auf deutschen Straßen gegen jedwede Vernunft mit der Brechstange zu steigern, gehen die Energie- und Verkehrswendeideologen der Altparteien und der Industrie nun massiv gegen den Dieselantrieb und damit gegen ein Herzstück der deutschen Autoindustrie vor.

Tatsächlich geht es den LINKEN und den GRÜNEN sowie ihren Protagonisten im Altparteiensystem um die Umsetzung ihrer Ökoutopie. In Wahrheit geht es ihnen nicht darum, die Umwelt zu retten oder Klimaschutz zu betreiben, sondern sie machen sich damit zu nützlichen Idioten des Großkapitals in Deutschland,

> (Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh! Damit kennen Sie sich ja aus!)

insbesondere bei den Leuten, die der Automobilindustrie besonders hohe Profite bescheren sollen. Denn es geht nämlich bei den Plänen der Neoliberalen und bei den Plänen der Automobilindustrie um eine neues Geschäftsmodell „Energie- und Verkehrswende“.

Der relativ gesättigte europäische Markt für Automobile - das können Sie sich merken; es haben viele Familien schon drei Fahrzeuge - soll durch

die künstliche Generierung einer Nachfrage nach E-Autos zwecks Profitmaximierung neu belebt werden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh, Mottenkiste!)

Sie sind diejenigen, die versuchen, das ideologisch in der Gesellschaft durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Das ist richtig!)

Eine kleine Randnotiz dazu: Der Chef von Mercedes Herr Zetsche war nicht umsonst beim GRÜNEN-Parteitag,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ach ja!)

sondern weil genau das, was Sie in der Öffentlichkeit diskutieren, das ist, was die großen Automobilkonzerne wollen. Die wollen uns nämlich zwingen, die gesamte Wirtschaft automobilmäßig umzurüsten. Dabei geht es um Hunderte Milliarden Euro. Die bezahlt nicht irgendwer. Die werden mit dem Wohlstand unserer Gesellschaft finanziert.

(Beifall bei der AfD)

Wenn diese Heuschrecken in der Energiewende und in der Verkehrswende erfolgreich waren, dann suchen sie sich neue Profitanlagensphären, und dann machen Sie sich wieder zu nützlichen Idioten dieser Menschen, die unser Land auspowern, bis es nicht mehr weiter geht.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Bravo! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Sehr geehrte Damen und Herren! Grundlage für diesen ganzen Irrsinn ist die Theorie vom menschengemachten Klimawandel, vom drohenden Weltuntergang durch CO_2-Erderwärmung und Treibhausgase, eine Theorie, die man zu Recht als Klimareligion bezeichnen kann. Eine solche Klimareligion braucht man auch, wenn man den Menschen den Wohlstandsverzicht oktroyieren will, wie es bei Ihnen, meine Damen und Herren hier auf der linken Seite, der Fall ist.

Das lehnen wir ab. Wir wollen keine doppelt so teuren Autos. Wir wollen, dass sich unsere arbeitenden Menschen, die als Monteure, Handwerker oder sonst wie tätig sind, Fahrzeuge anschaffen können, die man sich leisten kann, die man auch auf lange Sicht nutzen kann und die eine entsprechende Reichweite haben, weil das die Grundlage unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen keine durch staatliche Planwirtschaft fünfmal teurere Energie als die, die man herstellen könnte,

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

wenn man zum Beispiel wesentlich mehr auf die Gasbasis setzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Deswegen fordern wir nicht nur die Abwicklung der gescheiterten Energiewende, sondern auch einen sofortigen Stopp beim geplanten Einstieg in eine zum Scheitern verurteilte Verkehrswende.

Meine Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Bestandsgarantie aller Arten von Verbrennungsmotoren bis 2050 einzusetzen.

Außerdem fordern wir die Beendigung jeglicher Benachteiligung von Verbrennungsmotoren und wenden uns gegen die Verhängung von Fahrverboten. Grundsätzlich fordern wir den Schutz der deutschen Automobilindustrie vor kurzfristigen und nicht durchdachten klimapolitisch motivierten oder gerechtfertigten Eingriffen.

Dadurch soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Automobilwirtschaft erhalten bleiben. 600 000 Arbeitsplätze weniger durch Elektromotoren in unseren Fahrzeugen - das ist das, was die Automobilindustrie will. Das ist der Sonderprofit, der hier erzielt werden soll. Genau das dürfen wir nicht zulassen.

Denn die vorhandenen Dieselflotten und -fahrzeuge - oh, ich bin zu laut; okay - können auf jeden Fall klimaverträglicher für die Luft gestaltet werden und gegen die Luftverschmutzung in den Innenstädten nachgerüstet werden. Das ist alles kein Problem, wenn man das einfach politisch durchsetzt.

Zum Schluss fordere ich dazu auf, dass auch der Druck auf die Konzerne verstärkt wird, damit die diese Dieselnachrüstung auch tatsächlich durchführen. Denn da sehe ich viel zu wenig Anstrengungen bei der vorhandenen Bundesregierung.

Aber, wie ich schon gesagt habe, die haben ja gar kein Interesse daran. Die haben kein Interesse daran, weil sie den Diesel diskreditieren wollen, weil ein riesiges Geschäftsfeld auf sie wartet, wenn man ihnen auf die Leimrute kriecht.

Dass das nicht passieren wird, meine Damen und Herren, dafür ist die AfD da. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Herr Philipp hat eine Frage. - Herr Philipp, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr gerne.

Florian Philipp (CDU):

Sehr geehrter Herr Farle, jetzt mal von den Verschwörungstheorien etwas weggegangen die Frage: Sie haben gesagt, dass die Elektromobilität nicht wettbewerbsfähig wäre.

Robert Farle (AfD):

Ist sie nicht.

Florian Philipp (CDU):

Dass man überhaupt gar nicht daran denken könnte, sich so etwas zu kaufen. Wie erklären Sie sich denn, dass die Deutsche Post erwägt, ihre komplette Fahrzeugflotte auf Elektromobilität umzustellen, und dafür sogar ein eigenes Start-up-Unternehmen gekauft hat?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist eine große Verschwörung!)

Robert Farle (AfD):

Nein. - Sie müssen einfach - - Ihr Problem, meine Damen und Herren, ist einfach, dass Sie nicht rechnen können.

(Oh! bei den GRÜNEN)

Dass man den Einsatz von einigen 1 000 Elektrofahrzeugen - -

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Bevor - -

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich war schon Steuerberater, als Sie noch nicht mal das Einmaleins zählen konnten.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Das müssen Sie mir auch noch ausgerechnet sagen. Ich habe die Lizenz, große Firmen zu prüfen. Das sollten Sie nicht vergessen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Ich wollte Ihnen nur mal sagen:

(Zurufe von den Koalitionsfraktionen)

In Nischen - - Gewöhnen Sie sich mal ein bisschen - -

(Tobias Rausch, AfD: Quakt nicht so viel!)

In Nischen

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die Deutsche Post ist keine Nische!)

ist es möglich, Elektrofahrzeuge gegenwärtig einzusetzen. Das ist etwas völlig anderes, als wenn man diese von mir gesagten zig Millionen Fahrzeuge elektromäßig ausrüsten will und komplett aus den Verbrennungsmotoren aussteigen will.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das heißt, es ist sinnvoll, Fahrräder mit Elektromotoren zu fahren, die man am Netz wieder aufzuladen kann. Es ist sinnvoll, diese Technik bei Postfahrzeugen, die nicht viele Kilometer fahren, die viel stehen, einzusetzen. Das sagt einem schon der gesunde Menschenverstand. Da gibt es überall Nischen.

(André Poggenburg, AfD: Genau!)

Sobald Sie aber zum Beispiel als Pendler in einer normalen Arbeiterfamilie - und die Monteure und andere Berufsgruppen müssen sehr viel pendeln - weite Strecken fahren müssen, ist das ein absurder Unsinn.

(André Poggenburg, AfD: Richtig!)

Das gilt im Übrigen auch für die Landtagsverwaltung. Ich habe das gehört, und wir haben es im Finanzausschuss diskutiert, dort wurde auch über die Anschaffung von Elektrofahrzeugen diskutiert.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist gemacht worden!)

Das ist reine Vernichtung von Steuergeldern, wenn hier in größerer Dimension Elektrofahrzeuge angeschafft werden. Das kann man dem Steuerzahler überhaupt nicht vermitteln. Die stehen nämlich dann auf dem Hof.

(Beifall bei der AfD)

Dann fahren sie nämlich mit den richtigen Autos und sind damit unterwegs. Das ist scheinheilig und das ist Unsinn und das ist Irrsinn.

Deswegen haben wir auch den Antrag gestellt, weil man das nicht oft genug diskutieren kann. Ich hoffe auch, dass unsere Bundestagsfraktion dieses Thema in absehbarer Zeit ins Bundesparlament bringt. Denn hier wird der Wohlstand einer ganzen Nation aufs Spiel gesetzt.

Überlegen Sie sich mal, was das kostet, wenn Sie in zehn bis 20 Jahren die Verbrennungsmotoren alle abschaffen wollen. 600 000 Arbeitslose mehr. Darüber machen Sie sich mal Gedanken, was dann in unserem Land los ist. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Farle für die Einbringung. - Wir fahren in der Debatte fort. Drei Minuten Redezeit je Fraktion sind vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Prof. Dr. Willingmann. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Präsident, vielen Dank. - Meine sehr geehrten Abgeordneten! Wir haben eine Dreiminutendebatte. Insoweit bitte ich um Verständnis, dass ich versuche, mich daran zu halten.

Nach meinem Eindruck wird der Antrag der AfD-Fraktion den aktuellen Herausforderungen der deutschen Automobilindustrie und des Verkehrssektors nicht gerecht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Obwohl in den Debatten vereinzelt gefordert, geht es jetzt um die nahe Zukunft, nicht um die Abschaffung einzelner Mobilitätsformen. In Deutschland und auch in anderen Ländern wird an einem schrittweisen und technologisch anspruchsvollen Übergang zu neuen Antriebstechnologien unter Berücksichtigung wirtschaftspolitischer und selbstverständlich auch sozialer Aspekte sowie zu vertretbaren Kosten gearbeitet.

Die verschiedenen Strategien der Landesregierung, des Bundes und der EU haben einen energieeffizienten und emissionsarmen Verkehrssektor zum Ziel, welche auch von den Automobilherstellern einschließlich der Zulieferindustrie anerkannt und als Herausforderung angenommen werden. Das zeigen nicht erst seit Kurzem ergriffene Aktivitäten in den Bereichen alternative Antriebe und entsprechende Erklärungen der Spitzenvertreter.

Meine Damen und Herren! Erdgasantriebe, Elektromobilität, synthetische Kraftstoffe und Speichertechnologien sind auch in Sachsen-Anhalt ein wichtiges Thema. Die Diskussion war und ist in Sachsen-Anhalt aber immer schon technologieoffen.

Wir fördern im Rahmen unserer regionalen Innovationsstrategie gerade im Leitmarkt Mobilität folgende Maßnahmen, die ich nur mal beispielhaft erwähnen will, um zu zeigen, in welche Richtung es gehen soll: Nutzung bereits vorhandener Forschungsinfrastruktur im ICAM seit 2009; die Förderung eines Forschungs- und Technologietransferschwerpunkts COMO an der Otto-von-Guericke-Universität, ebenfalls 2009; Wasserstofftechnologie mit der Fraunhofer Gesellschaft zusammen; ein Zentrum für Elektromobilität und Energieeffizienz im Technologiepark Ostfalen seit 2016. Das CMD, ebenfalls ein Projekt der Otto-von-Guericke-Universität, soll 2018 an Bord gehen, usw., usw.

In einer solchen Situation ist eine Bestandsgarantie für Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2015 einfach innovationsfeindlich -

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE - Sebastian Striegel, GRÜNE: 2050!)

- 2050; habe ich das gesagt? - Um Gottes willen! - und wird Innovation und Durchsetzung am Markt über einen längeren Zeitraum verhindern und - so ist meine Auffassung - Arbeitsplätze eher gefährden als sichern.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag konzentriert sich auf die Dieseltechnologie. Diese ist - das ist nicht zu bestreiten - durch die Manipulation einzelner erst in die politische Debatte geraten und stark in den Vordergrund gerückt. Nun versuchen Politik und Wirtschaft gemeinsam bei den Dieselgipfeln, eine Lösung zu finden.

Es ist nicht zu leugnen, dass durch dieses Versagen der Industrie ein schwerer Schaden, auch ein schwerer Imageschaden angerichtet wurde. Der kann uns aber nicht daran hindern, auf dem Weg der Weiterentwicklung unserer technologischen Prozesse und der Antriebstechnologien voranzuschreiten und deshalb weiter zu forschen.

Vor diesem Hintergrund sind meines Erachtens gerade Bestandsgarantien Planwirtschaft, und zwar in Reinkultur. Sie behindern Fortschritt und Innovation.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Dies darf ich mit einem Beispiel abrunden. Hätten wir für die mechanische Rechenmaschine eine Bestandsgarantie gegeben, stünden wir heute nicht am Beginn des Digitalisierungszeitalters. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Aber was da an Arbeitsplätzen verloren gegangen ist!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Prof. Willingmann, Herr Farle hat eine Frage.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Eine kleine Kurzintervention!)

Robert Farle (AfD):

Stimmen Sie mit mir darin überein, dass freier Wettbewerb zwischen sämtlichen möglichen Antriebsarten, die auch neu zu entwickeln sind, nur möglich ist, wenn man nicht einseitig eine von diesen Antriebsarten durch politisch willkürliche Entscheidungen aus dem Verkehr zieht und andere durch politisch willkürliche Entscheidungen allein fördert und die ganze Diskussionsrichtung nur auf die Elektromobilität zuspitzt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Abg. Farle, ich habe gerade aufgezeigt, wie weit gefächert unsere verschiedenen Forschungsansätze in Bezug auf künftige Antriebstechnologien sind. Ich sehe diesen Befund nicht, den Sie gerade beschrieben haben.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Prof. Willingmann, Herr Loth hat sich noch zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, danke schön. - Sehr geehrter Herr Minister Willingmann, meine Frage ist: Ich habe das noch nicht so richtig mitbekommen, wie das funktioniert in der freien Wirtschaft mit dem Nachrüsten der Dieselfahrzeuge.

Wir unterhalten uns jetzt über diese Bestandsgarantie im Zuge des Diesel-Gates. Da kam heraus, dass es durch Manipulation oder dadurch, wie die Verbrennungsanlagen dort eingebaut waren, zu erhöhtem Stickstoff- und anderem Schadstoffausstoß kam.

Jetzt soll ein Software-Update regeln, dass es besser wird. Da frage ich mich: Wieso ist das nicht von vornherein von dieser innovativen Wirtschaft, von der Sie gerade gesprochen haben, schon mit eingebaut worden, sondern erst im Nachhinein durch ein Update? Es ist eigentlich nichts an der Ausgangslage verändert worden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Loth, ich befürchte, ich bin für die Frage der falsche Ansprechpartner. Ich würde diese Frage an Ihrer Stelle an die Unternehmen richten, die diesen Unsinn verzapft haben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und von der Regierungsbank)

Ich habe versucht, Ihnen aufzuzeigen - und ich bitte Sie, dafür noch einmal werben zu dürfen -, in welch hohem Maße wir hier im Lande, auch im Zusammenspiel mit unseren Automobilzulieferern, daran arbeiten, dass wir künftig energieeffiziente, schadstoffarme Antriebstechnologien haben. Daran sollten wir weiter arbeiten, und diese Arbeit wird nicht dadurch gefördert, dass wir für ein bestimmtes System eine Bestandsgarantie aussprechen, und schon gar nicht bis 2050.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Loth hat noch eine Nachfrage.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Das ist eine Dreiminutendebatte, Herr Präsident. Ich frage jetzt nur einmal nach.

Hannes Loth (AfD):

Also lehnen Sie als Minister eine Verantwortung der Politik für dieses Gebaren ab?

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Die Politik kann doch für unseriöses, unlauteres, womöglich kriminelles Verhalten keine Verantwortung übernehmen.

(Ulrich Thomas, CDU: Kriminelles Verhalten!)

Das lassen wir uns doch nicht in die Schuhe schieben. Was soll denn das? Auch das hängt nicht mit Ihrem Antrag zusammen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Prof. Willingmann für seine Ausführungen. - Bevor wir in der Debatte fortfahren, habe ich noch die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren der SPD aus Anhalt in unserem Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir fahren somit in der Debatte fort. Für die SPD spricht der Abg. Herr Dr. Grube. - Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will gleich von vornherein sagen, wir lehnen Ihren Antrag ab. Wir sind auch gegen ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge ab 2030, weil es ganz viele Menschen betrifft. Viele Dieselfahrzeuge fahren auf den Straßen. Viele Menschen nutzen sie

privat. Viele Handwerksbetriebe und andere Unternehmen nutzen sie als Unternehmen.

Deswegen wagen wir uns nicht zu sagen, ab welchem Jahr Diesel nicht mehr fahren können sollen, ohne dass das sozial- und wirtschaftsschädlich ist. Wir wissen aber auch nicht, ob ab 2050 der Zeitpunkt ist. Deswegen bin ich persönlich gegen solche Verbote bzw. festen Zeitpunkte.

Wir sind aber für Fahrverbote, und zwar begrenzte Fahrverbote. In der Begründung zum Antrag der AfD sind das Beispiel Stuttgart und die dazugehörige Rechtsprechung genannt worden. Wer sich einmal dem zweifelhaften Vergnügen hingibt, dort hinzufahren und ganz tief einatmet, der weiß, dass die Gerichte recht haben.

Der weiß auch, dass die Substitution von Antrieben hin zu emissionsarmen bzw. emissionsfreien Antrieben ein Gebot der Stunde ist. Denn der Gesundheitsschutz der Menschen liegt uns so am Herzen, dass das für uns ein valides Kriterium ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, wenn wir staatlich anfangen, dahin zu lenken, auf Elektromobilität zu kommen, weil die Entwicklung ohnehin unaufhaltsam ist, weil die Arbeitsplätze, die wir schützen wollen, keine Arbeitsplätze sind, von denen jeder einzelne in den nächsten 40 Jahren bestehen bleibt. Vielmehr müssen wir Arbeitsplätze umwandeln und in Bereichen errichten, die dann im innovativen Bereich produzieren.

Das heißt, wir müssen heute daran denken, Vorreiter für die Arbeitskräfte von morgen zu sein. Deswegen werden wir auch weiterhin auf die E-Mobilität setzen; ob diese allein substituierend ist, ist eine andere Frage. Aber sie wird zumindest eine Chance haben.

Zu der Frage der Ressourcen. Ich lasse jetzt den Aspekt des Klimawandels weg. Sie hatten 15 Minuten Redezeit, ich habe nur drei Minuten. Das müssen wir ein anderes Mal ausdiskutieren.

Ich will nur zu einem ökonomischen Punkt kommen, zur Frage Gasantrieb. Wenn wir im großen Maßstab auf Gasantriebe setzen, setzt auch an dieser Stelle der Markt ein. Auch diese Preise werden höher. Der jetzige Preis der Energieerzeugung, egal ob für den Strom im Industriebereich oder für die Antriebe, würde ebenfalls eine Verteuerung erfahren.

Zu der Studie, die Sie in der Begründung angeführt haben und zu der Behauptung, dass E-Antriebe immer umweltschädlicher sind als Dieselantriebe. Ich habe die Studie mitgebracht. Dort steht - das untermauert meine Aussagen -:

„Sicher ist, dass der Rohölbestand eines Tages erloschen sein wird, weswegen unter anderem die Antriebsumstellung der Individualmobilität vonnöten ist.“

Das ist so und das bleibt auch so. Das bleibt auch so, egal ob das Öl, das Gas oder was auch sonst in 50, in 100 oder in 150 Jahren ausgehen.

Zu dem, worauf Sie in Ihrem Antrag anspielen: Der Golf mit Dieselantrieb ist im Status quo umweltfreundlicher als der E-Golf. Das Anwenden der EIO-LCA - das ist die Lebenszeitbetrachtung mit Produktion und Verbrauch - dreht somit die Ergebnisse einer herkömmlichen Betrachtung um.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Grube, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Dr. Falko Grube (SPD):

- Jawohl. Spannend ist der nächste Satz:

„Das einzige Szenario, das den E-Golf gegenüber dem Dieselfahrzeug im Vorteil sieht, ist der Bezug von Ökostrom.“

Das heißt, wenn wir Ökostrom nutzen, ist der E-Antrieb umweltfreundlicher als der Dieselantrieb. Auf diesen Weg müssen wir uns machen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen. Dann danke ich Herrn Dr. Grube für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Henke. Herr Henke, Sie haben das Wort.

Guido Henke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Der Antrag der AfD-Fraktion ist aus unserer Sicht ungeeignet, um das selbstgesteckte fragwürdige Ziel zu erreichen. Warum?

Erstens. Verkehrspolitisch ist er genau das Gegenteil des Antrags meiner Fraktion in Drs. 7/1753, der ein Mobilitätskonzept forderte, um bedarfsgerechte Mobilität für alle zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist bedeutend mehr als der motorisierte Individualverkehr.

Zweitens. Rechtlich ist Ihr Antrag auch bemerkenswert im Hinblick auf die Begründung. Es gab ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Stuttgart, das Grenzwerte bestätigt hat. Das passt Ihnen nicht, und nun suchen Sie eine rechtliche Möglichkeit, um dieses Urteil zu umgehen. Das ist bedenklich.

Drittens ist der Antrag bedenklich aus Subventionsgründen. Ja, es waren insbesondere deutsche Hersteller, die auf diese Verbrenner gesetzt haben. Durch steuerliche Sonderregelungen und Begünstigungen wurde ihnen ein Markt geschaffen. Dieser wurde subventioniert mit öffentlichem Geld auf Teufel komm raus. Im Gegenteil: Es gab keine Benachteiligungen. Diese gibt es auch heute noch nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Dieseltechnologie für den Umweltschutz nicht geeignet ist, hat mein Vorredner dargestellt. Die Hybrid- und Batterietechnik wurde gerade von deutschen Herstellern hochnäsig jahrelang vernachlässigt. Das rächt sich nun. Aber nun sollen neue Technologien wieder mit öffentlichem Geld subventioniert werden. Es soll wieder ein Markt geschaffen werden. Kronzeuge: VW-Chef Müller.

Sehr geehrte Kollegen der AfD-Fraktion, Ihr Antrag ist eigentlich reiner Industrielobbyismus. Wäre es wirklich Verbraucherschutz, dann hätten Sie die rechtlichen Voraussetzungen gefordert, die notwendig sind, um Schadenersatz bei den Herstellern geltend machen zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber an dieser Stelle halten sich Ihre rechtlichen Forderungen zurück.

Ehrlicher wäre es doch, die Hersteller in die Pflicht zu nehmen, aber dann müssten Sie sich als selbsternannte Volkspartei mit dem Großkapital anlegen, und das wollen Sie auch nicht.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Viertens. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das auch alles eine recht fragwürdige Argumentation. Denn gerade die deutschen Pkw-Produktionskapazitäten liegen zum großen Teil im Ausland. Der Hauptmarkt für die deutsche Produktion ist das Ausland. Der größte Markt der Welt ist China. Dort gibt es entsprechende politische Vorgaben, wie die Verbräuche und Emissionen zu gestalten sind. Also, eine nationale Lösung, ein deutsches Dieselmuseum oder was auch immer zu fordern, ist das Denken des 19. Jahrhunderts.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Es gibt auch nicht mehr die deutsche Automobilindustrie. Das ist ein globaler Markt mit globalen Zulieferern und engen internationalen Verflechtungen. Also, kurz gesagt: Ihr Antrag ist untauglich, um die in der Begründung geschilderten Belastungen zu vermeiden. Meine Fraktion lehnt den Antrag ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen. Ich danke dem Abg. Henke für die Ausführungen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Lüddemann. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind davon überzeugt: In die Zukunft geht es nur abgasfrei.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Frankreich und Großbritannien wollen 2040 keinen Verkauf von Verbrennungsmotoren mehr. Norwegen plant das für 2025, die Niederlande ebenfalls 2025. Es sollen in den genannten Ländern keine Autos mehr zugelassen werden, die mit fossilen Treibstoffen fahren. China setzt jetzt schon voll auf Elektromobilität.

Immer wieder wird die Forderung aus dem Bundestagswahlprogramm der GRÜNEN, ab 2030 - jetzt kommt es - nur noch abgasfreie Autos zuzulassen, falsch zitiert. Es geht nicht darum, Autos abzuschaffen oder einfach aus dem Verkehr zu ziehen.

(Zuruf von der LINKEN: Fahrrad!)

Es geht darum, ab 2030 nur noch abgasfreie Autos zuzulassen. Das ist ein großer Unterschied.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das berücksichtigt nämlich das, was die AfD vorträgt, nämlich dass auch diejenigen, die jetzt für ein neues Auto sparen müssen, sich das angeblich nicht mehr leisten könnten. Wenn die deutschen Autobauer sich jetzt nicht auf die Zukunftsmärkte vorbereiten - der Minister hat geschildert, was alles nötig ist -, wird der Export massiv einbrechen.

Ich finde, es ist eine politische Verpflichtung, sich dafür einzusetzen, dass die deutsche Automobilindustrie und die dortigen Arbeitsplätze fit für die Zukunft gemacht werden. Das geht nur nachhaltig.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Schon seit Jahren - dazu bekennen wir uns auch - fordern wir GRÜNE die Abschaffung des Diesel-

privilegs. Denn dies ist eine Subvention, die den öffentlichen Haushalt belastet und den Umstieg auf umweltfreundliche Mobilität erschwert. Nicht nur das Umweltbundesamt - das dürfte wenig überraschen -, sondern auch der Bundesrechnungshof haben sich dieser Forderung angeschlossen. Kein Wunder - selbst bei Abzug der höheren Kfz-Steuer für Dieselautos wäre die öffentliche Hand um rund 1,5 Milliarden € pro Jahr entlastet.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Es wurde vorhin Herr Zetsche erwähnt, der auf dem Parteitag der GRÜNEN gesprochen hat. Er hat die Zeichen der Zeit erkannt. Ich will an dieser Stelle Matthias Müller, den Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG zitieren:

„Ich bin mittlerweile davon überzeugt, dass wir Sinn und Zweck der Dieselsubventionen hinterfragen sollten."

Dieses Hinterfragen kann ich nur ausdrücklich unterstützen. Deswegen möchte ich alle Fraktionen einladen: Stimmen Sie gegen den Antrag der AfD. Wir haben keinen eigenen Antrag an der Stelle.

(Zurufe von der AfD: Ha, ha, ha!)

Der Antrag der AfD ist schlicht und ergreifend falsch. Auf eine Technik zu setzen, die jetzt schon überaltert ist, ist etwas, was gegen die Interessen der deutschen Automobilindustrie und der dort tätigen Arbeitnehmer ist.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Die Forderungen sind unsinnig und realitätsfern.

Wenn Sie mir die abschließende Bemerkung erlauben: In einer Überschrift eine ideologiefreie Debatte zu fordern, aber bis 2050 eine Technologie festzuschreiben, ist mehr Satire als ernsthafte Parlamentsarbeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Lüddemann, wenn Sie jetzt fertig sind mit Ihrer Rede, gibt es zwei Nachfragen, und zwar zunächst von Herrn Harms.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Habe ich gesehen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Harms, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Frau Lüddemann, wie bewerten Sie die Bemühungen der Automobilindustrie, mit gasbetriebenen Fahrzeugen ein Angebot für den Kunden in den nächsten Jahren verstärkt auf den Markt zu bringen?

(Zustimmung bei der AfD)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich bewerte alles positiv, was geeignet ist, Abgase zu reduzieren, auch dieses. Deswegen habe ich vorhin ausgeführt, dass es darum geht, abgasfreie Autos als Zielstellung zu etablieren.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Lüddemann, Herr Büttner hat noch eine Frage. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Herr Präsident. - Frau Lüddemann, Sie sind die Partei, die auf Bundesebene zusammen mit der SPD die Ansicht vertreten hat, dass die Bürger zur Arbeit müssen und nicht die Arbeit zum Bürger. Das heißt, sie waren dafür, dass die Bürger flexibler sind. Wir haben sehr viele Pendler in Mitteldeutschland. Und jetzt stellen Sie sich hin und fordern, die Vorteile des Diesels abzuschaffen.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

An welcher Stelle haben wir diesen Satz geprägt?

Matthias Büttner (AfD):

Sie waren doch in der Regierung mit der SPD unter Schröder. Haben Sie mitregiert oder nicht?

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Und damals haben wir dafür gestritten, dass die Menschen zur Arbeit kommen und nicht die Arbeit zu den Menschen?

Matthias Büttner (AfD):

Zumindest haben Sie das mit unterstützt. Flexibilität. Können Sie sich daran nicht erinnern? - Aber das ist nicht meine Frage.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Eben, das ist auch keine Frage.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Erzählen Sie doch mal!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, stellen Sie die Frage, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Meine Frage ist, ob Sie vor dem Hintergrund, dass wir so viele Pendler in Mitteldeutschland haben, die auf den Diesel angewiesen sind, damit sie zur Arbeit kommen und wieder zurück,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie sind darauf angewiesen, zur Arbeit zu kommen!)

damit richtig liegen, dass Sie diesen Vorteil des Diesels abschaffen wollen.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Zum einen finde ich es in der Tat aus familiären Gründen, aus gesundheitlichen Gründen und auch aus Gründen des Umweltschutzes immer günstig, wenn Arbeitsplatz und Lebensraum eng beieinander sind, damit sich solche langen Wege nicht ergeben. Das haben Sie möglicherweise erkannt, aber ich will es an der Stelle noch einmal deutlich sagen.

Zum anderen habe ich ein großes Verständnis dafür und auch ein großes Interesse daran, dass die Menschen, die einen langen Arbeitsweg haben - auch ich muss immer gucken, wie ich von Dessau nach Magdeburg komme -, das auch noch in zehn Jahren tun können. Dann werden Sie mit diesen Abgasautos nicht mehr weit kommen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen für Fragen. Dann danke ich Frau Lüddemann für die Ausführungen. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Thomas. Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ja, es ist ein hehres Ziel, einen Antrag damit zu überschreiben, ideologiefreie Debatten hier führen zu wollen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das Ziel ist gut!)

Wenn wir es irgendwann einmal schaffen, hier im Landtag eine ideologiefreie Debatte zu führen, dann lade ich Sie alle zum Essen ein.

(Zustimmung bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Ich glaube, das werden wir nicht erleben. Aber das ist auch gut so; denn wir wollen das Parlament stärken, und es ist gut, dass wir darüber debattieren. Insofern will ich das einmal ausklammern. Ich will mich vielmehr auf den Kernpunkt des Antrages konzentrieren. Es geht um den Verbrennungsmotor, um den Dieselmotor.

Wir haben es schon gehört. Herr Grube hat es schon angekündigt. Wir werden diesen Antrag ablehnen, wobei es löblich und gut ist, dass wir dieses Thema hier debattieren und dass wir uns darüber Gedanken machen, wie es mit einem Herzstück der deutschen Wirtschaft weitergehen soll, nämlich mit dem Verbrennungsmotor,

(Zustimmung bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Die Autoindustrie ist das Herzstück, nicht der Verbrennungsmotor!)

der uns garantiert, dass wir diesen Wohlstand haben und auch behalten werden, indem wir uns alle bewegen.

Allerdings, meine Damen und Herren - das ist das Problem -, schreiben Sie, die Antriebstechnik solle bis zum Jahr 2050 garantiert werden. Warum nicht bis 2040? Warum nicht bis 2060? - Die Begründung bleiben Sie uns schuldig. Das ist genauso verkehrt, als wenn man sagen würde, der Verbrennungsmotor soll bis 2030 abgeschafft werden.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das sagt ja auch keiner!)

Beides funktioniert nicht. Beides ist verkehrt. Der Wirtschaftsminister hat es auch schon gesagt, sehr geehrte Frau Kollegin Lüddemann: Wir wollen Innovation und Fortschritt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja!)

Das erreichen wir nicht durch irgendwelche Maßgaben, die nicht zu erreichen sind, oder durch irgendwelche Bestandssicherungen, die letztlich Innovationen bremsen. Denn, meine Damen und Herren, die Automobilindustrie ist im größten Umbruch ihrer langjährigen Geschichte. Für uns in Deutschland ist die Automobilindustrie ein Herzstück der deutschen Wirtschaft. Damit sollten wir sehr behutsam und sehr vorsichtig umgehen.

(Zustimmung von Minister Marco Tullner)

Niemand, nicht einmal die Ingenieure, die federführend forschen, wissen heute, wie sich die Mobilität in den nächsten fünf Jahren gestalten wird. Es gibt verschiedene Szenarien. Keiner weiß, wohin es geht. Deswegen sage ich für die CDU-Fraktion ganz deutlich: Wir sind für die technologieoffene Entwicklung der Antriebstechniken.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir möchten den Wettbewerb zwischen diesen Antriebstechniken; denn nur im Wettbewerb wird sich herausstellen, was wirklich bezahlbar und praktikabel ist. Letztlich soll der Kunde entscheiden, welches Konzept er möchte.

Ich möchte auf einen Fakt hinweisen, den wir noch gar nicht debattiert haben. Letztlich wird es den Kunden gar nicht interessieren, welchen Motor er im Auto hat. Stichwort autonomes Fahren. Wenn der Kunde weiß, das Auto bringt ihn selbstständig von A nach B, ist ihm die Antriebsart vollkommen egal. Ich denke, wer mit diesem Konzept kommt, wird auch die ersten Erfolge haben.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das stimmt!)

Kollege Farle, Sie halten das Elektroauto für einen Irrweg. Das finde ich eine sehr mutige Behauptung. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als in den 80er-Jahren der Katalysator den Markt erreichte. Wie hat man den Katalysator marktfähig gemacht? Über Steuerbegünstigungen. Man hat es gefördert. Heute wird jeder sagen, dass das eine richtige Entscheidung war; denn ohne Katalysatoren in den Autos hätten wir eine ganz andere Abgasbelastung. In diesem Sinne glaube ich schon, wir sollten ergebnisoffen diskutieren und bestimmte Dinge nicht von vornherein ausschließen.

Deshalb fordern wir als CDU-Fraktion ganz klar die Beibehaltung des Dieselprivilegs. Wir fordern auch, jede Form von Fahrverboten auszuschließen, und wir warnen ausdrücklich davor, Parameter politisch zu formulieren, die technisch überhaupt nicht machbar sind. Denn es ist auch eine Krux der Geschichte, dass wir hier Forderungen aufgeschrieben haben, zu denen uns jeder Techniker, jeder Ingenieur sagt: Das ist in der Zeit, in der ihr es wollt, nicht machbar.

(Zustimmung von Thomas Keindorf, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ulrich Thomas (CDU):

Herr Präsident, gestatten Sie mir noch einen Satz. - Ich möchte noch einmal den VW-Chef Müller erwähnen, der jetzt fordert, wir mögen bestimmte Dinge stärker subventionieren sowie Abwrackprämien ins Spiel bringen, also Diesel- und Umrüstprämien, und wir mögen auch bestimmte Antriebsarten präferieren. Ich meine, jemand, der den deutschen Verbraucher getäuscht hat, der ihn betrogen hat und jetzt die Autos mit einem Wertverlust versieht, für den der Kunde nichts kann, der sollte an dieser Stelle ganz still sein, sich in Demut ergehen

(Beifall bei der CDU)

und versuchen, das Vertrauen zurückzugewinnen, aber nicht auf Kosten der Kunden, sondern auf Kosten seines Unternehmens. Ich halte die Variante „Haltet den Dieb, ich bin es nicht gewesen“ schon für sehr mutig und sage für meine Fraktion: Das ist ein Umgang, dem wir uns nicht anschließen können. Deshalb fordere ich klar dazu auf, dass gerade jene, die diese Debatte angezettelt haben, auch bei der Lösungssuche helfen. - Vielen Dank, Herr Präsident.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Mrosek.

Ulrich Thomas (CDU):

Oh, das ist gut. Vielen Dank.

Andreas Mrosek (AfD):

Herr Kollege, Sie sprachen Fahrverbote nach § 40 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes an, nach dem ja die Straßenbaubehörden Fahrverbote verhängen können, und § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, nach dem der Luftreinhaltungsplan eingehalten werden muss. Die Fahrverbote werden aber oftmals von den Kommunen willkürlich verhängt, und da kann man nicht mitgehen; denn das verstößt wiederum gegen Artikel 19 Abs. 1 und 4 des Grundgesetzes.

Gehen Sie mit der Meinung konform, dass Kommunen willkürlich Fahrverbote in Zentren verhängen, die nur auf Prognosen beruhen und nicht auf realen Messungen?

Ulrich Thomas (CDU):

So weit würde ich nicht gehen. Ich orientiere mich an dem aktuellen Rechtsstreit der Stadt Stuttgart vor dem Verwaltungsgericht. Dort gibt es ja jetzt diese Sprungrevision. Das ist momentan ein juristisches Verfahren, und wir sollten abwarten, wie die Richter dort im Januar entscheiden werden. Unter dem Strich möchte ich auch ein Stück weit davor warnen, Dinge mit Panik zu versehen, die sich in der Realität womöglich gerade in Sachsen-Anhalt so nicht stellen. Man sollte, denke ich, mit Verboten generell immer sehr zurückhaltend sein, bevor man nicht die Faktenbasis hat, die jeder nachvollziehen kann.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen und danke Ihnen, Herr Thomas, für die Ausführungen. - Für die AfD spricht nochmals der Abg. Herr Farle. Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe auf einige Dinge ein, die hier gesagt wurden.

Erstens verweise ich nochmals auf die Stellungnahme von Herrn Kretschmann, dem Ministerpräsidenten des Landes, in dem ein großer Teil unse-

rer Automobilindustrie ansässig ist, der die Utopien, die bei den LINKEN und den GRÜNEN grassieren, vehement kritisiert hat, und zwar zu Recht.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens knüpfe ich an Herrn Grube an, über den ich mich schon oft beschwert habe und manchmal stinksauer war. Aber ich muss heute sagen - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, ich sage das wirklich: In dem, was Sie gesagt haben, ist nicht viel Unterschied zu unseren Auffassungen, auch zu dem, was mein Vorredner von der Union gesagt hat. Wenn ich die Dieselgarantie betont habe, dann ging es mir darum, einen Kontrapunkt gegen die Leute zu setzen, die jetzt schon genau wissen, dass das Elektroauto das Auto der Zukunft sei, obwohl dagegen schon heute ganz klare Argumente sprechen. Das heißt, ich bin genauso für diesen ergebnisoffenen Forschungsprozess, was übrigens Herr Willingmann als Wirtschaftsminister noch nicht kapiert hat.

(Florian Philipp, CDU: Das hat man aber nicht herausgehört!)

- Das habe ich aber gesagt. Sie können im Protokoll nachlesen, dass ich gesagt habe, wir brauchen den freien Wettbewerb ohne Subventionsverfälschung.

Bei der Elektroenergie ist es nämlich so: Ja, vielleicht wird man ein Auto zu einem erträglichen Preis kaufen können; aber der Strom, der von diesem Auto genutzt wird, ist schon heute erheblich teurer. Es geht doch darum, dass am Ende die Kombination von Fahrzeug und eingesetzter Energieleistung für unsere Volkswirtschaft stimmen muss, und das muss sich im Ergebnis der Forschung und der Wissenschaft in den kommenden Jahren zeigen. Zu glauben, dass die AfD solche mittelalterlichen Dinge fordert, das können Sie ganz vergessen. Das ist einfach nur Unsinn, albern, Blödsinn.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Darum sage ich zu den LINKEN: Das war überhaupt keine Argumentation. Sie haben noch nicht einmal richtig zugehört, ist mein Eindruck.

Das nächste Thema ist: Elektromobilität ist nur eine Nischenlösung, wie ich gesagt habe. Dann wurde von einer Rednerin darauf hingewiesen, dass China jetzt aber mächtig auf Elektroenergie setzt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

Einen größeren Blödsinn kann man öffentlich gar nicht erzählen. Ja, in den Innenstädten wollen die Menschen in China ein paar Kilometer mit Elektroautos fahren.

(André Poggenburg, AfD: Wo werden die Autos denn gefertigt? In China!)

Aber sie bauen fast jeden zweiten Tag ein Kohlekraftwerk neu auf, verbrauchen jede Menge Diesel und haben auch noch Atomenergie in Massen. Das sollten Sie nicht verschweigen; denn das ist der größte Fehler, der in diesen Diskussionen immer gemacht wird: dass Sie in der Regel nicht wissen, dass Energieerzeugung und eingesetzte Energie etwas ganz anderes sind als die Verwertung dieser Energie und die Frage, welcher Motor eingesetzt wird, ob es ein Verbrenner ist oder nicht.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, die Redezeit ist überschritten.

Robert Farle (AfD):

Genau. Ich nehme mir jetzt noch zehn Sekunden als Schlusssatz.

Mir geht es darum, einen fairen, wissenschaftlich begründeten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Antriebsarten zu haben und neue Dinge zu entwickeln. Es können auch Lösungen auf Wasserstoffbasis gefunden werden und viele andere; ich habe sie nicht angesprochen. Dann muss sich das Beste im freien Wettbewerb einfach durchsetzen. Aber eine Vorab-Weichenstellung in der Elektroenergie ist nicht zulässig. Sie kostet unseren ganzen Wohlstand in diesem Land.

(Beifall bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Rot-grüne Planwirtschaft!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, auf eine Frage zu antworten. Herr Striegel hat sich zu Wort gemeldet. Herr Striegel, ist das richtig? - Ja. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Nur eine kurze Zwischenintervention. Ich will darauf hinweisen, dass China seinen Kurs mit ungebremstem Neubau von Kohlekraftwerken verändert hat und zukünftig ausdrücklich nicht mehr auf Kohle setzen will.

(André Poggenburg, AfD: Auf Atom, ja!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, wenn Sie darauf antworten möchten?

Robert Farle (AfD):

Na ja, zu einer Zwischenintervention darf ich ja wohl auch Stellung nehmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Das habe ich ja gesagt.

Robert Farle (AfD):

Das will ich jetzt gern tun. Der entscheidende Gesichtspunkt ist nicht das, was die Politiker erzählen; denn das meiste, was Politiker erzählen, ist einfach nur Lüge und entspricht nicht der Wahrheit.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich nehme nämlich die ganze CO_2-Diskussion, die von den GRÜNEN und den LINKEN ständig angeheizt wird, wahr. Seit vielen Jahren haben wir diese Diskussion in diesem Land, und wissen Sie, was? Der CO_2-Ausstoß in Deutschland hat zugenommen. Also, was soll der Quatsch?

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Wenn wir in die Entwicklungsländer schauen, zum Beispiel nach China, dann schauen Sie einmal, wer die größten Luftverschmutzer der Welt sind, wo es den höchsten CO_2-Ausstoß gibt. Tun Sie das einmal, und dann werden Sie sofort wissen: Das, was ein chinesischer Spitzenpolitiker von sich gibt, hat mit der Realität ungefähr 0,00 %, nämlich überhaupt nichts zu tun. Und Sie fallen darauf herein.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Herr Philipp hat noch eine Frage.

Robert Farle (AfD):

Selbstverständlich, gern.

Florian Philipp (CDU):

Ich mache es sehr schnell. Ich freue mich ausdrücklich, dass die AfD zugibt, dass die Elektromobilität durchaus wirtschaftlich und nützlich sein kann,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Robert Farle (AfD):

Welche? Noch mal.

Florian Philipp (CDU):

wenn die auch erst einmal ein Nischenprodukt ist.

Robert Farle (AfD):

Ja.

Florian Philipp (CDU):

Sie haben zugegeben, dass die Elektromobilität wirtschaftlich und nützlich ist, auch wenn sie erst einmal nur ein Nischenprodukt sein kann. Ich erinnere Sie daran, dass der Verbrennungsmotor in einem Auto anfänglich auch nur ein Nischenprodukt war.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Robert Farle (AfD):

Ja, gut, auch darauf eine kleine Antwort. Schauen Sie: Wenn ich zu Hause bin, dann fahre ich kurze Strecken.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich sage dies nur, um Ihnen deutlich zu machen, was gemeint ist. Ich habe jetzt einen Smart, weil ich wenig verbrauchen will, und ich werde mir wahrscheinlich irgendwann einen Elektro-Smart besorgen, und zwar genau für die 20 km, die ich vielleicht ab und zu zu Hause fahre, um einzukaufen oder sonst etwas. Wenn ich aber hierherkomme, benutze ich mein Fahrzeug, mit dem ich durch schweres Wetter fahren kann, nach Kroatien fahren kann usw.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

So einfach ist es mit dem Nischenprodukt: Es setzt sich immer das durch, was den größten Kundennutzen stiftet. Was ich will, ist freier Wettbewerb. Die besten Lösungen müssen sich durchsetzen und keine Ideologien dabei.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Farle für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Einen Wunsch auf Überweisung an einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Somit stimmen wir direkt über den Antrag der AfD-Fraktion ab.

(André Poggenburg, AfD: Ein guter Antrag!)

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das sehe ich nicht. Somit hat der Antrag keine Zustimmung erhalten.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 19

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 19. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 7/2220**

Gemäß § 45 der Geschäftsordnung des Landtags findet in jeder im Terminplan festgelegten Sitzungsperiode eine Fragestunde statt.

Es liegen Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Drs. 7/2220 zwölf Kleine Anfragen für die Fragestunde vor.

Ich rufe den ersten Fragesteller auf, Herrn Abg. Dr. Andreas Schmidt, SPD. Er stellt die

Frage 1
Abwassereinleitung in den Süßen See.

Herr Dr. Schmidt, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hat auf meine Kleine Anfrage zur Abwassereinleitung in den Süßen See (KA 7/1142) hin geantwortet, dass am Regenüberlaufbauwerk Aseleben zwischen Mai 2016 und Juni 2017 an zwölf Tagen Überstauerscheinungen auftraten, bei denen insgesamt mehr als 3 000 m³ Abwasser in den Süßen See gelangten. „Das Mischwassersystem des AZV Eisleben-Süßer See“, so die Landesregierung weiter, „und somit auch die Mischwasserabschläge in Aseleben entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der Technik.“ In dem genannten Zeitraum, so die Antwort der Landesregierung, sei es zu einer Überschreitung der Schwellenwerte für zwei Krankheitserreger - Escherichia coli und Intestinale Enterokokken - gekommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist es mit § 6 des Wasserhaushaltsgesetzes vereinbar, dass ein „dem Stand der Technik“ genügendes Regenüberlaufbauwerk regelmäßig Einleitungen von Abwasser in ein Badegewässer zulässt, das zum Teil Naturschutzgebiet ist?
2. Wie viele Messungen der Badegewässerqualität wurden zwischen Mai 2016 und Juni 2017 im Süßen See vorgenommen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Die Antwort der Landesregierung erfolgt durch die Frau Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Fragen des Herrn Abg. Dr. Andreas Schmidt namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von Abwasser in ein Gewässer darf nur erteilt werden, wenn die Menge und Schädlichkeit des Abwassers so gering wie möglich gehalten wird, die Einleitung mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaft vereinbar ist und die Anlagen ordnungsgemäß betrieben werden.

Dies ist bei der in Rede stehenden Mischwasserkanalisation der Fall. Eine Mischwasserkanalisation ist immer so bemessen, dass ein Großteil, aber eben nicht alles Mischwasser zur Kläranlage geleitet wird. Es ist sicher nachvollziehbar, dass nicht jedes Regenereignis über die Kanalisation abgeleitet werden kann. Die Größe der erforderlichen Kanäle würde einen wirtschaftlichen Betrieb nicht mehr ermöglichen.

Die Einleitung erfolgt außerhalb des Naturschutzgebietes. Der zuständigen unteren Naturschutzbehörde liegen keine Erkenntnisse über mögliche Beeinträchtigungen vor. Es liegt somit kein Verstoß gegen den Grundsatz der Gewässerbewirtschaftung und des § 6 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes vor.

Dennoch werden ständig Untersuchungen und Überplanungen am Abwassersystem durchgeführt, um eine weitere Reduzierung der Abwassereinleitung zu erreichen.

So setzt der für die Einleitungen verantwortliche Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung, der AZV Eisleben-Süßer See, im Rahmen einer sogenannten Kaskadensteuerung derzeit bereits Maßnahmen um, die zu einer Verringerung der Häufigkeit der sogenannten Entlastungen und der Einleitungsmengen am Regenüberlaufbecken Aseleben führen.

Zu Frage 2: Zwischen Mai 2016 und Juni 2017 wurden acht Messungen hinsichtlich der beiden mikrobiologischen Parameter Intestinale Enterokokken und Escheria coli durchgeführt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Dr. Schmidt hat noch eine Frage.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Es ist im Grunde genommen eine Verständnisfrage, Frau Ministerin. Die Antwort auf Frage 1 bedeutet, der Abwasserzweckverband hat eine Einleitungsgenehmigung nach § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes für diese Abschläge?

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Das ist richtig. Die dürfen dort bestimmte Menge einleiten. Aber ich weise auch noch einmal darauf hin, dass der AZV Eisleben-Süßer See auch jetzt

in der Kaskadensteuerung weitere Maßnahmen ergreift, um zu einer Verringerung sowohl der Häufigkeit als auch der Einleitungsmengen beizutragen.

Dr. Andreas Schmidt (SPD):

Vielen Dank.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Bitte schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke der Ministerin für die Ausführungen.

Wir kommen nun zu

Frage 2
Treffen des ungarischen Premierministers Victor Orbán mit Ministerpräsident Reiner Haseloff am 6. November 2017 in Wittenberg

Die Fragestellerin ist Frau Abg. Kristin Heiß für die Fraktion DIE LINKE. Frau Heiß, Sie haben das Wort.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Danke. - Der ungarische Regierungschef Orbán reiste am 6. November dieses Jahres zur Besichtigung der Nationalen Sonderausstellung „Luther! 95 Schätze - 95 Menschen“ nach Wittenberg. Ministerpräsident Haseloff empfing Orbán und zeigte ihm die Innenstadt und die wichtigsten Sehenswürdigkeiten seiner Heimatstadt. Der Besuch Orbáns war als privat und religiöser Natur deklariert worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welcher Kostenträger ist in welcher Höhe für die durch den Besuch des ungarischen Premierministers entstandenen Kosten aufgekommen?
2. Welche konkreten organisatorischen, personellen und sächlichen Unterstützungsleistungen wurden zur Vorbereitung und Durchführung des „Privattermins“ von der Landesverwaltung zur Verfügung gestellt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke. - Für die Landesregierung antwortet der Staats- und Kulturminister Rainer Robra. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ja, danke sehr. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die beiden Fragen beantworte ich zusammenfassend wie folgt.

Über die ungarische Botschaft wurde das Interesse des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland und an das Protokoll der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt herangetragen, im Rahmen einer als privat-spirituell deklarierten Reise am 6. November 2017 die Stätten der Reformation in Wittenberg zu besuchen.

Der Hintergrund dafür war neben dem allgemeinen Interesse protestantischer Ungarn am Reformationsjubiläum auch Luthers Originaltestament als eines der bedeutendsten Ausstellungsstücke und als Leihgabe Ungarns für die in Wittenberg unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten laufende nationale Sonderaustellung zum Reformationsjubiläum. Daher hat beim abschließenden staatlichen Festakt der Bundesregierung bekanntlich auch der Staatspräsident Ungarns gesprochen.

Die Frage nach der Einordnung des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten und seines Ablaufs wurde von meinem Protokoll unter Einbeziehung der von der ungarischen Botschaft ausgehenden Anregungen kontinuierlich und eingehend mit unserem Auswärtigen Amt abgestimmt.

Zu berücksichtigen war, dass nach völkerrechtlichen und europarechtlichen Grundsätzen ein Staatsoberhaupt auch bei Privatbesuchen im Ausland immer ein Staatsoberhaupt und ein Regierungschef immer ein Regierungschef bleibt. Ich verweise dazu unter anderem auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 16. Oktober 2012 in der Rechtssache C-364/10 sowie Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe a des UN-Übereinkommens vom 14. Dezember 1973 zur Definition von völkerrechtlich geschützten Personen.

Ein solcher Besuch ist daher kein diplomatisches Nullum und selbstverständlich auch entsprechend der sicherheitstechnischen Einstufung der Besucher lagespezifisch polizeilich abzusichern. Die international geltenden Regeln der Höflichkeit und des Anstandes gegenüber ausländischen Gästen sind bei alledem auch noch zu beachten.

Alle Aufwendungen für den Besuch und die Verpflegung der Delegation wurden von den Gästen aus Ungarn bzw. der ungarischen Botschaft selbst getragen. Anders als in Sachsen fand ein gemeinsames Essen nicht statt.

Auf den Hinweis der ungarischen Botschaft an unser Protokoll, der ungarische Ministerpräsident werde unserem Ministerpräsidenten ein Gastgeschenk überreichen, ist ihm auch unsererseits aus dem dafür bereitstehenden Geschenkefonds der Landesregierung als Gegengeschenk sowie als kleiner Dank für die Überlassung von Luthers Originaltestament ein kunsthandwerkliches Aquarell der Schlosskirche in Wittenberg übergeben worden. Das Gastgeschenk der ungarischen De-

legation ist, wie üblich, der Sammlung solcher Geschenke der Staatskanzlei zugeführt worden.

Protokollarisch wurde der Besuch durch zwei Mitarbeiter des Protokolls sowie im Hinblick auf seine europapolitische Kompetenz als Mitglied des AdR, dem auch zwölf Vertreter unterschiedlicher Parteien aus Ungarn angehören, von Herrn Staatssekretär Dr. Schneider begleitet. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister Robra, Herr Gallert hat eine Nachfrage.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich habe eine Nachfrage, Herr Robra. Nach Ihrer Antwort stelle ich mir die Einordnung als Privatbesuch sowieso noch mal extrem schwierig vor; denn das, was Sie vorgelesen haben, sagt ja eigentlich, dass es Privatbesuche auf der Ebene gar nicht geben kann.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Doch.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Deswegen frage ich Sie jetzt. Ich habe gelesen, dass die Privatbesuche des Kollegen Orbán stattgefunden haben sollen in Begleitung von vier Ministern, vier Staatssekretären und dem Botschafter. Da möchte ich Sie jetzt fragen, ob Sie das bestätigen können?

Ich habe noch eine zweite Nachfrage, nämlich die, ob Herr Orbán bei dem entsprechenden Besuch von Herrn Haseloff, der im April des Jahres vorher stattgefunden hat, eingeladen worden ist.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Zunächst kann es Privatbesuche geben. Wenn Sie sich mit der von mir zitierten Entscheidung - die Fundstelle können Sie dann ja nachlesen - befassen, werden Sie feststellen, dass genau dies das Problem gewesen ist. Wenn in Europa europäische Staatsoberhäupter unter Berufung auf die allgemeine Freizügigkeit andere Länder besuchen, kann es zu Konflikten kommen, auch dann, wenn sie das privat tun. Das lag dem vom EuGH entschiedenen Fall zugrunde.

Und dieser Satz, ein Staatsoberhaupt bleibt immer ein Staatsoberhaupt, auch dann, wenn es sich privat im Ausland bewegt, ist ein Zitat aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs. Staatsoberhäupter, Regierungschefs und im Übrigen die Außenminister der jeweiligen Staaten sind jene, die als völkerrechtlich besonders geschützt gelten, die also auch dann diplomatischen Schutz beanspruchen können, wenn sie sich privat im Ausland bewegen. Das lässt sich an den von mir zitierten Stellen nachvollziehen.

Eine Einladung an den ungarischen Ministerpräsidenten ist in dieser Form nicht ausgesprochen worden. Bei dem Besuch unseres Ministerpräsidenten in Ungarn gab es den dezidierten Wunsch des ungarischen Ministerpräsidenten, mit den protestantischen Mitgliedern seines Kabinetts diese Ausstellung besuchen zu dürfen. Was dann die ungarische Botschaft veranlasst hat, nach den inneren Regularien in Ungarn, die ich nicht kenne und auch nicht kennen muss, das als einen spirituellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu deklarieren, entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber es ist dann in diesem Sinne halt ein spirituell-privater Besuch von allen Beteiligten: von der ungarischen Botschaft, vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, das ja nun bekanntlich sehr viel Erfahrungen mit Besuchen ausländischer Repräsentanten in Deutschland hat und das zunächst einmal das Gesamtprozedere verantwortet. Die Wahrung der auswärtigen Angelegenheiten ist nach dem Grundgesetz bekanntlich der Bundesrepublik Deutschland übertragen worden. Das ist auch so eingestuft worden.

Insofern haben wir, wie ich finde, in dem Spannungsfeld zwischen einerseits einem als privat deklarierten Besuch eines ausländischen Regierungschefs und andererseits dem, was selbstverständlich im Umgang zwischen den Völkern Europas sein muss, wenn die Repräsentanten eines Staates den jeweils anderen besuchen, in welchem Format auch immer, auch im Vergleich mit anderen deutschen Ländern, die besucht worden sind, einen vergleichsweise geschickten Mittelweg gefunden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Minister Robra für die Ausführungen.

Wir kommen zu

Frage 3
Bilanz und Perspektiven des Umweltsofortprogramms

Der Fragesteller ist Herr Abg. Sebastian Striegel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag 2016 wurde die Umsetzung eines Umweltsofortprogramms für Sachsen-Anhalt beschlossen.

Ziel war es dabei, durch eine netzartige Streuung einer Vielzahl von sofort umsetzbaren Umweltvorhaben einen größtmöglichen Nutzen für Natur und Umwelt in unserem Bundesland zu erreichen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche abschließende Bilanz kann aus finanzieller und aus fachlicher Sicht im Hinblick auf das Umweltsofortprogramm gezogen werden?
2. Welche Perspektiven bestehen für eine Fortsetzung über 2017 hinaus?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Die Antwort der Landesregierung erfolgt durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Fragen des Abg. Sebastian Striegel namens der Landesregierung wie folgt.

Wenn genau am heutigen Tag, dem 20. Dezember 2017, der Landeskassenschluss vollzogen ist, dann kann ich Ihnen mitteilen, dass die in den Haushalt eingestellten 10 Millionen € vollständig abgeflossen sind.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Damit hat sicherlich nicht jeder gerechnet. Wir haben in diesem Jahr insgesamt 139 Projekte in die Tat umgesetzt. Dazu gehören Gewässerrenaturierungsprojekte in und an Gewässern erster und zweiter Ordnung, und wir wollen Maßnahmen, die die Biodiversität und die Artenvielfalt befördern, realisieren und haben diese auch realisiert.

Dabei sind rund 6,5 Millionen € für die Gewässerentwicklungsmaßnahmen und etwa 3,5 Millionen € zur Verbesserung der biologischen Vielfalt in Schutzgebieten und Großschutzgebieten sowie der Biodiversität eingesetzt worden.

Mit dem Umweltsofortprogramm hat Sachsen-Anhalt einen in Deutschland einzigartigen Weg beschritten. Zu den erfolgreichen Projekten gehören nicht nur der Rückbau von alten Stauanlagen, sondern auch die Pflege von Kopfweiden und Streuobstwiesen, die Bepflanzung mit einer standortgerechten Ufervegetation oder die Wiederherstellung verödeter Gewässer.

Aus fachlicher Sicht bleibt die Erkenntnis, dass es nicht immer die großen Maßnahmen sein müssen, um Wirksamkeit in der Fläche zu entfalten. Im Durchschnitt hat eine Maßnahme im Umweltsofortprogramm einen Wertumfang von 72 000 €.

Ich konnte mich selbst bei mehreren Vor-Ort-Besuchen davon überzeugen, dass es sich um Maßnahmen handelt, die in den Gemeinden auf hohe Akzeptanz stoßen. Die örtliche Gemeinschaft hat sehr positiv registriert, dass in kurzer Zeit der verlandete Teich wieder Wasser führt, dass vernachlässigte Kopfweiden wieder gepflegt werden oder dass eine marode abflusshindernde Stauanlage durch eine Sohlgleite ersetzt wurde. Nur so ist es auch zu erklären, dass die Mittel in kürzester Zeit - faktisch blieben uns nur acht Monate Zeit, um das Umweltsofortprogramm in die Tat umzusetzen - eingesetzt werden konnten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich insbesondere bei den Verantwortlichen der Großschutzgebietsverwaltungen, der Naturparke in freier Trägerschaft, der Landschaftspflegeverbände und der 16 teilnehmenden Gewässerunterhaltungsverbände ganz herzlich für ihren außergewöhnlichen Einsatz bedanken.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Sie fragen nach Perspektiven für eine Fortsetzung über das Jahr 2017 hinaus. Aus meiner Sicht wäre eine Fortsetzung des Programms überaus wünschenswert. Im Doppelhaushalt 2017/2018 ist eine Verlängerung des Umweltsofortprogramms nicht vorgesehen. Wir werden das Jahr 2018 nutzen, um eine Bilanz zu erstellen und Rückschlüsse zu ziehen.

Ich kann aber schon sagen, dass das Umweltsofortprogramm ein Vorbild für sich anschließende Programmierungen sein wird. Ein hohes Maß an Flexibilität und geringe bürokratische Hürden haben gezeigt, dass es noch möglich ist, mit einem Zuwendungsprogramm das Engagement und die Leidenschaft der Akteure vor Ort zu wecken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich der Ministerin für die Ausführungen.

Wir kommen zu

Frage 4
Stirbt das Rebhuhn (Perdix perdix) aus?

Der Fragesteller ist Herr Abg. Hannes Loth von der AfD.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Die haben mit zu viel Glyphosat gearbeitet!)

Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Der Brutbestand des Rebhuhns wurde europaweit um 94 % reduziert und in Deutschland kommt die Art nur noch in 16 % der Jagdreviere vor.

Eigentlich gilt das Rebhuhn aber als Charakterart der Feldflur. Tatsächlich „ziert“ es jetzt die Roten Listen (Deutschland und Sachsen-Anhalt, Kategorie 2, stark gefährdet).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung den aktuellen Erhaltungszustand und die Entwicklung des Rebhuhn-Bestandes qualitativ und quantitativ ein?
2. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung unternommen, um einem weiteren Bestandsabbau entgegenzuwirken?

Danke schön.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

- Es ist nicht zum Lachen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Die Antwort der Landesregierung erfolgt durch die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke Herr Präsident. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Fragen des Abg. Hannes Loth namens der Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1. Bei der letzten offiziellen Bestandseinschätzung für die Berichtspflichten nach der Vogelschutzrichtlinie im Jahr 2010 wurde der Bestand des Rebhuhns in Sachsen-Anhalt auf 1 500 bis 2 500 Brutpaare geschätzt. Dementsprechend muss ein schlechter Erhaltungszustand der Population festgestellt werden.

Im Zuge dieses Berichtes wurde der Bestandstrend langfristig, also über 100 Jahre, mit einer Abnahme um mehr als 20 % eingeschätzt. Für den kurzfristigen Bestandstrend, also für 25 Jahre, wird mit einer Abnahme um mehr als 50 % gerechnet. Von der gleichen Annahme geht auch die Staatliche Vogelschutzwarte in ihrer im Jahr 2014 herausgegebenen Veröffentlichung „Bestand und Bestandsentwicklung der Brutvögel Sachsen-Anhalts“ aus.

Auch in den letzten Jahren nahm der Bestand weiter ab. Das ist in der Tat kein erfreulicher Sachstand. Er spiegelt das Problem des Rückganges der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft deutlich wider. In einer im Druck befindlichen Roten Liste der Brutvögel Sachsen-Anhalts, die demnächst vom Naturschutzbund und vom Ornithologenverband veröffentlicht wird, hat sich daher an der Gefährdungskategorie 2, gleich stark gefährdet, nichts geändert.

(Zuruf von der AfD)

Die nächste Bestandseinschätzung für das Rebhuhn durch das Landesamt für Umweltschutz für die Berichtspflichten nach der Vogelschutzrichtlinie erfolgt im Jahr 2018, also im nächsten Jahr.

Zu Frage 2. Die Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft sind komplex. Das haben wir in diesem Hause bereits im Zuge anderer Themenkomplexe diskutiert. Ich erinnere nur an das Insektensterben. Diese Ursachen treffen auch auf das Rebhuhn zu.

Spezielle Maßnahmen zur Bestandsstabilisierung für das Rebhuhn sind entsprechend schwierig zu entwickeln. Die Vögel brauchen das ganze Jahr über lückige, samenreiche Pflanzenbestände, zur Brutzeit entsprechende Deckung und zur Jungenaufzucht eine Vielfalt an Insekten. Hinsichtlich dieser Ansprüche können sich alle Maßnahmen positiv auf den Rebhuhnbestand auswirken, die diese Strukturvielfalt fördern.

Im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen tragen vor allem die Blühstreifenprogramme, die Schonstreifenprogramme und die Anlage von ökologischen Vorrangflächen zur Bestandsstabilisierung für diese Art bei. Sie betreffen vor allem Ackerrandbereiche und Streifen im Sinne von Feldrainen, die wesentliche Lebensräume des Rebhuhns sind.

Insgesamt gibt es in Sachsen-Anhalt zurzeit 1 451 ha solcher Strukturen. Mit dem neuen Antragsjahr werden weitere 1 857 ha hinzukommen, sodass ich ab dem Jahr 2018 von einer Gesamtfläche von 3 308 ha solcher Strukturen ausgehen darf. Das ist ein Zuwachs von 128 % zum nächsten Jahr. Das wird eben auch dem Rebhuhn zugutekommen.

Das Rebhuhn unterliegt dem Jagdrecht. Unter diesem Aspekt möchte ich darauf hinweisen, dass auch auf der Ebene der jagdlichen Verbände eine Reihe von Initiativen laufen, die der Förderung des Niederwildes dienen. Dort laufen sie unter den Stichwörtern „Wildäcker“, „niederwildfreundliche Saatmischungen“, „Schutz vor Fressfeinden“ oder „Netzwerk Feldflur“.

Inhaltlich gehen sie in die gleiche Richtung wie die Agrarumweltmaßnahmen, nämlich in Richtung der Schaffung entsprechender Habitatstrukturen, und flankieren die Bemühungen um eine Verbesserung der Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Nachfragen. Dann danke ich der Ministerin für die Ausführungen.

Wir kommen nunmehr zu

Frage 5
Verschlechterung der Gewässer- und Grundwasserqualität um Zielitz

Sie wird von der Abg. Doreen Hildebrandt, DIE LINKE, gestellt. Frau Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Doreen Hildebrandt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Die beabsichtigte Erweiterung der Abraumhalde in Zielitz in Verbindung mit lang anhaltenden Feuchteperioden hat Expertinnen und Experten zufolge dazu geführt, dass sich Salze und andere Reststoffe (Kalium, Ammonium) in umliegenden Gewässern konzentriert haben und damit zu einer Verschlechterung der Gewässer- und Grundwasserqualität führen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Stoffe sind in welcher Konzentration durch den Betrieb des Düngemittelherstellers K+S in Zielitz und die beabsichtigte Erweiterung der Abraumhalde in umliegende Grund- und Oberflächengewässer gelangt?
2. Hat sich in den zurückliegenden zwölf Monaten daraus die Gewässer- und Grundwasserqualität verschlechtert?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Herr Prof. Dr. Armin Willingmann. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Schönen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Kleine Anfrage der Abg. Doreen Hildebrandt beantworte ich namens der Regierung wie folgt.

In der Frage wird unterstellt, dass die beabsichtigte Erweiterung der Abraumhalde in Verbindung mit lang anhaltenden Feuchteperioden Expertinnen und Experten zufolge bereits dazu geführt habe, dass sich Salze und andere Reststoffe in den umliegenden Gewässern konzentriert haben und damit zu einer Verschlechterung der Gewässer und Grundwasserqualität führen. Dies kann mit großer Gewissheit ausgeschlossen werden.

Der Betriebsplanantrag zur Erweiterung der Haldenkapazität wurde dem LAGB am 9. Oktober dieses Jahres vorgelegt. Das LAGB ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Das für das Vorhaben notwendige bergrechtliche Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung wird voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist auszuschließen, dass das beantragte Vorhaben bereits zu einer Verschlechterung der Gewässer- und Grundwasserqualität um Zielitz geführt haben kann.

Dies vorausgeschickt zu Ihrer Frage 1. Da sich die beabsichtigte Erweiterung der Abraumhalde gegenwärtig praktisch noch im Planungsstadium befindet, sind mit Sicherheit keine Stoffe aus diesem Vorhaben in die umliegenden Grund- und Oberflächengewässer gelangt.

Für den gegenwärtigen Fabrik- und Haldenbetrieb verfügt der Bergbauunternehmer über eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von salzhaltigen Abwässern in die Elbe und zur Benutzung des Grundwassers durch den Eintrag von salzhaltigem Haldenwasser.

Verbunden damit sind die Kriterien nach dem Wasserhaushaltsgesetz und den einschlägigen Verordnungen für das Abschlagen der Prozess- und Haldengewässer in die Elbe und die Benutzung des Grundwassers geregelt. Die festgelegten Anforderungen und Überwachungswerte werden dabei bislang nachweislich eingehalten.

Im Rahmen der geplanten Kapazitätserweiterung der Halde ist unter anderem vorgesehen, die Einleitkriterien für die Einleitung in die Elbe neu zu fassen. Maßstab sind dabei in erster Linie die Regelungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes zum Verschlechterungsverbot und zum Zielerreichungsgebot. Damit kann bereits perspektivisch ausgeschlossen werden, dass es im Fall eines positiven Planfeststellungsbeschlusses zu der unterstellten Verschlechterung der Gewässerqualität kommen wird.

Gleiches gilt für die Grundwasserqualität, die durch die Haldenerweiterung ebenfalls nicht verschlechtert werden darf. Hier gilt es, durch geeignete technische Konzepte wie eine entsprechende Basisabdichtung und Maßnahmen zur Haldenabdichtung ein unkontrolliertes Versickern von Haldenwässern für die Zukunft zu vermeiden.

Auch hierbei gilt, dass es eine Genehmigung für das Vorhaben nur dann geben wird, wenn für die erforderliche Nachweisführung im Planfeststellungsverfahren belegt werden kann, dass die Anforderungen der geltenden gesetzlichen Regelungen zum Erreichen der Umweltziele eingehalten werden.

Zu Frage 2. Hat sich in den zurückliegenden zwölf Monaten infolge dessen die Gewässer- und Grundwasserqualität verschlechtert? - Nein, dies ist, wie vorstehend dargestellt, nicht möglich. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich dem Minister Prof. Dr. Willingmann für die Ausführungen.

Wir kommen nunmehr zur

Frage 6
Ausführungen des Innenministers zum Projekt „Hasi“

Sie wird von der Abg. Henriette Quade von der Fraktion DIE LINKE gestellt. Frau Quade, Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Am 2. Dezember 2017 zitiert die „Mitteldeutsche Zeitung“ Innenminister Stahlknecht zum Projekt „Hasi“ mit den Worten: „Es ist ein ultralinkes Zentrum, das von linksextremistischen Gruppen unterstützt wird.“

(Beifall bei der AfD)

In der „Volksstimme“ vom 18. November 2017 bewertet der Innenminister das Projekt als „linksextremistische Keimzelle“ und fordert, die staatliche Unterstützung dafür zu stoppen.

(Beifall bei der AfD)

Er führte weiter aus, es würden dort „Pläne geschmiedet, wo man das nächste Trafohäuschen sprengen kann“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Quellen oder Belege führt der Innenminister für die Aussage an, dass in der „Hasi“ „Pläne geschmiedet werden, wo man das nächste Trafohäuschen sprengen kann“?
2. Wie viele politisch links motivierte Brandanschläge wurden im Jahr 2017 bis zum 1. Dezember 2017 in Sachsen-Anhalt festgestellt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Quade, zum Objekt Hafenstraße 7 in Halle, das sogenannte „Hasi“, habe ich schon am 27. Oktober Ausführungen gemacht. Ich werde das heute gern noch einmal mit Blick auf die aktuelle Frage von Ihnen ergänzen.

Der Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt sammelt Informationen, insbesondere über Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder die eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben.

Mithin sind regelmäßig Personenzusammenschlüsse, das heißt, Parteien, Vereine oder andere Gruppierungen, zu denen konkrete Anhaltspunkte für extremistische Bestrebung vorliegen, Gegenstand der Beobachtung. Deshalb werden auch Aktivitäten von Linksextremisten beobachtet.

Bei dieser Beobachtung werden auch Informationen darüber erlangt, ob sich Mitglieder der linksextremistischen Szene im Objekt in der Hafenstraße 7 aufhalten. So ist zum einen gang und gäbe, dass linksextremistische Gruppierungen wie das Offene Antifaplenum, die Rote Hilfe e. V. und die Interventionistische Linke Halle das Objekt in der Hafenstraße 7 unterstützen.

Zum anderen liegen Erkenntnisse darüber vor, dass in der Hafenstraße 7 auch dem Verfassungsschutz bekannte Linksextremisten verkehren.

(Oh! bei der AfD - Zuruf: Was?)

Linksextremisten zielen auf die Abschaffung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und damit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab.

(Zuruf von der AfD)

Linksextremisten streben die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems oder einer herrschaftsfreien anarchistischen Gesellschaft an. Damit stellen sie eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Der Verfassungsschutzbericht 2016 für das Land Sachsen-Anhalt weist ein erhöhtes Aktionsniveau aus. Neben situativ und teilweise spontan entstandenen Konfrontationen wurden auch einzelne Aktionen gegen Personen registriert, die gezielt und mit Vorbereitung verübt wurden.

Die dabei verwirklichten Straftatbestände reichen von Beleidigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung bis hin zu einem versuchten Tötungsdelikt, nicht aus der Hafenstraße, aber aus der linksextremistischen Szene.

(Zuruf: Nein!)

Beim gewaltorientierten Linksextremismus spielen sogenannte Freiräume eine herausragende Rolle. Dabei handelt es sich in der Regel um selbst verwaltete Zentren. Das sind zum Beispiel autonome Wohnprojekte, in denen vermeintlich herrschaftsfreie und selbstbestimmte Lebensformen praktiziert werden. Gleichzeitig wird das staatliche Gewaltmonopol negiert.

An der Stelle bitte ich darum, sich zu merken, dass das staatliche Gewaltmonopol bei denen negiert wird. Ich komme nämlich noch auf eine Veranstaltung in der Hafenstraße zu sprechen. Bitte merken Sie sich das an dieser Stelle.

Festzustellen ist in diesem Zusammenhang ein ausgesprochen aggressives Revierverhalten gegenüber allen, die vermeintlich in diese Sphäre eindringen. In diesem Kontext sei nur an den Wurf einer Betonplatte aus einem sogenannten Infoladen in Magdeburg - das war in der Alexander-Puschkin-Straße - im Jahr 2012 erinnert. Dieses potenziell tödliche Wurfgeschoss hat einen vor dem Objekt befindlichen Polizeibeamten nur knapp verfehlt.

Linksextremisten nutzen entsprechende Objekte ferner für ihre Abschottung nach außen, was insbesondere den Prozess zur Radikalisierung verstärken kann. Dies ist vor allem dann zu befürchten, wenn gewaltbereite Linksextremisten den Ton angeben, wenn sie militante Aktionen planen und ausüben und gleichzeitig ein Umfeld aufbauen, das ihr Handeln rechtfertigt und unterstützt oder die Strafverfolgung erschwert.

Vor diesem generellen Hintergrund, liebe Frau Quade, habe ich meine zugegebenermaßen zugespitzten - ich bin auch Politiker; das Verfassungsgericht hat entschieden, dass ich nicht nur Verwalter eines Amtes, sondern auch eine Person bin, die sich politisch äußern kann - Äußerungen gemacht.

Mit Sorge - jetzt erinnern Sie sich bitte daran, was ich gesagt habe - sind in diesem Zusammenhang in der „Hasi“ Veranstaltungen mit dem Titel „Was tun, wenn’s brennt?“ oder sogenannte Informationsveranstaltungen zum Thema Repression festgestellt worden, für die auf der Facebook-Seite des „Hasi“ geworben wurde.

So heißt es auf einer Einladung zu einem Workshop am 11. November 2017 im „Hasi“, dass fachkundige Menschen alle Fragen zum Umgang mit der Polizei, Verhalten bei Demonstrationen, Anquatschversuchen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen beantworten würden und Tipps geben, wie man in brenzligen Situationen trotzdem einen kühlen Kopf bewahrt. Dies sei ein Muss für jeden politisch Aktiven.

(Zuruf von der LINKEN)

Da stelle ich mir die Frage, wozu sie eine solche Veranstaltung brauchen. Das kann ich Ihnen begründen: Weil die Linken den Staat nämlich als Repressionsapparat sehen

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

und deshalb ihre Leute gegen den Repressionsapparat Staat schulen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der AfD - Wulf Gallert, DIE LINKE: Das müssten die Staatsanwälte verbieten! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Herr Gallert, warum regen Sie sich eigentlich so auf? So ist das. - Genau dies wird in solchen Veranstaltungen getan. Es handelt sich bei dem Objekt Hafenstraße noch nicht um eine Hochburg von Straftaten.

(Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

Aber Häuser wie die Rote Flora in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin haben sich auch nicht plötzlich zu linksextremen Szenen entwickelt. Solche Strukturen wachsen langsam.

Deshalb haben die Sicherheitsbehörden vom Objekt Hafenstraße 7 ausgehende Aktivitäten sowie das Objekt unterstützende linksextremistische Gruppierungen und dort verkehrende Linksextremisten weiterhin genau im Blick. Damit wird möglichem verfassungsfeindlichem Agieren erfolgreich entgegengetreten.

Zu Ihrer zweiten Frage. Im fraglichen Zeitraum hat die Polizei drei Branddelikte aus dem Phänomenbereich politisch motivierte Kriminalität links erfasst. Die bislang vorliegenden Zahlen haben aber lediglich vorläufigen Charakter und können sich aufgrund von Nachmeldungen teilweise noch sehr deutlich verändern. Erst zu Beginn des kommenden Jahres werden belastbare Zahlen für 2017 vorliegen. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der AfD - Monika Hohmann, DIE LINKE: Und das von einem Minister! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister Stahlknecht, Frau Quade hat sich noch zu Wort gemeldet. - Frau Quade, Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. In der Tat ging es mir in keiner Weise um eine Debatte zum Thema Linksextremismus. Dafür gibt es hier im Haus andere Instrumente. Ich stelle in Bezug auf Ihre Antwort auf meine Fragen fest: Sie haben keinerlei konkreten Hinweis für Ihre Aussage, in der „Hasi“ würden Pläne geschmiedet, dass Trafohäuschen angezündet werden sollen. Sie haben keine konkrete Quelle dafür, und es gibt auch keinen statistischen Befund, der das bestätigen würde. Das ist die Aussage Nr. 1.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Aussage Nr. 2, die ich Ihren Ausführungen entnehme, ist, dass jeder Mensch, der sich Rechtsberatung holt,

(André Poggenburg, AfD: Eher Linksberatung!)

ein potenzieller Verfassungsfeind ist.

(Lachen und Beifall bei der CDU und bei der AfD - Oh! bei der CDU und bei der AfD)

Das finde ich für einen Innenminister und Juristen eine bemerkenswerte Haltung.

(Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, ich habe dem keine Frage entnehmen können. Aber wenn Sie dennoch antworten möchten, haben Sie das Wort.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Der Beifall kam aus der richtigen Ecke! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich habe - wenn Sie die „Mitteldeutsche Zeitung“ gelesen haben, wüssten Sie das- gesagt: Wehret den Anfängen! Genau das habe ich eben vorgetragen, weil in einem solchen vermeintlich am Anfang gut gemeinten Milieu auch Unterwanderungen stattfinden können. Ich habe Ihnen das Ergebnis des Verfassungsschutzberichtes vorgelesen, wo zu einem späteren Zeitpunkt eben auch solche Dinge geplant werden können.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das klingt hier anders in diesem Zitat!)

Ich habe Ihnen gesagt, dass auch andere Objekte nicht über Nacht entstanden sind.

Die zweite Frage, die Sie mir gestellt haben, ist eine aberwitzige. Selbstverständlich ist eine Rechtsberatung keine Rechtsberatung gegen den Staat, und jeder Mensch kann sich in Rechtsangelegenheiten beraten lassen. Aber die, die diese Veranstaltungen machen, lassen sich doch genau dafür beraten, wie sie sich verhalten, wenn polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen passieren,

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

wenn sogenannte Anquatschversuche passieren, das heißt nachrichtendienstliche Maßnahmen.

Herr Gallert, das wollen Sie doch bitte schön bei aller Aufregung vor Weihnachten nicht mit einer normalen Rechtsberatung vergleichen, wenn sich eine Gruppierung darauf vorbereitet, dass aus ihrer Sicht staatliche Aktionen stattfinden, und dazu beraten wird, wie ich mich dagegen zur Wehr setze. Da haben wir schlicht und ergreifend politisch eine andere Auffassung.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Man, man, man! - Weitere Zurufe von der LINKEN)

Wenn Sie das für legitim halten, ist das für Ihre Klientel sicherlich die richtige Einstellung. Ich sage, das ist nicht meine Vorstellung.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Frau Quade hat sich noch einmal für eine Nachfrage gemeldet. - Frau Quade, Sie haben das Wort.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Schönen Dank. - Wenn man das zu Ende denkt, was Sie hier ausführen, würde das heißen, dass jegliche Rechtsberatung,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

die Menschen gegen staatliche Maßnahmen schützen könnte oder die dazu berät, wie man sich gegen individuell als Unrecht empfundene staatliche Maßnahmen zur Wehr setzen könnte, illegitim und verfassungswidrig ist. Warum gibt es dann beispielsweise Rechtsanwälte für Verwaltungsrecht? Warum ist Verwaltungsrecht überhaupt existent?

Was ist mit Menschen, die schon die Landesregierung verklagt haben? Soll das alles verfassungsfeindlich sein? - Das ist ein Sichzurechtbiegen der tatsächlichen juristischen Argumente zugunsten einer politischen Idee, und die dient der Diskreditierung der „Hasi“.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort, wenn Sie noch einmal Stellung beziehen wollen.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Nur damit Sie nicht Worte verdrehen: Ich habe nicht gesagt, dass das verfassungswidrig ist, und ich habe auch nicht gesagt, dass das verfassungsfeindlich ist. Ich habe lediglich gesagt, dass das Rückschlüsse auf diejenigen zulässt, die dort wohnen.

(Henriette Quade, DIE LINKE: Dort wohnt niemand! - Wulf Gallert, DIE LINKE: Dort wohnt keiner!)

Dabei bleibe ich auch.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Minister Stahlknecht für die Ausführungen. - Bevor wir zur siebenten Fragestellung kommen, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren des CDU-Ortsvereins Ottersleben, Süd, Südwest Magdeburg in unserem Hohen Hause begrüßen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Des Weiteren begrüßen wir Studentinnen und Studenten der Hochschule Merseburg. Seien auch Sie herzlich in unserem Hohen Hause willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zur

Frage 7
Zukunft der Schulen des zweiten Bildungsweges im Land Sachsen-Anhalt

Sie wird von der Abg. Eva von Angern, DIE LINKE, gestellt. Frau von Angern, Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Schulen des zweiten Bildungsweges in Halle und Magdeburg sind wichtige Bausteine der Erwachsenenbildung zur Erlangung des Abiturs. Die Stelle der Schulleitung der Schule des zweiten Bildungsweges in Halle soll durch das Landesschulamt nicht neu besetzt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wird die Stelle der Schulleitung an der Schule des zweiten Bildungsweges in Halle nicht neu besetzt?
2. Sieht die Landesregierung vor, das Bildungsangebot des zweiten Bildungsweges (Kolleg und Abendgymnasium) als eigenständige Schulform gemäß § 3 Abs. 2 Punkt 1g SchulG LSA beizubehalten?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Ihnen. - Die Antwort der Landesregierung gibt der Minister für Bildung Marco Tullner. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Herr Präsident, vielen Dank. - Ich beantworte die Frage der Frau Abg. Eva von Angern namens der Landesregierung wie folgt und erlaube mir, beide Punkte zusammenzufassen.

Im März 2017 hat der Schulträger erklärt, dass die Einrichtung perspektivisch zu klein sei. Grundlage dieser Einschätzung sind die §§ 22 und 7 Abs. 3 des Schulgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über das Abendgymnasium und das Kolleg, § 1 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 Nr. 2f der Schulentwicklungsplanungsverordnung von 2014 (SEPl-VO).

Die Einrichtung erfüllt die Maßgaben an die Mindestgröße einer Schule dieser Schulform nach der geltenden Schulentwicklungsplanungsverordnung 2014 also nicht. Gleichwohl besteht Einvernehmen zwischen dem Schulträger und dem Landesschulamt über die Sicherung dieses Bildungsangebotes vor Ort. Im Ergebnis erfolgten weitere Prüfprozesse im Hinblick auf weitere Optionen.

Der Erhalt der Schule des zweiten Bildungsweges Halle in der derzeitigen Form ist nur sehr schwierig umsetzbar. Entsprechend wurden konkrete Vorschläge zur Anbindung an ein Gymnasium durch das Landesschulamt vorgelegt, denen der Stadtrat bisher nicht gefolgt ist.

Das Landesschulamt verweist in der noch anhängigen Diskussion darauf, dass dieser Variante rechtlich nichts entgegensteht. Es würden in Sachsen-Anhalt auch an anderer Stelle unterschiedliche Schulformen unter einer Leitung geführt. Nach Abschluss des Prüfprozesses und in Abhängigkeit vom Ergebnis erfolgt die Entscheidung über die Anbindung des Angebotes und die Schulleitung. - Ich sehe eine Nachfrage, Herr Präsident.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe eine Nachfrage. Frau von Angern, Sie haben das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Minister, für die Antwort. Ich frage noch einmal: Sie als zuständiger Minister für Bildung, möchten Sie an der eigenständigen

Schulform des zweiten Bildungsweges hier in Sachsen-Anhalt an den Standorten Magdeburg und Halle festhalten?

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Da ich aus Halle bin, schaut man immer, was in anderen Städten des Landes passiert. Das, was in Magdeburg möglich ist, sollte in Halle auch möglich sein. Deshalb sollten wir gemeinsam an einer Lösung arbeiten, die auf der einen Seite rechtskonform ist und auf der anderen Seite dem Anspruch, den Bildungsstandort in Halle weiterzuentwickeln, gerecht wird, um damit den Standort zu sichern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Also eigentlich ein Ja?

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Eigentlich ja, genau.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen und danke dem Minister Tullner für die Ausführungen.

Wir kommen zur

Frage 8
Stellenplan des Landesverbandes der Musikschulen Sachsen-Anhalt e. V.

Sie wird vom Abg. Stefan Gebhardt, DIE LINKE, gestellt. Herr Gebhardt, Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Der Stellenplan des Doppelhaushaltes 2017/2018, Einzelplan 17, des Landesverbandes der Musikschulen Sachsen-Anhalt e. V. (LVdM) weist für das Haushaltsjahr 2018, neben den zwei vorhandenen Stellen, zwei neue Stellen und deren konkrete Eingruppierung in die Entgeltgruppen TV-L EG 11 und TV-L EG 10 aus.

Eine dem Stellenplan entsprechende finanzielle Untersetzung ist im Haushaltsplan nicht erfolgt. Konkret handelt es sich um die Personalstellen im Landeskooperationsprogramm musisch-ästhetische Bildung (MäBi) sowie um die Personalstelle im Bereich der gesamten Orchester- und Ensemblearbeit des Landesverbandes und hier insbesondere der 25. Musikschultage des Landes Sachsen-Anhalt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es seitens der Landesregierung die Möglichkeit, den Fehlbedarf des Landesverbandes der Musikschulen auszugleichen?
2. Wenn dies nicht der Fall ist, wie sichert die Landesregierung dann die Besetzung der Personalstellen und damit die Durchführung der oben genannte Projekte ab Januar 2018 ab, ohne für den Verband mögliche arbeitsrechtliche Konsequenzen zu verursachen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Ihnen. - Für die Landesregierung erfolgt die Antwort durch Herrn Staats- und Kulturminister Rainer Robra. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Danke sehr, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung.

Dem Landesverband der Musikschulen ist bereits in vielen Gesprächen erläutert worden, dass die vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben in den Erläuterungen zum Kapitel 17 75 des Haushaltsplans - das ist die institutionelle Förderung - keine Ansprüche Dritter begründet und dass sie unter dem Vorbehalt des jeweiligen Zuwendungsverfahrens steht.

Für die institutionell geförderten Einrichtungen im Kulturbereich kommt der Vermerk bei Kapitel 17 75 des Doppelhaushalts 2017/2018 hinzu, nach dem - ich zitiere das jetzt - „der Stellenbestand der institutionell geförderten Einrichtungen unter dem Vorbehalt der Überprüfung der Stellenbewertung“ durch das Ministerium steht, die derzeit durchgeführt wird.

Für den Musikschulverband ist die reine Stellenbewertung als solche abgeschlossen. Das Ergebnis wird derzeit mit dem Verband erörtert. Es dürften sich als Grundlage für die weitere Förderung Korrekturen, und zwar nach unten, ergeben.

Die Anerkennung der Zahl der Stellen, mit denen Daueraufgaben abgesichert werden, bedarf noch weiterer Klärung. Dieser Prozess ist Bestandteil der grundlegenden Evaluierung dieser Einrichtung, die in der letzten Legislaturperiode leider nicht abgeschlossen werden konnte und die wir nun zu Ende führen müssen. Dabei prüfen wir die Vorschläge aus der Evaluation kritisch und setzen sie in drei Stufen um. In der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Thematik haben wir das bereits dargestellt.

Die Umsetzung in drei Stufen bedeutet, dass für die betroffenen Vereine und Verbände im Jahr 2018 noch nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen. Das ist nichts Neues. Das haben wir bereits im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes mit den Betroffenen und hier im Landtag in den Ausschüssen sehr deutlich besprochen.

Für den Landesverband der Musikschulen ergab sich für 2016 eine Nachzahlung aus Dynamisierungsmitteln und für 2017 eine Berücksichtigung der Tarifaufwüchse. Für 2018 sind die bisherigen Projektkosten in voller Höhe veranschlagt bzw. im Rahmen des Übertragungsvermerks zu Kapitel 17 02 in der institutionellen Förderung gesichert.

Ab dem Jahr 2019 erfolgt unter den oben genannten Vorbehalten und natürlich der Bereitstellung entsprechender Mittel durch den Haushaltsgesetzgeber die tarifgerechte Vergütung aller Stellen und Leistungen, die im Landesinteresse liegen und als solche anerkannt sind.

Dann werden wir und die zuständigen Ausschüsse des Landtags auch Klarheit darüber haben, ob und in welchem Umfang die beiden bisher von Projektmitarbeitern gemanagten Vorhaben, die Sie genannt haben, als Daueraufgaben zu natürlich wesentlich höheren Kosten im Stellenplan abgebildet werden sollen. Dafür würde ich im Hinblick auf die weit überwiegend kommunalen Musikschulen auch die kommunalen Spitzenverbände konsultieren wollen.

Für die laufende Förderung ist in den beiden Haushaltsjahren jeweils der im Haushaltsplan auf der Grundlage des Wirtschaftsplans der Einrichtungen ausgewiesene Fehlbetrag maßgeblich, der mit Mitteln des Landes zu decken ist. Dieser hat sich - das ist durchaus beachtlich - von einem Betrag von 129 700 € im Jahr 2016 über einen Betrag von 161 800 € im Jahr 2017 auf einen Betrag von 224 200 € für Jahr 2018 entwickelt. Das ist unter Berücksichtigung der im Jahr 2016 zusätzlich gewährten Dynamisierungsmittel ein Aufwuchs um 50,4 % innerhalb von zwei Jahren.

Warum dieser Betrag nicht ausreicht, um den noch nicht abschließend geprüften Stellenplan zu untersetzen, erschließt sich mir nicht. Wir müssen insofern auf die Wirtschaftspläne vertrauen dürfen, welche die Einrichtungen selbst aufstellen.

Bei etwaigen Differenzen ist für die Förderung der zu deckende Fehlbetrag ausschlaggebend, nicht der Stellenplan. Das ist bei den Ressorts bei Differenzen zwischen dem Budget in der Hauptgruppe 4 und dem jeweiligen Stellenplan auch nicht anders - nicht der Stellenplan ist maßgeblich, sondern das jeweilige Personalbudget.

Dies ist der allgemeine Rahmen, in den die Fragen des Abg. Gebhardt einzuordnen sind. Darüber ist zuletzt in der Dezembersitzung des Finanzausschusses gesprochen worden, auch im Hinblick auf den Musikschulverband.

Zur Genese im Einzelnen hat der Finanzausschuss noch einmal um einen schriftlichen Bericht gebeten, der derzeit erstellt wird. Ich will mich deshalb mit Blick auf die beiden Fragen im Konkreten kurzfassen.

Zu Frage 1 antworte ich mit Nein. Der Haushaltsgesetzgeber hat über die Höhe der betreffenden institutionellen Förderung entschieden, und zwar in dem von mir dargestellten beachtlichen Rahmen. Die Landesregierung hat von sich aus nicht die Möglichkeit, den Ansatz beliebig zu erhöhen.

Es steht dem Landesverband der Musikschulen frei, seine beiden Vorhaben mit Honorarkräften fortzusetzen. Darauf hat er sich bisher nicht einlassen wollen.

Dass die Mittel jetzt in Höhe von 75 000 € in der institutionellen Förderung stecken, ist, denke ich, deutlich geworden.

Die Frage 2 richtet sich an den falschen Adressaten; denn die Landesregierung ist nicht Arbeitgeber gegenüber den Beschäftigten des Verbandes.

Mit der Grundförderung, der institutionellen Förderung, die ich dargestellt habe, werden auch im Jahr 2018 erneut die beiden vom Fragesteller, also von Ihnen, Herr Gebhardt, genannten Vorhaben des Verbandes unterstützt, die auch uns inhaltlich wichtig sind.

Sie sind auf dem bisherigen Kostenniveau im Jahr 2018 bereits im Titel der institutionellen Förderung berücksichtigt worden, was für die Wirtschaftsführung des Verbandes sogar ein Vorteil ist, weil es keiner gesonderten Projektantragstellung mehr bedarf.

Im Übrigen wiederhole und bekräftige ich: Der Verband wusste seit Inkrafttreten des Doppelhaushalts im Frühjahr 2017, welche Gesamtsumme ihm im Rahmen der institutionellen Förderung zur Verfügung stellen wird.

Wenn er zwei Festanstellungen auf vollen Stellen nach TV-L plant, dann muss er für die entsprechende Ausfinanzierung und wenigstens für deren Veranschlagung Sorge tragen, erforderlichenfalls wie jeder geförderte Verein sonst auch mithilfe seiner Mitglieder oder Zuwendungen Dritter.

Ansonsten bieten sich alternative Vertragsgestaltungen an, die arbeitsrechtlich unanfechtbar sind. Die Entscheidung darüber kann die Landesregierung den Verantwortlichen des Verbandes nicht abnehmen.

Also insofern: Die Projekte sind in dem Rahmen wie in den vergangenen Jahren auch gesichert.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen. Dann danke ich dem Minister Robra für die Ausführungen.

Wir kommen zur

Frage 9
Wasserkraftanlage Hadmersleben (Bode) I

Die Frage stellt Frau Kerstin Eisenreich von der Fraktion DIE LINKE. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Im Januar 2017 machte der örtliche Anglerverein in Hadmersleben darauf aufmerksam, dass sich oberhalb der dortigen Wasserkraftanlage Faulschlammauflagen sammeln und dass deren Beseitigung zwingend erforderlich sei. Infolge des Harzhochwassers im Sommer 2017 wurde das Walzenwehr geöffnet und die immensen Schlammmassen gelangten flussabwärts in das FFH-Gebiet.

Ich frage die Landesregierung:

Wann haben die zuständigen Behörden des Landes von der Ansammlung dieser Faulschlämme erfahren, und warum wurde nicht umgehend die Beseitigung dieser Schlämme eingeleitet?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke. - Die Antwort der Landesregierung erfolgt durch Frau Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Fragen der Abg. Eisenreich namens der Landesregierung wie folgt.

Bevor ich das tue, möchte ich zunächst kurz die komplexe Situation im Bereich der Flussläufe und Wehranlagen in Hadmersleben erklären.

Das Walzenwehr Hadmersleben befindet sich in der Neuen Bode. Südlich davon liegt die Wasserkraftanlage Hadmersleben mit dem Fischaufstieg in der Alten Bode. Vom Bodehauptlauf geht der Mühlgraben ab. In dem Mühlgraben befindet sich das Zweitafelwehr Hadmersleben, das ebenfalls über einen Fischaufstieg verfügt.

Der private Wasserkraftbetreiber der Wasserkraftanlage in Hadmersleben ist entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2011 für die Steuerung aller genannten Wehranlagen zuständig.

Im Hochwasserfall muss das Walzenwehr Hadmersleben aber entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss geöffnet werden, um den gesamten Durchflussquerschnitt freizugeben. Das muss in Abstimmung mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft erfolgen.

Anfang des Jahres 2017 hat der Sportfischerverein Bodeaue e. V. den Landesbetrieb auf die Faulschlammablagerungen vor dem Walzenwehr Hadmersleben aufmerksam gemacht. Daraufhin hat im Februar 2017 zwischen dem Flussbereich Halberstadt und dem Wasserkraftbetreiber ein Gesprächstermin stattgefunden. Im Ergebnis dieser Besprechung gab es die Zusage des Wasserkraftbetreibers, die Faulschlammablagerungen vor dem Wehr zu beseitigen.

Dem Wasserkraftbetreiber ist es aber nicht gelungen, die Faulschlammablagerungen rechtzeitig vor dem Hochwasser 2017 zu beseitigen. Das Walzenwehr Hadmersleben musste entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss geöffnet werden. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen. Dann danke ich der Ministerin für die Ausführungen.

Wir kommen nunmehr zur

Frage 10
Wasserkraftanlage Hadmersleben (Bode) II

Die Frage stellt Abg. Guido Henke von der Fraktion DIE LINKE.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ihr habt euch wohl nicht abgestimmt, oder was!)

Herr Henke, Sie haben das Wort.

Guido Henke (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Schäden sind in welcher Höhe entstanden, weil die Klarschlämme nicht beseitigt wurden und so in das FFH-Gebiet gelangen konnten?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herzlichen Dank. - Ich beantworte die Frage des Abg. Guido Henke namens der Landesregierung wie folgt.

Die Bode gehört bis Staßfurt zum FFH-Gebiet, also dem Flora-Fauna-Habitat-Gebiet, „Bode und Selke im Harzvorland“. Es handelt sich hierbei um

ein linienförmiges FFH-Gebiet, welches sich auf den Flusslauf der Bode bezieht.

Die Wasserkraftanlage Hadmersleben liegt darüber hinaus im Landschaftsschutzgebiet „Bodeniederung und angrenzende Hochflächen“.

Im Zusammenhang mit der Öffnung des Walzenwehres infolge des Harzhochwassers im Sommer 2017 und mit dem damit verbundenen Abgang der Faulschlammablagerungen sind der Naturschutzverwaltung keine Schäden im FFH-Gebiet bekannt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke der Ministerin für die Ausführungen. Fragen stellen sich keine.

Wir kommen zur

Frage 11
Spitzelei im Rathaus Teutschenthal

Die Frage stellt Frau Abg. Christina Buchheim von der Fraktion DIE LINKE. Frau Buchheim, Sie haben das Wort.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Die „MZ“ berichtete am 18. Dezember 2017 unter der vorgenannten Überschrift von illegal installierten Kameras und verwanzten Telefonen in zwei Büros der Gemeindeverwaltung Teutschenthal. Viele Fragen blieben offen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Fakt, dass seitens des Bürgermeisters offensichtlich keine Strafanzeige gestellt wurde und keine amtlichen Sachverhaltsermittlungen betrieben wurden?
2. Wie gedenkt die Landesregierung, mit diesem Vorgang umzugehen?

Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Für die Landesregierung erfolgt die Stellungnahme durch den Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Anfrage wie folgt.

Zu Ihrer ersten Frage. Am Freitag, dem 15. Dezember 2017, wurde in zwei Büros der Gemeindeverwaltung Teutschenthal illegal installierte Abhörtechnik festgestellt. Der Bürgermeister der Gemeinde Teutschenthal hat unmittelbar nach dieser Feststellung Sicherungsmaßnahmen ergriffen.

Am 18. Dezember 2017 hat eine von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwältin Kontakt zu der zuständigen Staatsanwaltschaft aufgenommen.

Ebenfalls am 18. Dezember 2017 hat die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd nach einer Rücksprache mit dem Bürgermeister ein Ermittlungsverfahren wegen der Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen eingeleitet und die erforderlichen polizeilichen Erstmaßnahmen durchgeführt. Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft steht noch aus.

Zu Ihrer zweiten Frage. Die Landesregierung respektiert die kommunale Selbstverwaltung. Soweit Rechtsverstöße der Kommunalverwaltung festgestellt werden sollten, sind der Bürgermeister als Dienstvorgesetzter der betreffenden Gemeindebediensteten und der Gemeinderat als Dienstvorgesetzter des Bürgermeisters für die weiteren Schritte zuständig.

Den zuständigen Gemeindeorganen sollte erst einmal die Zeit gegeben werden, um die erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können. Die Kommunalaufsicht - das ist der Landkreis - wird die Angelegenheit weiter verfolgen. Dabei wird auch das Ergebnis der Ermittlungen berücksichtigt werden. Es besteht derzeit aber noch kein Anlass für ein kommunalaufsichtliches Tätigwerden.

(Zustimmung von Thomas Keindorf, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen für Fragen.

Dann kommen wir zur

Frage 12
Aussetzen der externen Evaluation am Lisa

Die Frage stellt Frau Abg. Dr. Katja Pähle von der SPD-Fraktion.

(Minister Marco Tullner: Aber „aussetzen“, nicht „aussitzen“!)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Aussetzen. - Ich mache es auch ganz schnell. - Externe Evaluationen an den Schulen des Landes sichern Bildungsqualität, nationale und internationale Vergleichbarkeit durch zentrale Leistungserhebungen. Das Bildungsministerium plant zum 1. Februar 2018 die zweijährige Aussetzung der externen Evaluation am Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Das Aussetzen würde dies zunächst beenden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Personen aus dem Fachbereich 1 des Lisa werden an das Landesschulamt abgeordnet?
2. Wurden alle Beteiligten des Fachbereichs und die den Fachbereich betreffenden Personalvertretungen informiert und gegebenenfalls Versetzungsmaßnahmen besprochen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke. - Die Antwort erfolgt für die Landesregierung durch den Minister für Bildung Marco Tullner. Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Elf Sekunden hast du noch auf der Uhr!)

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Hier läuft eine rote „54“, aber okay.

(Schriftführerin Kristin Heiß: Minus!)

- Minus? Oh Gott! - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie lautet die Formulierung? - Ich beantworte die Frage der Abg. Frau Dr. Pähle im Namen der Landesregierung wie folgt.

Bevor ich dies jedoch tue, erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen.

Mit Blick auf die erheblichen Herausforderungen in der Arbeit des Landeschulamtes zur Sicherung der Unterrichtsversorgung habe ich entschieden, vorübergehend geeignetes Personal zur Unterstützung der Arbeit des Landesschulamtes zur Verfügung zu stellen.

Nach einem längeren Abwägungsprozess habe ich mich dafür entschieden, den Arbeitsschwerpunkt „Externe Evaluation durch Schulbesuch“ temporär auszusetzen.

Die weiteren Maßnahmen der Qualitätssicherung wie die externe Evaluation durch zentrale Leistungserhebungen von den zentralen Klassenarbeiten über Vergleichsarbeiten bis hin zu den schriftlichen Prüfungen und deren jeweilige Auswertung sowie die Durchführung von nationalen und internationalen Studien sowie die interne Evaluation bleiben als Arbeitsaufgabe des Lisa erhalten und sind gemäß Geschäftsverteilung insbesondere Arbeitsgegenstand des Fachbereichs 2 des Lisa.

Zentrale Prüfungen, bundesweite Vergleichsarbeiten und externe Evaluationen werden somit unverändert entsprechend der Zielstellung des Koalitionsvertrages beibehalten und fortlaufend weiterentwickelt.

Darüber hinaus stehen den Schulen auch weiterhin die Instrumente der internen Evaluation im Netz zur Verfügung. Das für eine Abordnung verfügbare Personal des Fachbereichs I des Lisa soll für einen Zeitraum von zwei Jahren zur Unterstützung in das Landesschulamt abgeordnet werden. Es sind damit also keine Versetzungsmaßnahmen vorgesehen.

Im Rahmen einer Amtshilfe sollen diese Bediensteten im Landesschulamt qualifikations- und tarifgerecht zur Unterstützung eingesetzt werden. Einer Veränderung des Dienstortes für die Betroffenen ist nicht vorgesehen. Die personalrechtlichen Regelungen werden beachtet. Schwerbehinderte und gleichgestellt behinderte Personen werden nur einbezogen, soweit sie es selbst wünschen. Personen, die bis Juli 2018 vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen, verbleiben im Lisa.

Die Maßnahmen sollen - das hat Frau Dr. Pähle auch in ihrer Frage formuliert - zum 1. Februar 2018 umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu den Fragen im Einzelnen.

Zu 1: Nach derzeitigem Stand sollen drei bis vier der sechs Bürosachbearbeiterinnen und sieben bis neun der elf Referentinnen und Referenten abgeordnet werden. Die abschließende Zahl hängt davon ab, ob die Schwerbehinderten und die ihnen gleichgestellten Personen einbezogen werden möchten.

Zu 2: Ja, alle von den geplanten Maßnahmen Betroffenen sind informiert worden. Die konkreten Aufgaben im Landesschulamt werden ab 8. Januar 2018 mit den Betroffenen besprochen. Vorinformationen wurden den Personalvertretungen zugeleitet. Das personalrechtliche Mitbestimmungsverfahren wird unmittelbar nach den Gesprächen mit den Betroffenen durchgeführt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen zu Fragen. Doch, einen Moment. Herr Tullner, Frau Dr. Pähle hat eine Frage.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Nur die Nachfrage, Herr Minister: Ist schon klar, in welchen Bereichen im Landesschulamt das Personal dann eingesetzt werden soll? Denn zur Sicherung der Unterrichtsabdeckung stellt sich mir jetzt die Frage, ob es schon eine konkrete Vorstellung davon gibt, wo sie dann eingesetzt werden.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Wenn Sie mir die Gelegenheit geben, das im Einzelfall noch einmal im Detail nachzuvollziehen, würde ich das gern tun. Vom Grundsatz her geht es darum, das gesamte Einstellungsprozedere,

das wir ja kontinuierlich machen, wo die Kolleginnen und Kollegen auf gut Deutsch auf dem Zahnfleisch krauchen, vorübergehend zu verstärken, ehe wir im Jahr 2019 mehr Stellen regulär anmelden, um diese Maßnahme dauerhaft anders zu organisieren.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, Sie haben jetzt das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Das war jetzt vielleicht schon fast die Antwort. Aber ich frage trotzdem noch einmal nach. Ich frage nach dem Zweijahreszeitraum. Die Maßnahme ist nicht unerheblich für diesen Bereich. Sie ist auch relativ umfänglich. Und zwei Jahre sind auch erst einmal kein Pappenstil. Gleichwohl erwarte ich jedenfalls - vielleicht erwarten wir das ja auch gemeinsam - dass die Probleme, die jetzt geklärt werden sollen, nämlich die Bearbeitung von Einstellungen, in zwei Jahren nicht weniger werden, sondern mindestens so hoch sind wie jetzt oder mehr werden.

Wie ist die Intention und die Erwartung? Dass dann in dem Bereich eine Personalverstärkung in dem Umfang erfolgen kann und erfolgen wird, dass diese zwei Jahre ein kalkulierbarer und verlässlicher Zeitraum sind? - Nicht dass jetzt Fakten geschaffen werden, an die wir uns in zwei Jahren alle nicht mehr so richtig erinnern und sagen, nein, das muss jetzt so bleiben.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Vielen Dank für die Nachfrage. Um das noch einmal klar und deutlich zu machen: Es ist wirklich nur als befristete Notmaßnahme gedacht, um die Bedarfe kurzfristig zu decken. In den neuen Haushaltsverhandlungen - da muss der Kollege Schröder jetzt tapfer sein - werden wir für das Landesschulamt, vermutlich auch für das Lisa, mehr Personal beantragen müssen. Das ist völlig klar; denn das Einstellungsgeschäft nimmt immer mehr an Fahrt auf und bleibt in den nächsten Jahren auf einem deutlich höheren Niveau als in der Vergangenheit. Dass wir bei aller Technik, die wir dort auch einsetzen, auch mehr Personal halten, ist wohl jedem klar. Deswegen ist die Maßnahme für diesen Überbrückungszeitraum angedacht. Danach wird das Personal wieder auf die andere Form zurückgeführt.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Frau Prof. Kolb-Janssen hat noch eine Frage. - Frau Professor, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Herr Minister, Sie haben gesagt, dass Ihnen die Entscheidung nicht leicht gefallen ist, dass Sie sich nach einem langen Abwägungsprozess dafür entschieden haben, gerade diese Struktureinheit für zwei Jahre auszusetzen. Was war ausschlaggebend für die Entscheidung, gerade auf die externe Evaluation zu verzichten und nicht auf einen anderen Bereich im Bereich des Landesschulamtes oder im Ministerium?

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Es war ein Abwägungsprozess, bei dem wir im Endeffekt überlegt haben, in welchem Bereich bei den vielen für wichtig und sehr wichtig erachteten Aufgaben wir vorübergehend diese Prioritätensetzung vornehmen. Dann ist dieser Bereich der Evaluation in den Blick geraten, weil hier bestimmte Prozesse in der konkreten Umsetzung ohnehin nicht so idealtypisch gelaufen sind, wie man sich das damals bei der Einrichtung gedacht hat.

Es geht um die Frage, dass wir auf der einen Seite in der Hierarchie Qualitätskontrollen seit Jahren immer in der Struktur haben. Und auf der anderen Seite war die Überlegung, wie wir außerhalb von Hierarchie eher fachlich determiniert über Evaluationsqualitätsprozesse in den Schulen vor Ort besser steuern können. Diese Prozesse jetzt vorübergehend auszusetzen, halte ich angesichts der Prioritäten im Einstellungsgeschäft für verantwortbar, und zwar, wie gesagt, befristet für diesen Zeitraum.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Minister Tullner für die Ausführungen.

Somit ist der Tagesordnungspunkt 19 erledigt. Wir führen noch einen Wechsel durch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte heute Gelegenheit, meinen Kehlkopf doch etwas zu schonen. Vielen Dank an meine beiden Vizepräsidenten, die das heute hauptsächlich übernommen haben. Ich darf aber trotzdem den letzten Tagesordnungspunkt noch übernehmen. Das mache ich auch sehr gern.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 20

Wahl zweier Schriftführer gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages (GO.LT)

Wahlvorschlag Fraktion CDU - **Drs. 7/2192**

Bedingt durch die Niederlegung des Amtes als Schriftführer von Herrn Florian Philipp und Herrn

Guido Heuer haben wir über den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU zu befinden, nach dem die Abg. Herr Daniel Szarata und Herr Carsten Borchert nun das Amt des Schriftführers ausüben sollen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ich will, dass Guido bleibt!)

Entsprechend der bisherigen Übung - -

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass der Tag schon sehr lang war. Aber ich bitte Sie trotzdem, mir für diesen einen Tagesordnungspunkt noch etwas Hilfestellung zu geben, indem wir doch etwas den Geräuschpegel senken, damit wir auch den letzten Tagesordnungspunkt abschließen können. - Danke.

Entsprechend der bisherigen Übung gehe ich davon aus, dass die Wahl gemäß § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages durch Handzeichen erfolgen kann. Widerspricht ein Mitglied des Landtages diesem? - Das sehe ich nicht.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin - Minister Marco Tullner: Jetzt ist Weihnachten!)

- Danke. - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit gehen wir in das Abstimmungsverfahren, Abstimmung über den Vorschlag in Drs. 7/2192. Abg. Herr Szarata und Abg. Herr Borchert stehen hier zur Abstimmung.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um sein Karten- oder Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Nein, das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? -

(Unruhe)

Das ist auch nicht der Fall. Also, Herr Abg. Herr Szarata und Herr Abg. Borchert, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 20 erledigt.

(Unruhe)

Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind am Ende der 19. Sitzungsperiode des Landtags angelangt. An dieser Stelle erlauben Sie mir ein paar Worte.

Heute in unserer letzten Sitzung möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einmal danke zu sagen. Deswegen freue ich mich, dass Sie jetzt auch ganz ruhig sind; denn dieser Dank geht auch an Sie persönlich. Ich möchte den Dank an alle Abgeordneten unseres Hohen Hauses, die Regierungsmitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien für die gute Zusammenarbeit aussprechen, wenngleich ich da auch noch ein wenig Verbesserungsbedarf an der einen oder anderen Stelle sehe. Das müsste uns im nächsten Jahr sicherlich auch gelingen.

Einen besonderen Dank möchte ich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner/unserer Landtagsverwaltung aussprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter geben immer ihr Bestes, um den parlamentarischen Ablauf hier bei uns im Landtag zu gewährleisten. Jede und jeder an ihrem beziehungsweise seinem Platz. Das ist nicht immer ganz einfach; denn wir machen es ihnen auch nicht immer ganz einfach. Deswegen denke ich, auch hier steht Verbesserungsbedarf, ganz bestimmt auch im neuen Jahr, für uns mit auf der Wunschliste.

Ich kann an dieser Stelle noch einmal vielen Dank auch meinen beiden Vizepräsidenten sagen. Sie haben es ja heute noch einmal gesehen, dass ich meinen Kehlkopf etwas schonen durfte. Ich hoffe, dass ich im Januar dann wieder genesen bin und wieder vernünftig reden kann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein frohes, besinnliches Weihnachtsfest und Gottes Segen und einen guten Start in das neue Jahr 2018. - Vielen Dank.

Unsere nächste Sitzung - das bleibt mir noch zu sagen - berufe ich für die 20. Sitzungsperiode für den 25. und 26. Januar 2018 ein.

Ich möchte auch unseren Gästen - das ist sehr ungewöhnlich, aber das mache ich jetzt an dieser Stelle - ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2018 wünschen.

(Anhaltender Beifall)

Damit ist unsere Sitzung beendet.

Schluss der Sitzung: 17:57 Uhr.

Herausgegeben vom Landtag von Sachsen-Anhalt
Eigenverlag
Erscheint nach Bedarf